



Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

Konfliktprävention und Krieg

Eine konflikttheoretische Analyse der Österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit

Verfasser:

Harald Reiweger

Angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie

Wien, November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Danksagung

Zunächst gilt mein Dank Professor Dr. Othmar Höll für die wissenschaftliche Betreuung meiner Diplomarbeit, die stets von größter Kompetenz und Freundlichkeit gekennzeichnet war.

Für viele Jahre der Diskussion, Reflexion und der kritischen Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen möchte ich mich bei meinen hervorragenden KollegInnen Stefan Belabed, Maximilian Eichinger, Stefanie Klamuth, Robert Kopf, David Kriegleder, Martin Schmidhuber, Charlotte Steenbergen und Sabine Wendtner bedanken. Besonderer Dank gebührt darüber hinaus Bernd Vasari für die Revision dieser Arbeit.

Ein großes Dankeschön geht auch an die Austrian Development Agency alle Menschen dort, die mich auf meinem Weg mit Erfahrung und Wissen unterstützt und geprägt haben.

Zu guter Letzt danke ich meinen Eltern für ihre immerwährende Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	9
A. FRAGESTELLUNG UND ANSPRUCH DER ARBEIT	10
I. PROBLEMATIK DER FRAGESTELLUNG	11
B. ALLGEMEINE THEORIE	13
I. DEFINITIONEN	14
<i>Konflikt</i>	14
<i>Konfliktverhütung</i>	17
<i>Krisenprävention</i>	18
<i>Konflikttransformation</i>	24
C. KONFLIKTTHEORIEN AUSGEWÄHLTER AUTORINNEN.....	25
I. KЛАSSISCHE THEORIEN	26
<i>(Neo)Realismus</i>	26
<i>Idealismus</i>	28
<i>Ökonomische Theorien</i>	29
<i>Max Weber</i>	30
<i>Ralf Dahrendorf</i>	31
<i>Georg Simmel</i>	32
II. INTERNATIONALE THEORIEN.....	39
<i>Internationale Beziehungen</i>	39
<i>Alexis de Tocqueville</i>	39
<i>(Neo-) Institutionalismus</i>	42
<i>Die Zivilisierungstheorie</i>	43
III. SOZIOLOGISCHE THEORIEN.....	46
<i>Konflikttheorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus</i>	46
<i>Konflikttheorie der Anerkennungstheorie</i>	48
<i>Die Konflikttheorie der Theorie kollektiver Akteure</i>	49
<i>Die autopoietische Systemtheorie</i>	50
IV. AKTEURSBEZOGENE KONFLIKTTHEORIEN	52
<i>Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie</i>	52
<i>Die Konflikttheorie der „Social Identity Theory“ (S.I.T.)</i>	56
<i>Die Konflikttheorie der Rational Choice Theorie</i>	58
<i>Die Konflikttheorie der Soziobiologie</i>	61
V. PSYCHOSOZIALE ASPEKTE VON KRIEG.....	64
<i>Die Ursprünge von Krieg</i>	66
<i>Kritik der politischen Ökonomie</i>	68
<i>Die Ursprünge von intrapsychischen Konflikten</i>	70

<i>Aggression</i>	71
<i>Die Psyche im Krieg</i>	72
<i>Die Psyche der Eliten</i>	73
<i>Kriegsprävention aus psychologischer Sicht</i>	76
<i>Schlusswort zur Psychologie</i>	76
VI. ZUSAMMENFASSUNG	78
<i>Sozialwissenschaften</i>	78
<i>Psychologie</i>	78
D. ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (OEZA)	81
I. DIE GRUNDLAGEN DER KONFLIKTPRÄVENTION	81
<i>Die Leitlinien</i>	82
<i>Die Grundsätze</i>	84
<i>Analyse</i>	87
II. QUELLEN DER ADA POSITION	88
<i>Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit</i>	88
<i>Das Development Assistance Committee DAC</i>	88
III. ZUSAMMENFASSUNG	98
<i>„In Larger Freedom“</i>	100
E. SYNTHESE	102
I. ALLGEMEINE FESTSTELLUNGEN	102
<i>Zum Ansatz der OEZA</i>	102
<i>Die Notwendigkeit von Konflikten</i>	103
<i>Fußabdruck der Gesellschaft</i>	103
II. VERORTUNG SPEZIFISCHER ANNAHMEN ZU KONFLIKTEN IN DER THEORIE	104
<i>Relative und absolute Armut und der Zugang zu Ressourcen</i>	104
<i>Demokratie, politische Partizipationsmöglichkeiten und politische Ungerechtigkeit</i>	105
<i>Rechtsstaatlichkeit</i>	106
<i>Menschenrechtsverletzungen und Unsicherheit</i>	107
<i>Integration nach Kriegen und Kleinwaffen</i>	109
<i>Mangelnde Kommunikation und Information</i>	110
<i>Multikulturalismus und Pluralismus</i>	111
<i>Bevölkerungsdichte</i>	113
<i>Marginalisierung von Frauen im friedensbildenden Prozess</i>	113
<i>Ehre, Habgier, Heldenmut und Zugang zum anderen Geschlecht</i>	114
III. FAZIT UND EMPFEHLUNGEN	115

F. LITERATURVERZEICHNIS.....	120
WISSENSCHAFTLICHE EINZELWERKE UND SAMMELBÄNDE.....	120
WISSENSCHAFTLICHE JOURNALS UND ZEITUNGSARTIKEL.....	126
DOKUMENTE UND INFORMATIONS MATERIAL	126
INTERNETSEITEN	126
ANDERE	127
ABBILDUNGEN.....	127
ANHANG	129
ABSTRACT DEUTSCH	129
ABSTRACT ENGLISH	130
LEBENSLAUF DES AUTORS	131

Einleitung

Über Gewalt, bewaffnete Konflikte und Krieg wird viel gesprochen, diskutiert und gestritten. Beinahe jeder Mensch hat eine Meinung zu den Ursachen und Auslösern von bewaffneten Konflikten. Vom Schulhof bis zur Unternehmensberatungsfirma, vom familiären Abendessen bis hin zu entwicklungs politischen Konferenzen, überall werden Annahmen getroffen, Ursachen ausgemacht und Prognosen erstellt.

Die vorliegende Arbeit entstand unter der Prämisse, dass Theorie und Praxis oft näher beisammen liegen, als im Allgemeinen angenommen und behauptet wird. Doch welcher praxisorientierte Mensch liest schon hunderte Seiten sozialwissenschaftlicher oder psychologischer Fachliteratur? Vermutlich werden die meisten Annahmen durch einen gewissen Diskurs geprägt: ein Kommentar in Kommentar in einer Tageszeitung, Gespräche mit einem anscheinend kundigen Menschen, eine TV Reportage. Der Diskurs ist nicht festzumachen, doch er existiert. Dieser gesellschaftliche Diskurs zu einem bestimmten Thema ist mit der Wissenschaft rückgekoppelt. PolitikwissenschaftlerInnen und PsychologInnen, BiologInnen und SoziologInnen forschen tagein tagaus zu diesem Thema. Think Tanks wie die deutsche „Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung“ (AKUF), das „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) oder der US-amerikanische „Fund for Peace“ (FfP) treiben Ursachenforschung voran, publizieren ihre Ergebnisse und beeinflussen so den vorherrschenden Diskurs. Auf der anderen Seite, sind auch die MitarbeiterInnen von Think Tanks, Universitäten und Forschungseinrichtungen Menschen, die mit ihren eigenen vorgefertigten Meinungen aus der Gesellschaft kommen. Es besteht also eine Rückkopplung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

A. Fragestellung und Anspruch der Arbeit

„Welche wissenschaftlichen Theorien liegen den Konfliktpräventionsstrategien der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit implizit zu Grunde?“

Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich zwangsläufig mit Konflikten auseinandersetzen. Einerseits um sie durch ihre Intervention nicht zu verursachen. Andererseits kann Konfliktprävention auch das dezidierte Ziel einer Intervention sein. Welche Theorien sind nun am weitesten verbreitet? Welche Meinungen prägen unseren Diskurs? Welche divergierenden Ansichten gibt es?

Ausgehend von diesen Fragen werden die offiziellen und publizierten Annahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit Österreichs betrachtet und analysiert und die vorherrschenden Ansichten somit unter die Lupe genommen.

Ein Beispiel für die dieser Arbeit zugrunde liegenden Fragestellung:

Im Drei-Jahres Programm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit steht geschrieben: „ [...] sind weit verbreitete Armut, große Einkommensunterschiede oder die Verbreitung von Pandemien wie HIV/Aids oft Auslöser und wesentliche Faktoren für Gewalt und Konflikt.“¹

Allein in diesem Satz sind Ansichten, Vermutungen, politische und ökonomische Zusammenhänge verpackt. Weshalb ist eine Pandemie der Auslöser von Gewalt? Sind Einkommensunterschiede ausreichend, um als Auslöser eines Krieges zu gelten? Ist relative oder absolute Armut für Konflikte verantwortlich?

Die vorliegende Arbeit will nun versuchen, die Theorien und Konzepte welche hinter diesen selbstverständlich erscheinenden Aussagen und den daraus resultierenden Aktionen im Feld stehen, zu hinterfragen und in ein wissenschaftliches Raster einzuordnen.

¹ Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2004 bis 2006
Fortschreibung, Wien 2003, S. 11
(gemäß §23 EZA-G 2002 idF: BGBl. I Nr. 65/2003)

I. Problematik der Fragestellung

Bis dato gibt es wenige praktische Beispiele für ein wirklich positives Engagement von internationalen Organisationen, das der Eskalation einer Krise hätte vorbeugen können. Die meisten Quellen beziehen sich auf das Feld der Spitzendiplomatie: Für erfolgreiche Mediationen gibt es einige wenige Fälle wie den sudanesischen Bürgerkrieg 1972, das Camp-David-Abkommen von 1978 oder den Miskito-Konflikt in Nicaragua 1988-1989. Traurigerweise ist erkennbar, dass zumindest die ersten beiden Konflikte wieder aufgeflammt sind und die Lösung alles andere als nachhaltig war. Es stellt sich also die Frage, ob dies am Instrument der Mediation, oder an den Verhandlungspartnern liegt: Mediationen, „carrots and sticks“-Diplomatie der Schule der Realisten und Verhandlungen der Spitzendiplomatie finden ausschließlich auf höchster staatlicher Ebene statt. Wenn beispielsweise die Regierungschefs von Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde Verhandlungen mit positivem Ausgang miteinander führen, ist dies ein Erfolg. Doch bedeutet dies, dass die Bevölkerung von beiden Seiten friedlicher geworden ist? Privatmilitärische Akteure feuern weiterhin Kassam- Raketen auf israelisches Gebiet ab, da dies weit mehr als nur eine militärische Taktik ist, und Teile der israelischen Bevölkerung verweigern die Rückgabe der besetzten Gebiete westlich des Jordan unabhängig davon, was ihre politische Elite aushandelt. Speziell in einer Zeit, in der sich bewaffnete Konflikte immer mehr der staatlichen Kontrolle entziehen und private militärische Akteure eine Renaissance erleben, soll die vorliegende Arbeit daher nicht die „hohe“ politische Entscheidungsebene im Sinne eines „top-down-approach“ analysieren, sondern die Gegebenheiten innerhalb der Gesellschaft beleuchten. Das Potenzial internationaler Akteure, auf Projektebene einzugreifen und eine nachhaltige Krisenprävention fördern, soll eruiert werden. Eine den Rahmen dieser Arbeit sprengende Forschung müsste demnach bei den Problemen von Konfliktbewältigung und Krisenmanagement innerhalb der Bevölkerung ansetzen und Fehlschläge und kurzsichtige Projekte immer mit dem Fokus auf Verbesserungsvorschläge durch Unterstützung der angewandten Theorien beleuchten.

Eine grundlegende Problematik, die der Forschungsfrage immanent ist, ist auch jene der Singularität von Konflikten. Obwohl bei der Entstehung und Entwicklung von Krisen, Verallgemeinerungen und Kategorisierungen vorgenommen werden können,

was auch mit großer Vorsicht zu genießen ist, sind die Umstände in jeder Krise und in jedem Konflikt einzigartig und verlangen nach einem angepassten Umgang mit der Problematik. Daher ist es notwendig einen einzelnen Kriegsfall zwar mit einem Set an Theorien zu beleuchten, nicht aber der Versuchung zu erliegen allgemeingültiger Aussagen postulieren zu wollen.

B. Allgemeine Theorie

"Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie." (Kurt Lewin, 1890-1947)

Praxis versus Theorie? In verschiedenen Gesprächen ist es immer wieder zu hören: „Das ist ja rein theoretisch.“ Und: „Was bringt mir das in der Praxis?“ Das weiter oben wiedergegebene Zitat von Kurt Lewin, einem einflussreichen Psychologen des frühen 20. Jahrhunderts, wird zwar Viele zum Schmunzeln bringen, doch es hat einen sehr ernsten und wahren Kern. Praxis ohne Theorie gibt es nicht. Die oft sehr kritische Auffassung von „Theorie“ hängt mit der pejorativen Konnotation des Begriffs zusammen. Im Grunde sind Theorien allgegenwärtig, nur werden sie von den meisten Menschen im Alltag nicht als solche benannt. Doch jede Form einer Vorstellung, einer Idee, eines Konzepts ist eine Theorie. Theorien sind für unsere Existenz überlebenswichtig, da wir mit ihnen unsere Welt geistig strukturieren. Wenn z. B. ein Fischer seine Angel auswirft, so ist er vermutlich ein Anhänger folgender Theorie: Ein Fisch, der keine ausreichenden kognitiven Fähigkeiten besitzt, um einen Köder von einer echten Fliege zu unterscheiden, wird, so er seinen Überlebenstrieb der Nahrungsaufnahme zu dieser Zeit verfolgt, nach diesem Köder schnappen wobei sich der Hacken in seinem Maul festsetzt, sodass er aus dem Wasser gezogen werden kann. Der Angler kann beruhigt sein, da diese Theorie in der Praxis bereits sehr oft empirisch überprüft und bestätigt wurde. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaften ist in der Politikwissenschaft genau das meistens nicht möglich. Es kann keine Versuche mit Staaten, Gesellschaften und Regierungen geben, schon gar nicht unter dem wissenschaftlichen Kriterium der Wiederholbarkeit unter denselben Bedingungen. Trotzdem sind sozialwissenschaftliche Theorien unerlässlich, um unsere Welt besser zu verstehen, unsere Gedanken zu ordnen und neben der Spitze des Eisbergs eines politisch-gesellschaftlichen Problems auch die darunter liegenden Mechanismen und Ursachen zu durchschauen.

I. Definitionen

„Wenn man seine Überlegungen nicht damit beginnt, dass man Definitionen gibt, also die Bedeutung der einzelnen Bezeichnungen festsetzt, so ist es, als wenn man eine Rechnung anstellen wollte, ohne den Wert der Zahlwörter >eins, zwei, drei< zu kennen.“ (Thomas Hobbes, 1588-1679)

Konflikt

- a) „Configere“ (lat.): zusammenprallen, zusammenschlagen
- b) „Konflikte entstehen, wenn zwei oder mehr Akteure Ziele verfolgen, die als miteinander unvereinbar wahrgenommen werden.“ (Gärtner 2005, 74)

Die Wortwahl „wahrgenommen“ ist besonders zu beachten. Die verfolgten Ziele müssen nicht miteinander unvereinbar sein, allein die Wahrnehmung bestimmt einen Konflikt. Dies ist ein erster Hinweis auf den symbolischen bzw. kommunikativen Charakter von Konflikten, der weiter unten ausführlicher behandelt wird. Auch geht aus dieser Definition hervor, dass sich ein Konflikt um gewisse Ziele dreht. Das bedeutet nicht, dass diese Ziele mit den Positionen der Konfliktparteien übereinstimmen. Diese Erkenntnis führt in Mediationen zu dem Leitsatz „Es zählen Interessen, nicht Positionen“.

- c) „Das Wesen eines Konflikts, [...] sind unterschiedliche Positionen über die Verteilung von Ressourcen und/oder die Politikoptionen.“ (Reiter 2003, 28 Zitiert in: Gärtner 2005, 72)

Bei dieser Definition werden bereits Ursachen kategorisiert. Ausgegangen wird von einem rationalen bzw. ökonomischen Ansatz, bei dem nur objektive Ursachen wie Ressourcenverteilung und konkrete politische Entscheidungsfragen zur Debatte stehen. Diese großen Theoriestrände werden weiter unter ausführlicher behandelt.

- d) [Konflikt] „als Oberbegriff umfasst Interessensgegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen und Territorium) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten,

Staatengruppen, Organisationen und organisierten Gruppen), die entschlossen sind sie zu ihren Gunsten zu entscheiden“ (Pfetsch/Billing 1994, 15 in: Gärtner 2005, 72)

Diese Definition ist für viele Fallbeispiele besonders interessant, da die Frage von „nationalen Werten“ explizit angesprochen wird. Ob diesen nationalen Interessen wiederum ökonomische Fragen Ressourcenverteilung zugrunde liegen, diese an sich machttheoretisch rational sind oder gesellschaftspsychische Faktoren den Ausschlag geben wird ebenfalls an passender Stelle untersucht.

Im Gegensatz zur umgangssprachlichen Verwendung ist der Begriff „Konflikt“ in der politikwissenschaftlichen Literatur großteils nicht negativ besetzt. Die weiter oben genannten Begriffsdefinitionen verdeutlichen das. Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich heutzutage einerseits mit der Frage nach der Definition des Konfliktes – Was ist ein Konflikt – und andererseits mit der Frage nach der Ursache für die Konkretisierung und Manifestierung eines Konfliktes. Die Frage nach der Ursache des Konfliktes per se wurde dadurch teilweise abgelöst. „Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien konzentrieren sich mittlerweile darauf, die Kontextbedingungen angeben zu wollen, die latente Konflikte manifest werden lassen“ (Bonacker 2005, 13). Der erwähnte Übergang von „latent“ zu „manifest“ impliziert bereits die prozessuale Form von Konflikten, die weiter unten konkret angesprochen wird. Die Verbindung zu den Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit wird in dem Zitat von Bonacker evident, da sie genau in diesen Kontextbedingungen einer Krise einsteigen. (s. Kapitel "Grundlagen der Konfliktprävention“)

Eine grundlegende Unterscheidung liegt zwischen „teilbaren“ und „unteilbaren“ Konflikten. Teilbare Konflikte beinhalten ein Streitobjekt, das aufgeteilt werden kann, wobei unteilbare Konflikte komplizierter zu verwalten sind. Beispiel Kosovo: Im Diskurs um eine mögliche Lösung des Konflikts zwischen Serbien und dem Kosovo kommt es immer wieder zu dem Vorschlag der Teilung des Gebietes. Der Teil nördlich des Flusses Ibar, der mehrheitlich von Serben bewohnt wird, sollte gemäß diesen Vorstellungen zu Serbien gehören. Betrachtet man die Anspannung, die im Gegensatz zu anderen serbisch dominierten Provinzen im Kosovo, in diesem Gebiet herrscht, so erscheint ein Anschluss an Serbien als einfache und nachhaltige

Lösung, im Sinne eines teilbaren Konflikts. Doch sowohl die serbische als auch die kosovarische Regierung lehnen eine Teilung des Gebiets ab. „*Asked whether an idea for partition existed, he (Vuk Jeremić, serbischer Außenminister, Anm.) replied: “Not within the Serbian government.”*“² Diese Ablehnung ist im Lichte der serbischen Position zu verstehen, welche die Unabhängigkeit von Kosovo nicht anerkennt. Eine Teilung käme somit einer Anerkennung des restlichen Gebiets gleich. Die kosovarische Regierung und ein Großteil der Bevölkerung sprechen sich ebenfalls vehement gegen eine Teilung aus. Eine gängige Meinung ist, dass eine Aufteilung zu neuer Gewalt und einer weiteren Zersplitterung der Region führen würde, da es albanische Bevölkerung auch in Teilen Griechenlands, Montenegros und Serbiens gibt. Mit einer Teilung des Kosovo würde demnach die Büchse der Pandora in Bezug auf (weitere) ethnische Homogenisierung der Region geöffnet werden. Ein weiterer Grund, warum eine Teilung äußerst kompliziert wäre, sind die Bodenschätze im Norden des Kosovo. Speziell die Region um Trepča ist gemeinhin bekannt für ihre gigantischen Kohle- und Erzvorkommen. *Der Trepča-Bergbaukomplex repräsentiert einen Wert von ca. 5,0 Mrd US\$.*³ Da diese Bodenschätze eine der großen Hoffnungen des Kosovo sind, wird eine Teilung für die Regierung wohl auch in Zukunft nicht zur Debatte stehen. Von der Möglichkeit der Teilung eines Territoriums auf die „Teilbarkeit“ des Konflikts zu schließen ist daher, in der momentanen Situation und den momentanen Positionen der Akteure, ein Trugschluss.

Es kann nun, nach der ersten Einführung in die Thematik zusammengefasst werden:

- 1) Konflikte sind notwendig für Veränderungen in der Gesellschaft und daher an sich nicht vermeidbar.
 - 2) Konflikte sind ein „*Prozess, in dessen Verlauf unvereinbare (oder unvereinbar erscheinende) Tendenzen eine kritische Spannung erzeugen, indem diese Unvereinbarkeit*
- a. *den Akteuren bewusst und*
 - b. *für ihr Handeln bestimmend wird und*
 - c. *die Organisation bzw. Struktur der die Akteure integrierenden Einheit potentiell oder aktuell gefährden.*“ (Link 1980, 40)

² In einem Interview des serbischen Nachrichtensenders „B92“ vom 6. Jänner 2006 (www.B92.net)

³ www.mineralienatlas.de

- 3) Konflikte werden durch Kommunikation geschaffen, verändert, gelindert oder verschärft. Bereits die Bezeichnung einer Situation als Konflikt hat eine Auswirkung auf dieselbe. Je nach Begebenheiten kann der Begriff „Konflikt“ eine Situation entweder verschärfen oder rechtzeitig auf (gewaltfreien) Handlungsbedarf aufmerksam machen.
- 4) Konflikte können in unterschiedlichen Formen auftreten, die als sehr positiv oder sehr negativ wahrgenommen werden können.

Konfliktverhütung

Der Begriff der Konfliktverhütung ist streng genommen irreführend. Gemäß den oben angeführten Definitionen, ist ein Konflikt nichts, was normativ abgelehnt werden sollte oder in jedem Fall verhindert werden sollte. Konflikte sind Meinungsverschiedenheiten, Unzufriedenheit, der Wille nach Veränderung. Konflikte zu verhüten würde bedeuten, zu verhindern, dass unterschiedliche politische Akteure unterschiedliche Ziele verfolgen. Es würde bedeuten, gesellschaftlichen Wandel unterbinden zu wollen. Doch das ist weder das Anliegen einer normativen Forschung, noch das von entwicklungspolitischen Akteuren: Das Erreichen von unterschiedlichen Zielen ist eine fast schon konstituierende Komponente des Politikbegriffs überhaupt. Daher wäre Konfliktprävention eine Prävention von (demokratischer) Politik und das Ende von jeglicher politischer und gesellschaftlicher Veränderung.

Eine friedliche Politik sollte vielmehr darauf abzielen, Konflikte, sofern sie nicht künstlich geschaffen werden, nicht verhindern zu wollen, sondern in einer für alle Parteien akzeptablen Art und Weise damit umzugehen. Im zweiten Teil der hier gewählten Definition von Konfliktverhütung ist diese Überlegung enthalten:

„Konfliktverhütung [...] sind alle Mittel zur Lösung von Konflikten oder zumindest zur Verhinderung der Eskalation, die die Anwendung von Gewalt ausschließen, [...]“
(Gärtner 2005, 73) ⁴

⁴ Weitere angeführte Konzepte/Mechanismen sind u.a.: preventive diplomacy, Frühwarnung, Fact Finding Missions, Vermittlung und Überwachung

Krisenprävention

Aus genannten Gründen sollte der Begriff „Krisenprävention“ vorgezogen werden.

„Latente Konflikte erreichen das Stadium einer Krise meist durch konkrete Ereignisse, durch die die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit von Gewaltanwendung erhöht wird.“ (Höll, 2000 in: Gärtner 2005, 85)

Es gibt in der bestehenden Literatur zahlreiche Theorien und Ansätze, welche alle Formen von Krisen bis in das letzte Detail verallgemeinern und systemisch erfassen wollen. Ein brauchbares, weil nicht zu einengendes, Modell, ist jenes von Michael Brecher. Ausgehend von einem bestehenden Konflikt wird eine Krise durch einen feindlichen Akt hervorgerufen, der in 3 Aspekten wahrgenommen wird:

- Bedrohung von „basic values“ (Anerkennung der Identität, Sicherheit, etc.)
 - Begrenzte Reaktionszeit auf eine Bedrohung
 - Erhöhte Wahrscheinlichkeit militärischer Auseinandersetzungen
- (Brecher, 1993)

Der daraus resultierende Stress führt zu weiteren feindseligen Interaktionen, was schließlich den Auftakt zu einer Krise bedeuten kann.

Die 4 Phasen der Krise nach Brecher:

- a) onset
- b) escalation
- c) deescalation
- d) impact

ad a) Dies ist die Entstehungsphase. Es besteht hier noch die Möglichkeit der Abwendung durch eine Intervention welcher Art auch immer. Hier erscheint es sinnvoll, eine präventive Strategie anzuwenden, was häufig wegen mangelndem Problembewusstsein nicht oder zu zögerlich geschieht.

ad b) Eine akute Bedrohung der „basic values/ basic needs“: Aufschaukeln der Emotionen und steigender Zeitdruck sind Kennzeichen dieser Phase –

Gewaltbereitschaft und Handlungszwang kommen verstkt auf. Hier setzen die meisten Formen des internationalen Konfliktmanagements an. Die Chancen einer Vermittlung sind in dieser Phase aber bereits stark gesunken.

ad c) Die feindlichen Aktionen gehen nach dem Hohepunkt der Eskalation zurück. Schaffung von positiven Voraussetzungen für eine Lösung der Krise ist in dieser Phase wieder verstkt möglich.

ad d) Der Umgang mit den Konsequenzen des Konflikts und die geistige Aufarbeitung desselben. Laut Brecher ist die Stkung und Einbindung der Zivilgesellschaft in dieser Phase zentral, um ein erneutes Ausbrechen der Krise zu verhindern.

(ebd.)

Nachdem der Begriff Krise nun klarer geworden ist und auch die Dynamik einer solchen skizziert wurde, kommen wir zur Krisenprävention selbst. Gemeint ist „*frzeitiges, geplantes, systemisches und koharentes Handeln auf verschiedenen Ebenen von Staat und Gesellschaft zur Verhinderung gewaltamer Konflikte.*“ (Mehler/Ribaux 2000, 34 in: Gärtner 2005, 86)

Gehen wir zurück zu Phase 1, der Krisendynamik. Wie oben beschrieben, wäre hier ein Eingreifen sinnvoll und im Gegensatz zu späteren Phasen unkompliziert. Doch in der Realität findet dies oft nicht statt, da mediale und politische Aufmerksamkeit oft zu tre sind und das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in Angelegenheiten anderer Staaten ein weiteres Hemmnis darstellt. Das mangelnde Interesse und die Passivität der internationalen Gemeinschaft können zu einer Eskalation von Konflikten führen, bzw. dieser nicht vorbeugen. Im Kosovo war dies der Fall, da die vererte geopolitische Lage von der wachsenden Problematik im Kosovo ablenkte. Hinzu kam, dass der Kosovo als Thema bei den Verhandlungen von Dayton 1995 ausgeklammert blieb und bewusst nicht angesprochen wurde. Es war wohl auch kein Zufall, dass die Aktivitäten der UCK zur gleichen Zeit aufflammten, als die Verhandlungen in Dayton ohne Behandlung der Kosovo-Frage zu Ende gingen.

Folglich ist die Wahrnehmung der relevanten Akteure, die eine potentielle Krisenprävention betreiben könnten, der erste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Krisenprävention.⁵

Im Folgenden werden nun einige Instrumente und Ansätze im internationalen Krisenmanagement angeführt. Obwohl es hierbei eher um internationale Diplomatie geht, sind die Ausführungen als Denkansätze trotzdem wichtig. Banal ausgedrückt geht es darum, eine oder mehrere Konfliktparteien in eine gewisse, erwünschte Richtung zu beeinflussen und zu steuern. Dies kann anhand von positiven oder negativen Anreizen geschehen: Der viel strapazierte „carrots and sticks“ – Ansatz, zu Deutsch „Zuckerbrot und Peitsche“ kommt auch hier zum Tragen.

Instrumente des internationalen Krisenmanagements:

1. Negative Anreize: Sanktionen; „smart sanctions“
2. Neutrale Instrumente: Interventionen, Schlichtung, Vermittlung
3. Positive Anreize: Friedensbildende Maßnahmen

Als negative Anreize werden in der Literatur folgende Instrumente genannt:

Unmittelbare Abschreckung, Potentielle Abschreckung, Suspendierung einer IGO-Mitgliedschaft, Definitiver Ausschluss aus einer IGO, Ökonomische Sanktionen, Verfolgung von Kriegsverbrechern, Militärische Intervention, etc.

Als positive Anreize gelten Belohnungen, Aufheben einer Drohung, Beenden der diplomatischen Isolierung, diplomatische Anerkennung, Versprechen, Verhandlungen über finanzielle Hilfe, finanzielle Hilfe, Beobachterstatus in einer IGO, Aufnahme in eine IGO, etc.

Für die geplante Forschung besonders interessant sind jedoch neutrale Instrumente der Krisenprävention. Das Steuern einer Konfliktpartei erscheint allzu sehr als Scheinlösung, da der Grundkonflikt nicht berührt wird. Neutrale Instrumente sind Vermittlungstätigkeit, Schlichtung, Peacemaking, „Humanitäre Intervention“, Präventive Diplomatie, Überwachung eines Waffenstillstandes, Peacekeeping, etc.

⁵ Am 12. Mai 2010 wurden an der kosovarisch-mazedonischen Grenze 4 Menschen erschossen. Laut diversen im Internet abrufbaren Medien handelte es sich um Waffenschmuggler, die von der Polizei gestellt wurden. Viel mehr wurde, zumindest in deutschsprachigen Medien nicht berichtet. Über die Spannungen zwischen der albanischen und der mazedonischen Bevölkerung, darüber, dass die Waffenschieber womöglich Teil der albanischen Befreiungssarmee in Mazedonien seien und dass die albanische Bevölkerung sich zunehmend diskriminiert fühlt, war nichts zu lesen.

(vgl. Schneider/Weitsman 1997)

Was die neutralen Instrumente der Krisenprävention betreffen, so spiegeln sie den kommunikativen und interaktiven Charakter von Konflikten wider. Eine (De-) Eskalation ist somit ebenfalls eine Folge von Kommunikationsakten. Auf diese Theorie bauen jene neutralen Konfliktlösungsmechanismen auf, mit denen sich Organisationen wie z.B. die OSZE stark auseinandersetzt.

1) Vermittlung:

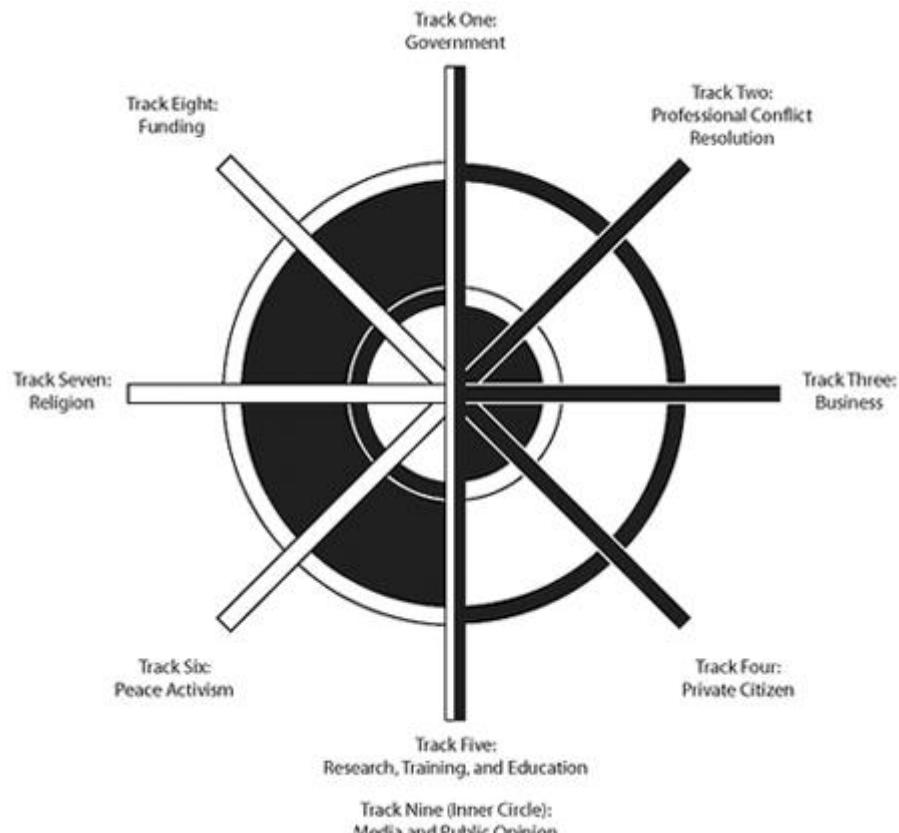
Vermittlung schafft nur den Rahmen für einen möglichen Erfolg. Der Willensbildungsprozess der in den Konflikt involvierten Akteure kann zwar beeinflusst aber, im Gegensatz zu den positiven und negativen Anreizen nicht gesteuert oder kontrolliert werden. Die unterschiedlichen Ebenen auf denen Vermittlung geschehen kann, werden in der Fachliteratur als „tracks“ bezeichnet. Track 1 bedeutet die klassische Vermittlung auf institutioneller Ebene, also der UNO, OSZE, AU, und so weiter. Track 2 ist die Vermittlung durch gesellschaftliche Akteure wie einflussreiche Privatpersonen, NGOs, Initiativen, etc.

Für diese Arbeit interessant ist aber lediglich die Erweiterung des Konzepts. Das Modell der „tracks“ wurde von der Wissenschaftlerin Louise Diamond und dem Diplomaten John W. McDonald erweitert und in ein „Multi-Track-Diplomacy“ Konzept umgewandelt⁶. Ziel war die Aufwertung der nicht-staatlichen Ebene.

- 1) klass. Diplomatie
- 2) professionelle Ebene der „problem solving workshops“
- 3) Einfluss der Wirtschaft ausspielen
- 4) Privatpersonen
- 5) langfristiger Beitrag von Wissenschaft und Ausbildung
- 6) Friedenstruppen
- 7) friedenspolitisches Potential von Religionsgemeinschaften und Gotteshäusern
- 8) Finanzierung von Friedens- und Vermittlungsaktivitäten
- 9) öffentliche Meinung und Kommunikation – in Verbindung aller vorigen Tracks.

⁶ Institute for Multi-Track Diplomacy (IMTD)

Abb. 1)



Quelle: www.imtd.org

Da diese Arbeit die Wirksamkeit von Maßnahmen auf der untersten Ebene der Politik, also der Gesellschaft, untersuchen möchte, stellt das Konzept der „Multi-Track-Diplomacy“ einen sehr wichtigen Impuls für weitere Überlegungen und Untersuchungen dar. Gerade die EZA ist in der Lage sehr vielschichtig aktiv zu werden und Wirtschaft, Bildung, Medien und konkrete Arbeitskreise zu Friedensstiftung zu verbinden, was einem multi-track Ansatz sehr nahe kommt.

2) Mediation

„Eine Mediation muss im Kern als eine Ausweitung des Verhandlungsprozesses gesehen werden, bei dem eine von den Konfliktparteien akzeptierte dritte Kraft interveniert, um den Verlauf oder den Ausgang eines bestimmten Konflikts zu ändern. Diese dritte Kraft, die keine maßgebende Entscheidungsgewalt hat, unterstützt die Gegner bei der Suche nach einer beidseitig annehmbaren Vereinbarung. Mediation unterscheidet sich als Form der Konfliktbewältigung von den verbindlicheren Formen der Drittpartei-Intervention, wie Schieds- und Schlichtungsverfahren, dadurch, dass sie auf Wunsch der Beteiligten erfolgt und die letztendliche Entscheidungsgewalt bei ihnen belässt.“ (Bercovitch 1995, 89)

Bei dem Konzept der Mediation, das in den letzten Jahren auch im juristischen Bereich stark an Popularität gewonnen hat, geht es nicht darum, einer Partei eine Lösung aufzuoktroyieren, sondern darum, eine akzeptable Lösung für beide Seiten zu finden. Der/Die MediatorIn, der sich als unabhängiger Dritter Akteur präsentiert, kann lediglich eine Ersatzbrücke der Kommunikation darstellen. Einer der Grundsteine jeder Mediation lautet: Interessen und nicht Positionen sollen von beiden Parteien formuliert und diskutiert werden.

Dies ist auch die Grundlage des so genannten „Harvard- Konzeptes“. Die Kritik daran ist, dass es zu pragmatisch für die Komplexität von Konflikten sei. Wie bereits erwähnt, haben Mediationen in manchen Konflikten dieser Welt zwar unmittelbar zu einer Deeskalation geführt, doch langfristig scheint die Bilanz eher negativ zu sein. Weder im Sudan noch im Nahen Osten ist seither Frieden eingekehrt. Mediationen können zwar wirksam sein und bewaffnete Auseinandersetzungen verhindern oder unterbinden. Doch ob Mediation ein Heilmittel für die nachhaltige Lösung von Konflikten ist, muss bezweifelt werden. Dennoch ist der Ansatz ein wichtiger.

(Baumgartner 2004)

Konflikttransformation

Viele theoretische Ansätze zur Krisenprävention, vor allem institutionalistische Theorien, beruhen auf dem Konzept der Konflikttransformation. Sie soll „*traditionelle Konfliktlösungsmechanismen ablösen, die in der Praxis kaum erforderlich, weil zu langwierig und oft abgehoben von den realen Bedingungen sind.*“ Konflikttransformation basiert auf drei Schlüsselkompetenzen, die auch ein spezielles Training erfordern: *Empathie, Kreativität, Gewaltfreiheit. Galtung* [Johan Galtung, ein „Gründervater“ der Friedens- und Konfliktforschung, Anm.], nennt diese Methode der Konfliktbearbeitung „*Transcend-Methode*“. Durch sie soll der zugrunde liegende Konflikt gelöst, die reversiblen Schäden wieder gut gemacht und die Konfliktparteien versöhnt werden. Die Rolle des Konfliktvermittlers besteht darin, diese Fähigkeit zur Transzendenz zu fördern, indem er die wichtigsten Bedürfnisse der Konfliktparteien herausfindet, bei denen Kompromisse notwendig sind“. (Gärtner 2005, 73-74)

C. Konflikttheorien ausgewählter AutorInnen

„Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“

(Lateinisches Sprichwort, möglicherweise zurückzuführen auf Renatus ~400 n. Chr.)

„Wenn du den Frieden willst, erforsche den Krieg“

(Kurt R. Spillmann, geb. 1937)

Die Politikwissenschaft kennt viele Theorien zu Konflikt, Antagonismen, Gewalt, Krieg und ihre Voraussetzungen in der Gesellschaft. Was ein Konflikt ist, welche Ausprägungen er annehmen kann und in welche Formen von Krieg er münden kann, wurde weiter oben betrachtet. Das folgende Kapitel greift nun einige, für das Forschungsinteresse dieser Arbeit relevante, Theorien mit Hinblick auf die Konfliktprävention der OEZA auf. Oftmals sind diese Theorien nicht ausschließlich auf Konflikte gemünzt, sondern behandeln allgemeinere Themen wie Gesellschaft insgesamt, das Verhältnis von Staaten untereinander oder die Natur des Menschen. Aus diesen großen Theoriekomplexen und Ideen werden die für die Konfliktforschung relevanten Aspekte herausgenommen, ohne sie zu sehr von ihrem ursprünglichen Theoriekomplex zu entfremden.

Doch nicht nur politikwissenschaftliche Theorien sollen Beachtung finden, sondern auch soziologische, ökonomische und vor allem psychologische Ansätze. Einige Theorien wurden nicht in einem eigenen Unterkapitel angeführt, sondern sind zu thematisch passenden anderen Theoriesträngen zugeordnet worden. Wieder andere Theorien wurden bewusst weggelassen, da der eine oder andere interessante Aspekt in ähnlicher Form an anderer Stelle bereits vorhanden ist.

Wir beginnen mit den großen politikwissenschaftlichen Theorieströmungen. Diese nehmen zwar Bezug auf das einzelne Individuum, doch wurden viele im Hinblick auf ganze Gesellschaften, Staaten oder gar die Menschheit an sich verfasst. Allmählich rückt die Analyseebene dann immer mehr in die Nähe des Individuums. Die politikwissenschaftliche Sicht auf Staaten, Strukturen und Gruppen verblasst zunehmend und gibt einer soziologischen Herangehensweise, welche den Menschen als Individuum mehr in den Mittelpunkt rückt, Platz. In weiterer Folge werden auch relevante Einflüsse aus z.B. der Biologie beleuchtet. Am Ende der

theoretischen Verarbeitung des heutigen Wissenstands steht jene Wissenschaft, welche sich auf der fundamentalsten Ebene des Menschseins bewegt: Die Psychologie.

I. Klassische Theorien

„Ein klassisches Werk ist ein Buch, das die Menschen loben, aber nie lesen.“
(Ernest Hemingway, 1899-1961)

(Neo)Realismus

Thomas Hobbes' pessimistischer Ansatz (1651), geprägt durch die instabile politische Situation Englands Mitte des 17. Jahrhunderts, ist einer der zentralen Denkrichtungen in der Kriegs- und Konflikttheorie. Er und seine geistigen Nachfolger wie z.B. Niccolò Machiavelli, Carl von Clausewitz, Hans Morgenthau oder Kenneth Waltz repräsentieren die politikwissenschaftliche Denkschule des Realismus. Dieser beruht auf der Annahme, dass alle Beziehungen zwischen Gruppen auf Machtverhältnissen beruhen. Die menschliche Natur ist mit drei maßgeblichen Konfliktursachen behaftet, nämlich Konkurrenz, Misstrauen und Ruhmsucht. Die Natur der Menschen führt in der Situation einer unzureichenden Gesellschaftsbildung zu einem permanenten Krieg jeder gegen jeden, wenn nicht eine übergeordnete Instanz, das Monopol der Gewalt innehält. Bei Hobbes ist dies der berühmte „Leviatan“, der Staat, dem jedes Individuum sein Potential an Gewaltanwendung abtritt und sich dafür auf den Schutz der Zentralmacht verlassen kann.

Ein solcher Ansatz bedeutet für Krisenprävention, dass eigentlich nur die Etablierung einer höheren, allumfassenden Gewalt, bei Hobbes der Staat, welche beiden Seiten mit „carrots and sticks“⁷ kontrolliert und von gewalttätigen Handlungen abhält. Der klassische Realismus bedient jene Annahmen, die Konfliktprävention durch einen starken Staat, der den Verzicht individueller Gewaltausübung bedingt, realisiert sehen. „*Macht wird so zum Instrument der Friedenssicherung*“ (Noetzel

⁷ Gängiger Begriff in der internationalen Politik für positive und negative Anreize

2005, 38 in: Bonacker 2005). Abseits von dem Gewaltmonopol ist auch die Legitimität des Staates von Bedeutung. Zwar ist die Angst der Menschen vor dem anarchistischen Urzustand der Welt der Antrieb hinter dem „Gesellschaftsvertrag“ aber doch ist ein legitimer Staat gemäß Hobbes kein Unterdrücker sondern „*ist Ergebnis der individuellen Selbstbestimmung*“. (ebd., 39 in: Bonacker 2005) Wenn aber nun ein Staat von seinem Volk nicht erwünscht ist oder die Menschen „*zu dessen Schutz und Verteidigung er ersonnen war*“ (Hobbes 1984, 97 Zitiert in: Noetzel 2005, 37) gar selbst bedroht, verliert er seine Legitimation und wird zu einer potentiellen Konfliktpartei und hört gemäß seiner eigentlichen Definition auf zu existieren.

Carl von Clausewitz (1780-1831) verdient ob seiner Leistungen in Bezug auf Theorie des Krieges, v. a. in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“, besondere Beachtung. Obwohl sein biographischer Hintergrund, Clausewitz war preußischer General und Militärtheoretiker, nicht unbedingt die beste Reflexionsgabe erahnen lässt, fallen seine aus der Praxis kommenden Ausführungen und Ansätze unter die wohl am meisten zitierten, wenn es um das gesellschaftliche Phänomen des Krieges geht.

Das wohl berühmteste Zitat von Clausewitz, dass Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, wurde im Laufe der Geschichte ebenfalls meistens unzureichend interpretiert. Clausewitz wollte nicht, wie oft angenommen, sagen, dass Politik ein moralfreier Raum ist, und Krieg nichts weiter als eine legitime Variante von friedlicher Politik sei. Clausewitz wollte vielmehr ausdrücken, dass die Art des Krieges aus der Beschaffenheit der Politik, dem Willen der Politik und somit auch aus den vorherrschenden Gesellschaftsstrukturen, entspringt. Was im heutigen Kontext als selbstverständlich scheint, bedurfte zu einer Zeit, als Krieg mitunter als kollektives männliches Kräftemessen, als Wettstreit gesehen wurde, besonderer Beachtung. Krieg ist also Politik. „*Was dem Kriege nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel.*“ (Clausewitz 2007, 22) Die nach der französischen Revolution unterschiedlichen politischen Systeme in Frankreich und Clausewitz' Heimat Preußen, brachten unterschiedliche Strukturen in der Art des Krieges hervor. Clausewitz beobachtete, dass die napoleonische Armee von Idealen angetrieben war, was er als „*blind Naturtrieb des Volkssoldaten*“

betitelte, während die Motivation der preußischen Soldaten weiterhin lediglich auf Zwang und den so genannten „Kadavergehorsam“ begründet war.

Ein weiterer hiermit verbundener Begriff, der mit Clausewitz in Verbindung gebracht wird, ist der des „Totalen Krieges“. Oft wird der Begriff in erster Linie mit der Sportpalastrede Joseph Goebbels' von 1943 assoziiert. Der nationalsozialistische Militärtheoretiker Ludendorff hatte den Begriff für die Beschreibung eines Krieges verwendet, in dem die gesamte Gesellschaft einem Existenzkampf untergeordnet ist, der gesamtpolitisch betrieben und im Inneren und Äußeren geführt wird. Tatsächlich spricht Clausewitz von „dem Absoluten“ im Kriege. Dies ist ein idealtypischer Entwurf, dem sich ein Krieg durch vorhandene Wechselwirkungen nur annähern kann. Die Grenzenlosigkeit der Mittel, die Gefahr der Niederlage (solange der Gegner diese nicht erleidet) und die Unwissenheit über die Willenskraft des Gegners sind drei Wechselwirkungen, die den Krieg zum Äußersten (zum Absoluten) treiben. Doch Clausewitz selbst fügt hinzu, dass sich dieses Modell in der Realität abschwächt, da ein Krieg kein isolierter Akt ist und viele andere Faktoren zur Mäßigung beitragen (Clausewitz, 2007).

Aus den Ideen Clausewitz' kann folgendes abgeleitet werden: Die Entgrenzung des Krieges, auch wenn sie nicht „absolut“ ist, entsteht zu einem großen Teil aus Unsicherheit, welche aus einem Mangel an Information erwächst. Unsicherheit über Stärke und Determiniertheit des Gegners und Unsicherheit über die von ihm eingesetzten Mittel. In einem Umkehrschluss können wir daher postulieren: Kommunikation und der damit verbundene Informationsfluss ist ein Mittel zur Deeskalation.

Idealismus

Als Vater des modernen (deutschen) Idealismus ist Immanuel Kant die zentrale Figur. Sein Buch „Zum ewigen Frieden“ (1795) ist der Klassiker unter den Werken, welche die Denkrichtung des Idealismus repräsentieren. Gemäß Kant ist es möglich, dass Menschen ihre Leidenschaften, die auch die Ursache für negative Emotionen und Krieg sind, in einer friedlichen Weise nutzen. Kant beschreibt Menschen als ambivalente Wesen, da sie „gesellig ungesellig“ seien, also zwar die Gemeinschaft suchen aber auch etwas besonderes sein wollen. Diese Ambivalenz wird in dem Kapitel „Psychosoziale Aspekte von Krieg“ (s. u.) eine große Rolle spielen. Emotionen sind also wandelbar und können mit der Hilfe von Vernunft in eine

friedliche Richtung umgewandelt werden. Da Frieden für Kant kein Naturzustand ist, muss er gestiftet werden. (vgl. Etzersdorfer 2007) Spätestens an dieser Stelle wird der Zusammenhang zur Krisenprävention offensichtlich. Auch 200 Jahre nach Kants ideengeschichtlich revolutionärem Werk wird versucht Frieden zu stiften.

Ökonomische Theorien

Die Konflikttheorie von Karl Marx beschreibt die besondere Konfliktform des Klassenkampfes, ein Schlüsselbegriff der marxistischen Theorie, der die Urform von Annahmen bezüglich Armut und Ausbeutung als Auslöser von Gewalt zu sein scheint. Auf der anderen Seite beinhalten die Theorien von Marx keine Bemühungen den Konflikt zu verhindern, sondern behandeln sie lediglich als logische Konsequenz der vorhandenen ökonomischen Gesellschaftsstrukturen. Für Marx ist Klassenkampf im Endeffekt der „*Schluss, worin sich die Bewegung und die Auflösung der ganzen Scheiße auflöst*“ (Marx 1868, 75 Zitiert in: Demirović 2005, 53). Trotzdem stellt die marxistische Theorie die Basis jenes Konfliktpotentials dar, das durch große Unterschiede in der Verteilung von Ressourcen und Chancen entsteht. Auch der Demokratietheoretiker Tocqueville (s. u.) meinte: „*[...] so kommt man fast immer auf die Ungleichheit als letzte, tiefste Ursache von Revolution*“ (Tocqueville 1995, 209). Nachdem Tocqueville Ungleichheit als die Ursache für Revolution⁸ festgemacht hat, beschreibt er ein wünschenswertes System als eines, in dem der Mittelstand die größte gesellschaftliche Gruppe bildet, die Reichen, die es immer geben wird, durch ihre Anzahl und Erscheinungsform keine eigene Klasse bilden und die Art des Reichtums nicht aus Grundbesitz sondern durch den Besitz an Fahrnis, also bewegliches Vermögen, und Geld besteht. „*Ein Volk ist für Revolutionen desto weniger zugänglich, je mehr der Besitz aus Fahrnis und Geld bei ihm zunimmt und in vielfacher Form erscheint, und je größer die Zahl derer wird, die ihn besitzen.*“ (Tocqueville 1955, 210)

Max Weber führt die Interpretation dieser Ideen weiter indem er Klassen nicht durch ihre Stellung im Produktionsprozess, sondern durch ihre jeweiligen Marktchancen definiert. (Koenig 2005, 71 in: Bonacker 2005) Obwohl Marx nicht auf die Prävention des von ihm analysierten Konfliktfelds aus war, lassen sich in der Umkehr seiner

⁸ Es ist zu dem Begriff „Revolution“ anzumerken, dass dieser im heutigen Diskurs nicht mehr gängig ist, obwohl manche heutigen Bürgerkriege in der Welt um 1840 wohl als eine solche bezeichnet worden wären.

Theorie natürlich Schlüsse in diese Richtung ziehen: „*Indem die Menschen sich aus ihrer Unterordnung unter solche [...] Verhältnisse befreien, überwinden sie auch den Klassenkampf [...].*“ (Marx 1867, 94 Zitiert in: Demirović 2005, 49) Wenn man also Klassenkampf nicht als übergeordnetes und allgegenwärtiges System versteht, in dem der Klassenkampf linear verläuft und durch Radikalisierung zur klassenlosen Gesellschaft ohne Konflikte und Herrschaft führt, sondern die Mechanismen seiner Entstehung in einem kleineren Rahmen einordnet, werden die Marx'schen Ideen für die Konfliktprävention greifbar.

Max Weber

Max Webers Ideen und Theorien zu Gesellschaft beinhalten auch interessante Punkte, die für den gegenwärtigen Forschungsgegenstand von Interesse sein könnten. Ähnlich wie Hobbes ist Herrschaft für Weber nicht nur Zwang, sondern eine gewisse Art von sozialer Ordnung „*die zwar Ungleichheit erzeugt, aber bei einem Glauben der Herrschaftsunterworfenen an ihre Legitimität auch gewaltlose Anerkennung finden kann.*“ (Weber 1980, 122-176 Zitiert in: Koenig 2005, 75) Die drei Formen so genannter „reiner“, also legitimer Herrschaft sind:

- Rationalen Charakters, d.h. eine legale Herrschaft, die auf gesetztes Recht beruht.
- Traditionalen Charakters, d.h. Herrschaft beruht auf Alltagsglauben an ihre Legitimität
- Charismatischen Charakters, d.h. die geschaffene Ordnung einer außergewöhnlichen und vorbildlichen Person (Weber 1980 in: Koenig 2005, 75)

Ein wichtiger Gedanke in diesem Zusammenhang ist, dass „*der Kampf um politische Macht [...] zur äußersten Härte [tendiert], weil er den wichtigsten und umfassendsten Bereich des Machtkampfes bildet und zudem noch sehr schnell die für eine geordnete Konfliktaustragung grundsätzliche Regelanerkennung verletzen kann, wenn der Kampf sich gegen die Grundgesetzte des politischen Systems richtet.*“ (Bonacker 1996, 63 in: Koenig 2005, 76)

Schlussendlich sind für Max Weber Konflikte aus zwei Gründen wichtig für eine Gesellschaft, da sie einerseits für das Entstehen von neuen Normen und Regeln, andererseits für die Schaffung von neuen Institutionen für den Umgang mit diesen Konflikten notwendig sind.

Ralf Dahrendorf

Ralf Dahrendorf sieht den Ursprung von Konflikten ganz allgemein darin, dass eine Mehrheit der Bevölkerung von Herrschaft (oder nennen wir es politische Partizipation) ausgeschlossen ist und von einer Minderheit beherrscht wird. Dahrendorf lehnt somit den rein ökonomisch-strukturellen, das System überwindenden Charakter, der marxistischen Theorie ab (Koenig 2005, 78-79). Dahrendorf entwickelte ein System zur Typologisierung von Konflikten. Die zwei übergeordneten Kategorien sind das Rangverhältnis der Akteure und die Größe der sozialen Einheit. Aufgrund dieser Typisierungen entwickelte Dahrendorf allgemeine, idealtypische Aussagen zu Konflikten in Bezug auf Herrschaft:

- 1) Ein Herrschaftsverband umfasst zwei Träger, die jeweils eine das System erhaltende und eine das System verändernde Rolle einnehmen.
- 2) Diese Quasigruppen entwickeln sich unter gewissen Bedingungen zu organisierten Einheiten.
- 3) Diese beiden Einheiten stehen einander konfliktiv gegenüber.
- 4) Dieser Konflikt führt zu einer Veränderung in der Struktur der Herrschaftsverhältnisse.

(Lamla 2005, 207-227 in: Bonacker 2005)

Dahrendorf sieht ein besonders hohes Risiko an gewalttätigen Auseinandersetzungen, wenn eine Quasigruppe bereits zur Organisation (ad 2) fähig wäre, diese ihr jedoch politisch verwehrt bleibt. Weitere Faktoren sind die soziale Mobilität von Individuen, also wie sehr sie an ihre Position in der Gesellschaft gebunden sind. Konflikte die aus dieser Position erwachsen, werden infolge umso intensiver geführt. Dahrendorf plädiert weiters für Konfliktregulierungsmechanismen, die Konflikte institutionell kanalisieren und entschärfen können. Er geht auch davon aus, dass ethnische Spaltungslinien noch keine Erklärung für die politische Einstellung der beteiligten Akteure darstellen. Die

Kohärenz innerhalb der Gruppe und der Glaube an das Erreichen der Ziele durch die Gruppe sind wesentlich um die Konfliktodynamik zu verstehen. (ebd.)

Georg Simmel

Georg Simmels soziologische Gesellschaftstheorie bezieht sich weniger auf die Inhalte, als auf die Form von Konflikten. Dabei stützt er sich auf die Annahme, dass die Summe von individuellen Interaktionen der Menschen die Gesellschaft konstituiert. So wie Max Weber und viele andere Denker und Wissenschaftler sieht Simmel Konflikte nicht als Ausnahmesituationen, sondern als Fußabdruck der Gesellschaft selbst. „*Dort wo man sie [Konflikte, Anm.] als Formen verstehen kann, stellen sie nicht die Gesellschaft in Frage, sondern sind die Gesellschaft.*“ (Stark 2005, 85 in: Bonacker 2005) Seine These ist daher: Konflikte sind Vergesellschaftungsformen. „*Die grundlegendste Form des Konfliktes ist für Simmel der Kampf*“ (ebd., 86) für den Gewalt als Mittel gebraucht wird. Wie die meisten SozialwissenschaftlerInnen betont er, dass Konflikte für die Weiterentwicklung der Gesellschaft nötig sind und der Streit bzw. der Kampf nur eine Austragungsform einer unvermeidbaren gesellschaftlichen Realität ist. Das negative und dissoziierende an Konflikten sind laut Simmel die Gefühlregungen Hass, Neid, Not und Begierde.

Simmel stellt in seiner Theorie auch Bezug zu Gier her. Was Simmel „Mammonismus“ nennt, ist die Anhäufung von Geld ohne konkrete Vorstellungen oder Wünsche bezüglich der praktischen Verwendung dafür zu haben. „*Wie der wahrhaft Fromme zu seinem Gott betet, nicht weil er etwas von ihm wünscht oder hofft, sondern frei von solchen subjektiven Triebfedern, nur weil er Gott ist, das absolute, das um seiner selbst Willen Anbetung fordernde Wesen – so verehrt der Mammonist das Geld und den in Geld ausdrückbaren Erfolg alles Tuns, sozusagen selbstlos, in reiner Ehrfurcht.*“ (Simmel 1917, 15)

Aggressive Emotionen und Kampf entspringen nicht nur aus Reaktion auf eine Bedrohung, sondern sind, abseits von konkreten Funktionen wie der Verteidigung der körperlichen Unversehrtheit und des Lebensraumes, ein elementarer Bestandteil der menschlichen Psyche. „*The observation of certain antipathies, factions, intrigues, and open fights might indeed lead one to consider hostility among those*

primary human energies which are not provoked by external reality of their objects but which create their own objectives out of themselves." (Simmel 1955, 31) Simmel beschreibt so genannte „Kampfspiele“ bei denen es keinen Gewinn gibt und die daher aus einer reinen soziologischen Motivation mit Verbissenheit ausgetragen werden. (ebd., 34-35) Vermutlich kennt beinahe jeder Mensch die Lust an dem Gefühl „zu gewinnen“, obwohl es keinen materiellen oder sonst wie gearteten Gewinn gibt.

Simmel sieht aber nicht nur Aggression und Hass als psychologisch autonom, sondern auch Liebe. Um ein eingängiges Beispiel zu geben meint er, dass besonders die Jugend nicht reaktiv lieben würde, sondern sich lediglich ein geeignetes Objekt für das Ausleben dieser Emotion suchen würde. Dasselbe gilt für die Aggression. Doch die Objekt-Projektion der Gefühle ist nicht willkürlich. Es gibt „geeignete“ Projektionsflächen. Kleine externe Auslöser reichen um einen Menschen die eigenen Emotionen ausleben zu lassen. Krieg ist also kein außergewöhnlicher Zustand: „*Perhaps the most decisive example comes from the American Indians, among whom every tribe was on principle considered in a state of war with every other tribe with which it had not concluded an explicit peace treaty.*“⁹ (ebd., 32) Simmel meint weiter, dass der Trieb der Feindseligkeit als Verstärkung für konkrete Kontroversen dient. Da es für die eigene Psyche sinnvoll und sich selbst stärkend ist, den Feind zu hassen, werden im Bedarfsfall alle vorhandenen negativen Gefühle auf ihn projiziert.

Simmel betont die Funktion von Gruppen in gesellschaftlichen Konflikten, welche für die Beschäftigung mit Krieg von äußerster Wichtigkeit ist. Simmel meint, es sei eine Tatsache „*dass die gemeinsame Gegnerschaft gegen einen Dritten unter allen Umständen zusammenschließend wirkt, und zwar mit sehr viel größerer Sicherheit so wirkt, als die gemeinsame freundliche Beziehung zu einem Dritten.*“ (Simmel 1992, 684 Zitiert in: Stark 2005, 89) Simmel beschreibt in seinen Ausführungen über die „Kampfspiele“ auch gruppendiffusivische Aspekte, die für eine Erforschung von Faktoren für Krieg unerlässlich ist. Eine Gruppe im Friedenszustand kann innere Unterschiede tolerieren. Die Einheit und Zentralisierung erhöht sich erst im Angesicht eines Kampfes mit einer anderen Gruppe. „*A state of conflict, however,*

⁹ Es muss hier kritisch angemerkt werden, dass es fraglich ist, wie nachhaltig Georg Simmels Wissen (im Jahre 1908!) über das Konfliktverhalten der indigenen Kultur Amerikas war.

pulls the members so tightly together and subjects them to such a uniform impulse that they either must completely get along with, or completely repel, one another. This is the reason why war with the outside is sometimes the last chance for a state ridden with inner antagonisms to overcome these antagonisms, or else to break up definitely.” (Simmel 1955, 92-93) Ein Austreten von Elementen, welche nicht radikal genug für ein Austragen des Kampfes sind, stärkt die Gruppe im Konflikt. Vor allem wenn die Gruppe verhältnismäßig klein ist und daher alle Mitglieder relativ nahe am Zentrum positioniert sind wird zögerliches Verhalten und innere Opposition sofort als Bedrohung für den Kern und die Ziele der Gruppe betrachtet. Dies ist der Grund, warum kleine Minderheiten Annäherungen und Toleranz der anderen, größeren Gruppe ablehnen. Eine Öffnung (Simmel nennt es „Elastizität der Gruppe“) würde zu einer Aufweichung der eigenen Ziele durch Deradikalisierung und zu einer Schwächung der eigenen Gruppe führen. Wenn einer Gruppe ihr Feind „abhandenkommt“ oder sie ihn vollständig besiegt hat, bleibt oft nicht viel von der Gruppe über.

(Simmel 1955)

In Bezug auf Minderheitenpolitik und den Umgang mit kleinen Bevölkerungsgruppen, die sich selbst in Opposition zu gewissen politischen Vorgängen sehen, scheint die Analyse Simmels brauchbar. Dass Gruppen unbedingt einen Feind brauchen, um bestehen zu können kann angezweifelt werden, obwohl sich regelmäßig Beispiele für eine solche Dynamik finden lassen. Auf der anderen Seite zeigt sich der Kant'sche „Eigensinn von Institutionen“ wie beispielsweise jener der NATO, die sich eigentlich gemeinsam mit der Sowjetunion hätte auflösen müssen, immer wieder. Simmels Ausführungen müssen auf jeden Fall im Kontext des Zeitgeistes des angehenden 20. Jahrhunderts (1. Weltkrieg; Februarrevolution) gesehen werden.

Bei Simmel, aber auch bei einer Vielzahl anderer AutorInnen wird auf das Phänomen der „Gruppe“ eingegangen. Eine Gruppe scheint mehr zu sein, als die Summe der sich ihr zugehörig fühlenden Individuen. Auch verhält sich eine Gruppe als geschlossener Akteur anders, als es vielleicht jedes einzelne Mitglied individuell tun würde. Obwohl sich die Politikwissenschaft in der Regel per se mit größeren Gruppen von Menschen auseinandersetzt (Staaten, Ethnien, Parteien, Klassen,

etc.), können auch andere Disziplinen einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis beitragen.

Wie sieht es also nun mit praktischen Untersuchungen einer Gruppe und ihrem Umgang mit Konflikten aus? In einer empirischen Untersuchung von gruppendifnamischen Entscheidungsprozessen (Jüngling 1995 in: Jüngling 1998) wurde der Umgang einer Gruppe mit als konfliktträchtig eingestuften Agenden mit weniger konfliktträchtigen Agenden verglichen. Die Auswertung zeigte, dass das Konfliktpotential eines Themas die Herangehensweise der Gruppe beeinflusste: Bei Entscheidungsaufgaben mit einem hohen Konfliktpotential wurden bei den TeilnehmerInnen folgende Verhaltensmuster festgestellt:

- Lösungsorientiertheit mit vielen raschen Einzellösungen
- Kaum Diskussion von Problemdefinitionen und Zielvorstellungen
- Wenig Bemühen um gemeinsamen Problemverständnis
- Keine Suche nach Entscheidungskriterien

Bei den als weniger konfliktträchtig eingestuften Problemstellungen zeigte sich hingegen ein anderes Bild:

- Problemorientiertheit mit wenigen Lösungsvorschlägen
- Intensive Diskussion über Problemdefinitionen und unterschiedliche Ziele
- Intensives Bemühen um gemeinsames Problemverständnis
- Bemühung um Festlegung von Entscheidungskriterien

(Jüngling 1998, 133 in: Ardel-Gattinger 1998)

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Fazit: „*Bei vielen Konflikten versuchten die Experten und Expertinnen, durch eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen zu Entscheidungen zu kommen, ohne sich überhaupt über das Problem und die bestehenden Zielkonflikte klar zu werden, bei niedrigerem Konfliktpotential ist es umgekehrt. Dieser Unterschied ist statistisch sehr gut abgesichert.*“ (Jüngling 1998, 134 in: Ardel-Gattinger 1998) Komplexe und konfliktreiche Entscheidungen in einer

Gruppensituation sind für die Mitglieder der Gruppe kognitiv und sozial schwer zu verarbeiten. Viele Lösungsvorschläge gepaart mit zu geringem Erarbeiten von gemeinsamen Entscheidungskriterien führen dazu, dass versucht wird, Entscheidungen mit Macht gegen die anderen Gruppenmitglieder durchzusetzen. Das führt zu dominanten Diskussionsbeiträgen und einem konfliktiven Gruppenklima. (Jüngling 1998, 137 in: ebd.)

Dieser Dynamik war sich Simmel bereits, wenn auch unter anderen Vorzeichen, bewusst. Er zeigte sich gegenüber Massenphänomenen einigermaßen negativ eingestellt und argumentierte, dass sich Massenbewegungen, in denen die einzelnen Individuen ihre Motivation aus unterschiedlichsten Motiven heraus beziehen, oft ausschließlich auf das Negative, Destruktive einigen können. „*Die Verneinung ist eben das Einfachste, und deshalb finden sich große Massen, deren Elemente sich auf ein positives Ziel nicht einigen können, gerade in ihr zusammen*“ (Simmel 1958, 360)

Eine Form des Konflikts, die in der heutigen Gesellschaft üblich und als anstrebenswert erachtet wird, ist der Rechtsstreit. Dieser soll losgelöst von persönlichen Befindlichkeiten stattfinden und Gerechtigkeit auf einer objektiven Basis schaffen. Der Rechtsstreit ist eine äußerst vergesellschaftete Form des Konflikts, weil sich alle Beteiligten einer Instanz (dem Gericht) unterwerfen. Hier zeigt sich eine funktionalistische Analogie zu den Annahmen Thomas Hobbes', wenn auch auf einer niedrigeren Ebene der Gesellschaft. (Simmel 1955, 35-38)

Über ideologische Konflikte schreibt Simmel (1955, 38-43), sie seien eine besondere Form eines Konflikts, da beide Streitparteien objektive Interessen hätten. Da also nicht persönliche Interessen, sondern höhere objektive Ziele angestrebt werden, können zwei Dinge beobachtet werden: Einerseits kann es sein, dass der Konflikt persönliche Elemente wie Verbitterung und Narzissen beiseite lässt. Andererseits kann beobachtet werden, dass sich ideologische Konflikte dramatisch intensivieren, da bei den Konfliktparteien das Bewusstsein besteht, für eine größere, wichtige Sache und nicht nur für sich selbst zu kämpfen. „*Because they (selbstlose und idealistische Menschen, Anm.) have no consideration for themselves, they have none for others either; they are convinced that they are entitled to make anybody a victim*

of the idea for which they sacrifice themselves.“ (Simmel 1955, 39) Ein solcher Konflikt kann daher, wenn der letztgenannte Fall eintritt, mit allen Mitteln und voller Radikalität ausgetragen werden. Verstärkend kann hinzukommen, dass die beiden Konfliktparteien aus einer Einheit hervorgegangen sind und daher im Hintergrund ein emotionaler Beziehungskonflikt zwischen den beiden Gruppen schwelt. Ausgehend von der empirischen Tatsache, dass Antagonismen zwischen vertrauten oder gar verwandten Personen oft radikaler sind als jene zwischen zwei einander fremden Individuen, erlaubte beispielsweise das antike religiöse Recht zwar Bigamie aber nicht die Heirat zweier Schwestern. Den selben Mechanismus sieht Simmel bei unterschiedlichen Gruppen innerhalb eines Staates: „*Their reciprocal hatred [...] was more bitter than it can ever be between externally and internally separated groups*“ (ebd., 42)

Obwohl Idealismus in vielen Fällen als positives Attribut eines Akteurs erscheinen mag, sind Simmels Ausführungen wichtig für die Relativierung und situitive Einordnung dieser Merkmale.

Hervorzuheben ist auch, dass Simmel auch über die Beendigung von Konflikten schreibt, was für das vorliegende wissenschaftliche Vorhaben natürlich besonders interessant ist. Das „Gegeneinander“ des Konflikts ist, durch die gesellschaftliche Form des Konflikts, auch automatisch ein „miteinander“. Es wird sozusagen gemeinsam gekämpft (nur eben gegeneinander). Laut Simmel kann sich dieses „Gegeneinander“ dadurch in ein „Miteinander“ transformieren. Weiters nennt Simmel 4 Gründe, warum ein Konflikt beendet werden kann:

- 1) Wegfall des Streitobjekts.
- 2) Sieg. Die radikalste Form der Konfliktbeendigung, die nur dann zum Frieden führt, wenn sie von allen Konfliktparteien akzeptiert wird (solange es nicht zur Auslöschung des Gegners kommt)
- 3) Versöhnung. Sie spielt sich auf der psychologischen Ebene ab, und hauptsächlich im zwischenmenschlichen Bereich.
- 4) Kompromiss. Dieser ist die „*rein gesellschaftliche Form der Konfliktbeilegung*“ (Stark 2005, 91 in: Bonacker 2005). Er ist objektiv und auf die Ziele, die dem Konflikt zugrunde lagen, ausgerichtet. Dies ist für Simmel eine der größten Errungenschaften der Menschheit. Moderne gesellschaftliche Formen von

Konflikt schwanken daher zwischen Konkurrenz, die mildeste Form eines Konflikts, die im Idealfall zu einem Vorteil für beide Parteien führen kann, und Kompromiss. Für diesen ist jedoch ein Wertekonsens nötig, da sonst ein Tauschhandel nicht möglich ist. (ebd. 2005)

Lewis Coser

Lewis Coser muss erwähnt werden, da er die Theorie Simmels weitgehend unterstützt, jedoch durch eine schwerwiegendes Unterscheidung erweitert: Der Unterschied zwischen „echten“ und „unechten“ Konflikten. Als Funktionalist sieht Coser Konflikte als Teile des Systems, die es verändern und erneuern können. Doch dies sind nur die echten Konflikte. Die unechten Konflikte, die durch Frustrationen und andere psychische Konstellationen entstehen, tragen, nicht zur Vergesellschaftung bei.

Ein wichtiger Punkt wird in diesem Zusammenhang auch von Kurt Singer gemacht, der das Kriterium der Beziehungsveränderung der Akteure ins Spiel bringt. In einem Wettbewerb halten sich die Wettstreiter an die Regeln, an das System in dem gestritten wird. Bei Auftreten einer kritischen Spannung jedoch sind die Akteure dazu bereit, sich aus dem geregelten System hinaus zu bewegen um ihre Position durchzusetzen. Hier sind die möglichen strukturellen Veränderungen des Systems angesiedelt. (Koenig 2005 in: Bonacker 2005, 78)

II. Internationale Theorien

„Internationales Recht ist das, was der Übeltäter missachtet, während der Rechtschaffene ablehnt, es mit Gewalt durchzusetzen.“

(Leon Uris, 1924-2003)

Internationale Beziehungen

Die Konflikttheorien der internationalen Beziehungen werden an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Da zwischenstaatliche Kriege im internationalen System zwar die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit beeinflussen, aber umgekehrt das Engagement auf einem so hohen Level eher bei Diplomatie, Militär und Politik im Allgemeinen liegt, müssen beispielsweise genaue Ausführungen über den Realismus von Hans Morgenthau und dessen fundamentale Erweiterung durch Kenneth Waltz zu einer Theorie des Neorealismus entfallen. Wo internationale Beziehungen etwas für die gesellschaftliche Arbeit mit Krieg und Konfliktprävention beitragen, werden sie in die Arbeit eingebaut. Die These von Werner Link beispielsweise, dass sich Konflikte lösen lassen, wenn sich die Struktur der Akteure dem Konflikt anpasst, kann zwar als institutionalistisch-dynamischer Ansatz umgedeutet werden, wurde aber wohl nur mit Hinblick auf das internationale System und der Balance-of-Power Theorie entworfen. Seine strukturelle Konflikttheorie in Verbindung mit Phasenmodellen können hilfreich bei der Evaluierung einer laufenden Konfliktsituation sein, doch ist seine Herangehensweise erstens zu idealtypisch und zweitens zu sehr auf internationale Konflikte, insbesondere auf den Ost-West Konflikt gemünzt. (Roloff 2005, 99-118 in: Bonacker 2005)

Alexis de Tocqueville

Alexis de Tocqueville ist zwar kein typischer Konflikttheoretiker, doch sind seine Ausführungen in den beiden Bänden „Die Demokratie in Amerika“ (1835/1840) für die Analyse von Demokratie und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft für die Politikwissenschaft nach wie vor maßgebend.

Gemäß Tocqueville sollte die Führung eines Staates zentralistisch organisiert sein, die Verwaltung jedoch dezentral. Er glaubte dass eine zentralisierte Verwaltung den Gemeindesinn der Bevölkerung schwächen würde und nicht zum höchsten Wohl der

Gesellschaft beitragen würde. „[...] wenn das Volk einsichtig ist, wachsam über seine Belange und sie gedanklich zu erfassen gewohnt, ... dann wird, davon bin ich fest überzeugt, die gemeinsame Kraft der Bürger stets mehr für das Wohl des Volks ausrichten können als die Autorität der Regierung...“ (Tocqueville 1955, 101-102)

Doch nicht nur die Vorteile von Dezentralisierung werden beschrieben sondern auch das Verhältnis von Demokratie zu Revolution und Krieg. Neben den weiter oben bereits erwähnten Ausführungen zu Ungleichheit und ihrem revolutionären Potential, sieht Tocqueville in einem demokratischen System auch eine geistige Gleichheit, die sich in gemeinsamen Anschauungen zeigt, welche in einer tendenziell friedlichen Gesellschaft resultieren. Denn „*die gleichen Interessen, die gleichen Befürchtungen, die gleichen Neigungen, die ein demokratisches Volk von Revolutionen abhalten, halten es auch fern von Kriegen*“ (ebd., 212). Zwar ist das Militär in einer Demokratie viel mehr als in anderen Regierungsformen wie ein eigener kleiner Staat im Staat, in dem die geistige Bildung geringer sei, doch die allgemeine demokratische Kultur durchdringt auch das Heer und bändigt seine Vorstellungen und Wünsche. Demnach brechen Kriege seltener aus, ziehen aber wenn sie es tun, weitere Kreise und werden mit mehr Verbissenheit geführt (vgl. die Ausführungen über die bis zur Asymmetrie führenden Befindlichkeiten der französischen Volksarmee bei Carl von Clausewitz). Bürgerkriege sind laut Tocqueville „*selten und kurz*“ (ebd., 213-215).

Doch blicken wir kurz zurück zur bereits erwähnten Gleichheit von Denken und Anschauungen in der Demokratie, denn sie wird nicht nur positiv gewertet. Diese Gleichheit der Anschauungen der Mehrheit macht Widerspruch gegen diese demokratische Masse schwierig (ebd., 212). Dies ist der Ansatz für die wohl bekannteste Kritik Tocquevilles am demokratischen System: Die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit. Zum Wesen einer demokratischen Staatsführung gehört es gemäß Tocqueville, dass die Herrschaft der Mehrheit absolut ist. Eine Mehrheit der demokratisch partizipierenden Bürger hat also die Macht im Staat inne. Der Ursprung der Sorge liegt genau in diesem Grundsatz begraben: „*Die moralische Herrschaft der Mehrheit fußt weiter auf dem Grundsatz, dass die Interessen der größeren Zahl vor denen einer kleinen Anzahl den Vorzug verdienen... Dieser Satz kann jedoch nur dann zur Geltung kommen, wenn es sich um keine existentiellen,*

unversöhnlichen Interessensgegensätze und keine naturgegebene, „geborene“ Minderheit, die nie zur Mehrheit werden kann, handelt“ (ebd, 157).

Aus dieser Kritik ist einiges herauszulesen. Einerseits muss innerhalb der Bevölkerung eine geistige Haltung gegenüber Minderheiten vorherrschen, die den politischen Kampf von den angesprochenen existenziellen Interessensgegensätzen fernhält. Andererseits wird deutlich, dass das Vorhandensein eines funktionierenden demokratischen Systems noch kein Garant für Gerechtigkeit und Frieden ist. Der Schutz jener, die eine immerwährende Minderheit darstellen, muss daher durch Gesetze verankert sein.

Auch diese Ideen zum Rechtsstaat sind bei Tocqueville vorhanden. Da die Demokratie, wenn sie absolut ist und die Macht alleinig in der Hand einer Mehrheit liegt, die Keimzelle der Diktatur in sich trägt, sind Gesetze und „*die Autorität, die sie dem Juristen zugestehen, [...] heutzutage die wirksamste Schranke gegen die Auswüchse der Demokratie [...].*“ (Tocqueville 1955, 161)

Wahre Demokratie und Rechtsstaat sind somit eng miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig. Doch nicht nur die formalen Strukturen der beiden müssen geschaffen werden, sondern auch die demokratische Kultur dahinter. Dies führt wiederum tief in den Bereich Bildung und Erziehung hinein. Ein letztes die demokratische Kultur betreffendes Zitat des großen Theoretikers könnte auch, wenn die Sprache weniger poetisch wäre, aus einem rezenten Buch oder Dokument zum Thema Entwicklungspolitik stammen:

„Gelingt es jedoch bei uns nicht, allmählich demokratische Einrichtungen einzuführen und fest zu begründen, und gibt man es auf, allen Bürgern die Ideen und Gefühle einzupfen, die sie zuerst für die Freiheit empfänglich machen und ihnen später erlauben sie zu gebrauchen, wird es meines Erachtens bald für niemanden mehr Unabhängigkeit geben, [...] und gelingt es nicht, auch bei uns mit der Zeit die friedliche Herrschaft der größeren Zahl zu begründen, so sehe ich uns früher oder später unter die unbeschränkte Herrschaft eines einzelnen kommen.“

(Tocqueville 1955, 175)

(Neo-) Institutionalismus

Im Gegensatz zu den realistischen und neorealistischen TheoretikerInnen sehen Institutionalisten ein konfliktpräventives und friedensförderndes Potential in internationalen Institutionen. Prominente Vertreter der Theorie sind z.B. Robert O. Keohane oder Volker Rittberger. Für den Zweck dieser Arbeit werden die folgenden Erkenntnisse aus einem internationalen Kontext auf eine niedrigere gesellschaftliche Ebene angewandt.

„Institutionen werden als auf Dauer gestellte Sets von formellen und informellen Regeln und Normen begriffen. Sie schränken für die Akteure in den internationalen Beziehungen Verhaltensoptionen ein bzw. schreiben sie vor, und prägen ihre gegenseitigen Erwartungshaltungen.“ (Keohane 1988, 384 Zitiert in: Spindler 2005, 143) Es muss an dieser Stelle nochmals auf den eigentlich verwirrenden Begriff der Konfliktprävention hingewiesen werden, da der Institutionalismus Konflikte nicht per se verhindert, sondern seine Austragung in geregelte Bahnen zu lenken versucht. Es wird also der Beziehungszusammenhang der Akteure zueinander verändert und der Konflikt so in nicht gewalttätige Bahnen gelenkt. Bei der Konfliktbearbeitung kann zwischen vier Formen unterschieden werden:

- 1) Regellose Konfliktaustragung: Die Akteure versuchen mit allen verfügbaren Mitteln ihre Ziele gegen die Ziele der jeweils anderen durchzusetzen.
- 2) Regulierte Konfliktaustragung: Die Akteure verhalten sich trotz ihrer unvereinbaren Positionen gemäß gemeinsam vereinbarter Normen und Regeln. Diese Form ist für den Institutionalismus am interessantesten.
- 3) Konfliktlösung: Die Unvereinbarkeit der Positionsunterschiede wird aufgehoben.
- 4) Konfliktbeendigung: Die Unvereinbarkeit bleibt vorhanden, aber die Konfliktparteien akzeptieren vereinbarte Entscheidungsmechanismen.

(Spindler 2005, 148 in: Bonacker 2005)

Robert O. Keohane, einer der renommiertesten Vertreter des (internationalen) Neoinstitutionalismus, schreibt dass Interessen zwar egoistisch sein mögen und Mitgefühl oder Solidarität oft keine Rolle spielen, dass aber Interdependenzen, also gegenseitige Abhängigkeit, positiv auf einen Konflikt wirken und zu Kooperation führen. Kooperation bedeutet, dass Akteure ihr Verhalten an die tatsächlichen oder

erwarteten Präferenzen von Anderen anpassen. (ebd., 150) Kooperation kann gemäß Keohane nicht nur in einem konfliktfreien Milieu wachsen, wie manche annehmen mögen, sondern ist geradezu eine Reaktion auf einen Konflikt und den sinnvollen Umgang damit. Denn nicht jeder Konflikt, der wie ein Nullsummenspiel scheint (s. „unteilbare Konflikte“, Kapitel *Definitionen*) ist auch eines. Nicht alle Konflikte eignen sich gleich gut für Kooperationen. Wieder wird zwischen vier verschiedenen Typen unterschieden:

- 1) Wertekonflikte
- 2) Mittelkonflikte, also die Art der Erreichung eines Ziels
- 3) Interessenskonflikte über absolut bewertete Güter, d.h. der Wert des Guts ist gleich bleibend, egal wie viel die andere Konfliktpartei davon besitzt.
- 4) Interessenskonflikte über relativ bewertete Güter, bei denen der Wert des Guts sinkt, je mehr die andere Partei davon besitzt.

Wertekonflikte sind in Bezug auf Kooperation am schwierigsten beizulegen; Interessenskonflikte über absolut bewertete Güter am einfachsten.

(Spindler 2005, 149-151 in: Bonacker 2005)

Institutionen schaffen Normen und Regeln für Kooperationen und fördern gleichzeitig den Austausch von Informationen, was per se konfliktpräventiv ist. Gewissermaßen kann hier eine Ähnlichkeit zu den Ausführungen Thomas Hobbes' beobachtet werden: Eine große Zahl von Akteuren, die eine potentielle Bedrohung für einander darstellen, unterwerfen sich gemeinsam einer Institution, einem Regelwerk, einer höheren Macht, und geben zugunsten von Sicherheit oder anderen Vorteilen einen Teil ihrer Souveränität auf. Institutionen haben einen direkten Einfluss auf das Konfliktverhalten ihrer Mitglieder. Dies ist nicht nur auf der internationalen Ebene der Fall, sondern auch in kleineren Zusammenhängen.

Die Zivilisierungstheorie

Dieter Senghaas ist der Protagonist der Zivilisierungstheorie, welche Erkenntnisse aus unterschiedlichen Disziplinen enthält. Obwohl auch auf das internationale Staatensystem bezogen, kann die Zivilisierungstheorie brauchbare Ansätze liefern. Senghaas sieht das was er „Zivilisierung“ nennt und die damit eng verknüpfte Modernisierung der Gesellschaft als Entwicklung von „*Formen und Formeln der friedlichen Koexistenz [...], unter deren Prämissen anhaltende unausweichliche*

Konflikte ohne Androhung und Anwendung von Gewalt ausgetragen werden. Wo Koexistenz gelingt, wurde eine konstruktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung verlässlich institutionalisiert.“ (Senghaas 1994, 12 Zitiert in: Imbusch 2005, 165) Modernisierungsprozesse sind zwar selbst konfliktträchtig, da alte Ordnungen und Strukturen durcheinander gebracht werden. Zudem sind moderne Gesellschaften im Vergleich zu traditionellen aufgrund ihres inneren Pluralismus konfliktträchtiger. Moderne Gesellschaften haben aber auf der anderen Seite „*beträchtliche Vorzüge im Hinblick auf die Konfliktregelung [...].*“ (Senghaas 1998, 217 Zitiert in: Imbusch 2005, 170)

Das bekannteste Konzept Senghaas' ist das so genannte „zivilisatorische Hexagon“. Es beschreibt die 6 zivilisatorischen Eckpfeiler einer Gesellschaft:

1) Entprivatisierung von Gewalt und staatliches Gewaltmonopol

2) Kontrolle des Gewaltmonopols und Rechtsstaatlichkeit

3) Interdependenzen und Affektkontrolle:

Mit Interdependenzen sind Verflechtungen im internationalen Handel gemeint. Affektkontrolle ist eine Auswirkung von Toleranz, Kompromissfähigkeit und den längeren Handlungsketten einer funktional differenzierten Gesellschaft.

4) Demokratische Beteiligung:

Um größere Konflikt zu vermeiden, müssen Forderungen nach Mitbestimmung in demokratischen Institutionen verarbeitet werden können.

5) Soziale Gerechtigkeit:

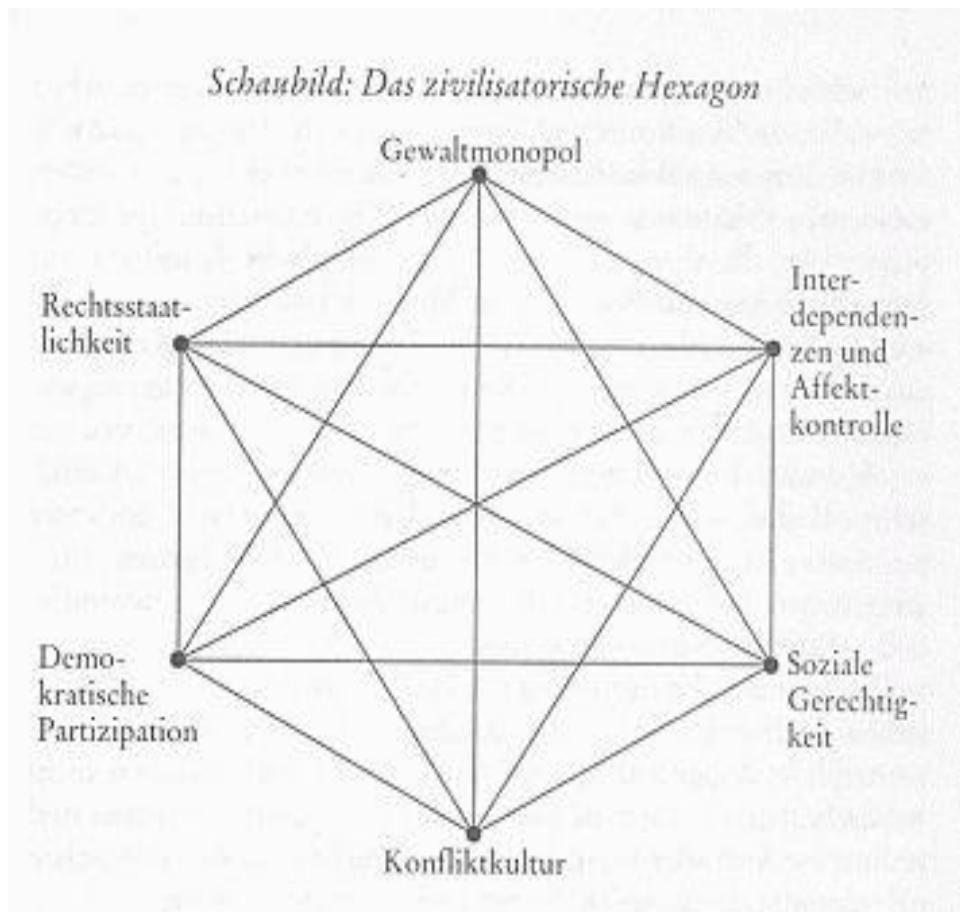
Die rechtsstaatliche Ordnung ist gemäß Senghaas bedroht, sobald sich ein Großteil der Menschen in einem System nicht gerecht behandelt fühlt, da die in einer demokratischen und demnach mobilisierten Gesellschaft Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert bekommt.

6) Konstruktive politische Konfliktkultur:

Die nun bereits genannten Aspekte sollten zusammen eine konstruktive Kultur von Konflikt und Konfliktbearbeitung ergeben, die wiederum verstärkend für Rechtsstaatlichkeit und den Erhalt des Gewaltmonopols ist.

(Imbusch 2005, 165-184 in: Bonacker 2005)

Abb. 2)



III. Soziologische Theorien

„Soziologie soll heißen: eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will.“ (Max Weber, 1852-1920)

Konflikttheorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus

Der zivilgesellschaftliche Republikanismus (ZR) ist keine Konflikttheorie per se, sondern stellt eine allgemeine Theorie in Bezug auf Gesellschaften auf. Diese ist laut dem ZR unaufhebbar konflikthaft und konfliktiv integriert. Es wird zwischen 3 verschiedenen Arten des Antagonismus in der Gesellschaft unterschieden:

- 1) Dort wo ein Lösungsweg bereits vorgegeben ist (z.B. im Streit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern) handelt es sich nicht um einen Konflikt, sondern vielmehr um eine „strategische Interessenskonkurrenz“.
- 2) Dort wo kein Lösungsweg in Sicht ist und trotzdem jede Konfliktpartei die andere anerkennt und ihre Existenz nicht infrage stellt, besteht die integrative Kraft des Konflikts, da eine Anerkennung einer anderen Interessensgruppe stattfindet.
- 3) Dort wo die Existenz einer Konfliktpartei infrage gestellt wird, schwindet die integrative Kraft eines Konflikts und schlägt im Fall eines Vernichtungskrieges in eine Desintegration der Gesellschaft um.

Dass Gesellschaft unaufhebbar konfliktiv ist, erscheint im ersten Moment nicht besonders kontroversiell, es sei denn man denkt zurück an den marxistischen Ansatz. Der ZR verneint mit drei Aussagen („Vorbehalten“) die Möglichkeit eines schlussendlichen Kampfes, wie im Marxismus vorhergesehen, der die gesellschaftlichen Konflikte auflöst. Ungewissheit ob ein Konsens ewig hält, Unabschließbarkeit der Liste von zu lösenden Konflikten und gesteigerte Gegensätzlichkeiten in modernen, pluralistischen Gesellschaften sind die Vorbehalte gegenüber einer konfliktfreien Gesellschaft. „Der Ort, an dem eine moderne Gesellschaft im ganzen Bezug auf sich selbst nimmt, an dem sie die Konflikte über ihre Form austrägt, ist dem zivilgesellschaftlichen Republikanismus zufolge die Zivilgesellschaft.“ (Brodocz 2005, 237 in: Bonacker 2005)

Mit ihrer unaufhebbaren Konflikthaftigkeit muss die Gesellschaft nun umgehen lernen. Die desintegrative Gewalt kann eine Gesellschaft nur verhindern, indem sie sich ihrer Konflikthaftigkeit bewusst ist, und diese reflektiert. Eine Befriedung, die auf der künstlichen Homogenisierung des Wertekanons der Gesellschaft basiert, ist zum Scheitern verurteilt. „*Hegende' Interventionen können nur ansetzen mit Versuchen der Zivilisierung der Konflikttaustragung, bei vollem Respekt der beanspruchten 'Andersheit' der Streitakteure*“ (Dubiel 1997, 440 Zitiert in: Brodocz 2005, 238)

Dubiel sieht eine solche Intervention in drei Stufen:

- 1) Waffenstillstand. Wechselseitige Anerkennung als legitime Konfliktpartei ist möglich. Krieg der Worte ersetzt den Krieg der Waffen.
- 2) Unterwerfung unter eine gemeinsame Rechtsordnung: Es bedarf hierfür einer dritten Partei. Der stärkste Akt des Kampfes ist nun der Vorwurf des Austritts aus der gemeinsamen Rechtsordnung.
- 3) Öffentlichkeit, welche durch die Auseinandersetzung innerhalb der gemeinsamen Rechtsordnung entsteht. Es wird in auf dieser Stufe nur noch über die Verletzung der Rechtsordnung und nicht über den Vorwurf des Austritts gestritten.

Natürlich wird hier die Institution der Verfassung ins Spiel gebracht, welche den Zustand der dritten Stufe festigen kann, und trotzdem auch entmächtigend für die Zivilgesellschaft wirken kann. Wenn die Verfassung als festgeschriebener kollektiver politischer Wille verstanden wird und neue Willens- und Wertebildung unterdrückt wird.

Weitere Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Gesellschaft sind außerdem eine repräsentative Demokratie (welche der direkten vorgezogen wird, das das Parlament die permanente Kontroverse der Gesellschaft über die Besetzung der Macht darstellt), das allgemeine Wahlrecht und die Periodizität von Wahlen.

(Brodocz 2005, 231-264 in: Bonacker 2005)

Konflikttheorie der Anerkennungstheorie

In Anlehnung an die Kritische Theorie der Frankfurter Schule formulierte Axel Honneth seine Theorie der sozialen Konflikte. Im Mittelpunkt der Theorie stehen „[...] die alltäglich erfahrbaren Missachtungs- und Unrechtserfahrungen der Subjekte [...]“ (Honneth 1982, 1989, 225ff. Zitiert in: Köhler 2005, 321)

Im Gegensatz zu vielen ausschließlich deskriptiven Theorien der Sozialwissenschaften, ist die Konflikttheorie der Anerkennungstheorie normativ. Außerdem wagt sie sich recht weit in das Feld der Psychologie hinein. Mit dem theoretischen Framework sollen „Soziale Pathologien“ auf ihre Ursachen untersucht werden und ein Interpretationsrahmen für einen moralischen Bildungsprozess geschaffen werden, statt nur Erklärungen zu liefern. (Im Vergleich zu oben stehendem Kapitel und der Luhmann'schen Theorie zeigt sich, wie unterschiedlich die Ansichten zum Thema „Moral“ sind.) Auf Hegel zurückgehend, wird der Anerkennungskampf jedes Menschen in drei Stufen beschrieben.

- 1) Die emotionale Anerkennung und Zuwendung innerhalb der Familie führt zu Selbstvertrauen.
(Bedürfnis- und Affektnatur)
- 2) Die kognitiv-formelle Anerkennung und Achtung vor dem Recht führt zu Selbstachtung.
(Moralische Zurechnungsfähigkeit)
- 3) Die soziale Anerkennung und Wertschätzung als Staatsbürger führt zu Selbstschätzung.
(Fähigkeiten und Eigenschaften)

Die Formen der Missachtung sind:

- ad1) Misshandlung und Vergewaltigung; Missachtung der physischen Integrität
- ad2) Entrechtung und Ausschließung; Missachtung der sozialen Integrität
- ad3) Entwürdigung und Beleidigung; Missachtung der Ehre und Würde

(Köhler 2005 in: Bonacker 2005)

Diese Formen der Missachtung können entweder zu defensivem oder offensivem Verhalten führen. Organisierter Widerstand wird möglich, wenn Gefühlsreaktionen öffentlich artikuliert werden. Anerkennungskonflikte gehören klarerweise zu der

Kategorie der „unteilbaren“ Konflikte, was eine Verhandlung zwischen den Konfliktparteien schwierig bis unmöglich macht. „Symbolische Konflikte um ‚Anerkennung‘, ‚Wertschätzung‘, und ‚Respekt‘ sind nach der Kompromisslogik quantitativer Konzessionen nicht beizulegen; sie unterscheiden sich dadurch von Konflikten um Ressourcen und Rechte.“ (Offe 1994, 144 Zitiert in: Köhler 2005, 329) Honneth präzisiert hier jedoch, dass auch Umverteilungskonflikte Anerkennungskonflikte sein können. (ebd.)

Die Konflikttheorie der Theorie kollektiver Akteure

Der wissenschaftliche Protagonist Amitai Ezioni, ein Soziologe mit deutsch-jüdischen Wurzeln und ein ehemaliger Berater des Präsidenten Jimmy Carter, ist vor allem durch seine Arbeiten zur politischen Strömung des Kommunitarismus bekannt. Kommunitarismus wendet sich gegen die exzessive Individualisierung in der Gesellschaft und tritt für eine Wiederbelebung gemeinschaftlicher Bindungen, gesellschaftlicher Tugenden und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Institutionen ein, um das Ziel einer „guten Gesellschaft“ zu erreichen. Durch aktive gesellschaftliche Akteure soll sich die Gesellschaft stärker selbst steuern. „Gesamtgesellschaftliche Steuerung meint, weder eine zufallsgesteuerte gesellschaftliche Evolution, noch eine hierarchische, zentrale und rationalistische Planung, sondern die dezentrale und plurale Aktivierung gesellschaftlicher Akteure. Zu den Bedingungen einer aktiven Gesellschaft zählt Ezioni die Existenz handlungsfähiger Kollektive, die über Wissen und Macht, also Kontrollfähigkeiten, und über eine erhöhte Fähigkeit zur Konsensbildung verfügen.“ (Adolff 2002, 363 in: Bonacker 2005)

In dieser modernen, organisierten Gesellschaft, die sich nicht einseitig und hierarchisch von der Politik steuern lässt, sind Konflikte laut Ezioni nicht nur von Interessensgegensätzen, sondern auch stark von normativen und moralischen Motiven geprägt. Er wendet sich damit fundamental gegen die Annahmen der verschiedenen rationalistischen Ansätze des „Realismus“ und der „Rational Choice“ Strömungen. Die reine Verfolgung von zweckrationalen und eigennützigen Interessen entspricht seiner Ansicht nach nicht der Realität. „Jede zweckrationale Erwägung weist auch – ohne, dass dies immer auf dem ersten Blick ersichtlich wäre – eine normative und affektive Färbung auf.“ (Adolff 2005, 369 in: Bonacker 2005) Eine Demokratie beruht auf gewisse Werte, die die Gesellschaft im Kern gemein

hat. Die reine Schaffung von Institutionen und Prozeduren ist daher für eine friedliche Gesellschaft zu wenig. Konflikte, die natürlich so unvermeidbar wie wichtig sind, müssen in einer wünschenswerten Gesellschaft innerhalb der Grenzen von gemeinsamen Werten und kulturellen Regeln ausgetragen werden. (Adolff 2005 in: Bonacker 2005)

Die autopietische Systemtheorie

Die Konflikttheorie der autopietischen Systemtheorie (APS), mit Niklas Luhmann als wissenschaftlichem Protagonisten, basiert auf drei Säulen: Diese sind Systemtheorie, konstruktivistische Erkenntnistheorie und Kommunikationstheorie. Gemäß der APS bestehen soziale Systeme aus Kommunikation.¹⁰ Da Kommunikation auch immer Erwartungen schafft, kann sie leicht soziale Konflikte auslösen (die nur bestehen weil sie auch kommuniziert werden). Der Punkt, an dem sich der eigentlich interessante Aspekt für die Konfliktprävention auftut ist folgender: „*Haben sich Beteiligte erst mal auf einen Konflikt eingelassen, so erwarten sie voneinander gegenseitiges Widersprechen, auch wenn die Themen und Anlässe wechseln.*“ Und weiter: „*Konflikte [...] sind hochintegrierte Sozialsysteme, weil die Tendenz besteht, alles Handeln im Kontext einer Gegnerschaft unter diesen Gesichtspunkt der Gegnerschaft zu bringen.*“ (Luhmann 1984, 532 Zitiert in: Bonacker 2005, 274) Konflikte, speziell wenn sie bereits über einen längeren Zeitraum schwelen, haben gemäß der APS also keineswegs die Tendenz sich zu beruhigen und wieder zu verschwinden. Die Konfliktparteien laufen vielmehr Gefahr, sich selbst und ihre Gegner ausschließlich in dem Kontext des Konflikts zu sehen. Diese Tendenz kann so weit gehen, dass ein Gefühl des Verlustes eintritt, sobald ein Gegner aufhört zu existieren, da sinnschaffende Handlungsmotive abhandenkommen. (Bonacker 2005 in: Bonacker 2005)

¹⁰ Der Gedanke dahinter ist folgender: Jedes Individuum hat sein eigenes psychisches System, das aus Erfahrungs-, und Gefühls-Komplexen, Annahmen bezüglich der Zukunft, etc. besteht. Kommunikation verbindet diese einzelnen psychischen Systeme miteinander. Sowohl die Psyche als auch die Kommunikation prozessieren Sinn. Schon allein durch die Selektion was gesagt wird und was nicht, werden Räume geschaffen, welche das soziale System von seiner Umwelt abgrenzen. „*Kommunikation kann somit als Sinnvorschlag, als Selektionsofferte gelten, in deren Folge sich Erwartungen ausbilden können.*“ (Bonacker 2005, 269 in: Bonacker 2005) Die beiden voneinander bis dahin unabhängigen psychischen Systeme („doppelte Kontingenz“) sind nun in der Lage sich an dem Kommunizierten zu orientieren. Es bildet sich ein soziales System.

Die APS gibt aber nicht nur für den Bereich Kommunikation interessante Anstöße. Luhmann ist beispielsweise im Gegensatz zu Habermas ein vehementer Kritiker von Moral und moralischer Kommunikation, die für ihn konfliktfördernd ist. Eine der Konsequenzen aus der skizzierten Konflikttheorie ist die Befürwortung eines Rechtssystems, das die notwendige Entscheidung anstelle der Konfliktparteien trifft. Das Rechtssystem verwaltet nicht nur Gewaltphänomene, sondern definiert diese auch als solche (Luhmann würde sagen es „erfindet Gewalt“) und schwächt strukturelle Risiken von Kommunikation ab. Da die prinzipielle Befürwortung eines Rechtssystems in sehr vielen Theorieströmungen vorhanden sind, obwohl die Argumentationen dahinter variieren, ist es an dieser Stelle wichtig zu erwähnen, dass Luhmann Einschränkungen in der Funktion des Rechtssystem sieht: Es kann nur bearbeiten, was es mit seiner Logik erfassen kann, also ein 1 oder 0 Code von Recht und Unrecht. Konflikte über Wahrheit, Religion, Risiken, u. s. w. sind demnach in diesem Sinn nicht rechtstauglich. (ebd.)

Dies ist eine sehr wichtige Einschränkung, die bei jeder weiteren, für Konfliktmanagement typischen, Laudatio auf Rechtssysteme mitgedacht werden sollte.

Wie eine exemplarische Konfliktanalyse unter den Annahmen der Desintegrationstheorie (siehe unten) zeigt, herrscht „[...] in vielen Fällen eine wechselseitig völlig verzerrte Konfliktwahrnehmung (was z.B. die Einschätzung des Umfangs der Ablehnung der eigenen Position in der jeweils anderen Gruppe betraf). An solchen Punkten können dann entsprechende Verhandlungsversuche ansetzen, um über die anfängliche Identifizierung einzelner Gemeinsamkeiten u.U. auch zu einer größeren Konsenslösung (Hintergrundkonsens) gelangen.“ (Anhut 2005, 397-398 in: Bonacker 2005)

IV. Akteursbezogene Konflikttheorien

„Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht.“

(Abraham Lincoln, 1809-1865)

Nach Ansicht des Autors dieser Arbeit, nimmt die Politikwissenschaft zu wenig Bezug auf individuelle, psychische Gefühlswelten von Menschen, ob gruppendiffus oder singulär. Im Folgenden rutscht die Darstellung von Konflikttheorien um eine Stufe nach unten, auf die soziologische Ebene der einzelnen Akteure.

Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie

Die Desintegrationstheorie beschäftigt sich vornehmlich mit den Phänomenen Gewalt, Rechtsextremismus und ethnischen Konflikten. Da Xenophobie und ethnische Vorurteile in sehr vielen kriegerischen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen, ist dies ein weiterer interessanter Ansatzpunkt, um große Konflikte auf Mikroebene zu entschlüsseln.

„Die Grundthese [der Desintegrationstheorie, Amn.] ist, dass mit dem Grad der Desintegrationserfahrungen und –ängste auch Ausmaß und Intensität der genannte Konflikte zu- und ihre Regelungsfähigkeit abnimmt.“ (Anhut 2005, 381 in: Bonacker 2005) Um Desintegration zu erklären ist es am einfachsten, eine vorhandene Integration auf drei Ebenen zu beschreiben:

- 1) Auf sozialstruktureller Ebene bedeutet Integration für ein Individuum Menschen einen subjektiv zufrieden stellenden Zugang zu Arbeits- und Wohnungs- und Konsummärkten.
(„Individuell-funktionale Systemintegration“ oder „positionale Anerkennung“)
- 2) Auf institutioneller Ebene bedeutet es einen Konflikt austragen zu können, ohne dass dabei die Integrität der eigenen Person verletzt oder angezweifelt wird. Prinzipien einer demokratischen Kultur und der moralischen Gleichwertigkeit des Gegners sind hier der Schlüssel.
(„Kommunikativ-interaktive Systemintegration“ oder „moralische Anerkennung“)
- 3) Auf personeller Ebene müssen emotionale Beziehungen für die Stiftung von Sinn und Selbstverwirklichung hergestellt werden können. Anders ausgedrückt muss jeder Mensch emotionalen Rückhalt haben, um

Sinnkrisen, Identitätskrisen und Beeinträchtigungen des Selbstwertgefühls abzufangen.

(„Kulturell-expressive Systemintegration“ oder „emotionale Anerkennung“)

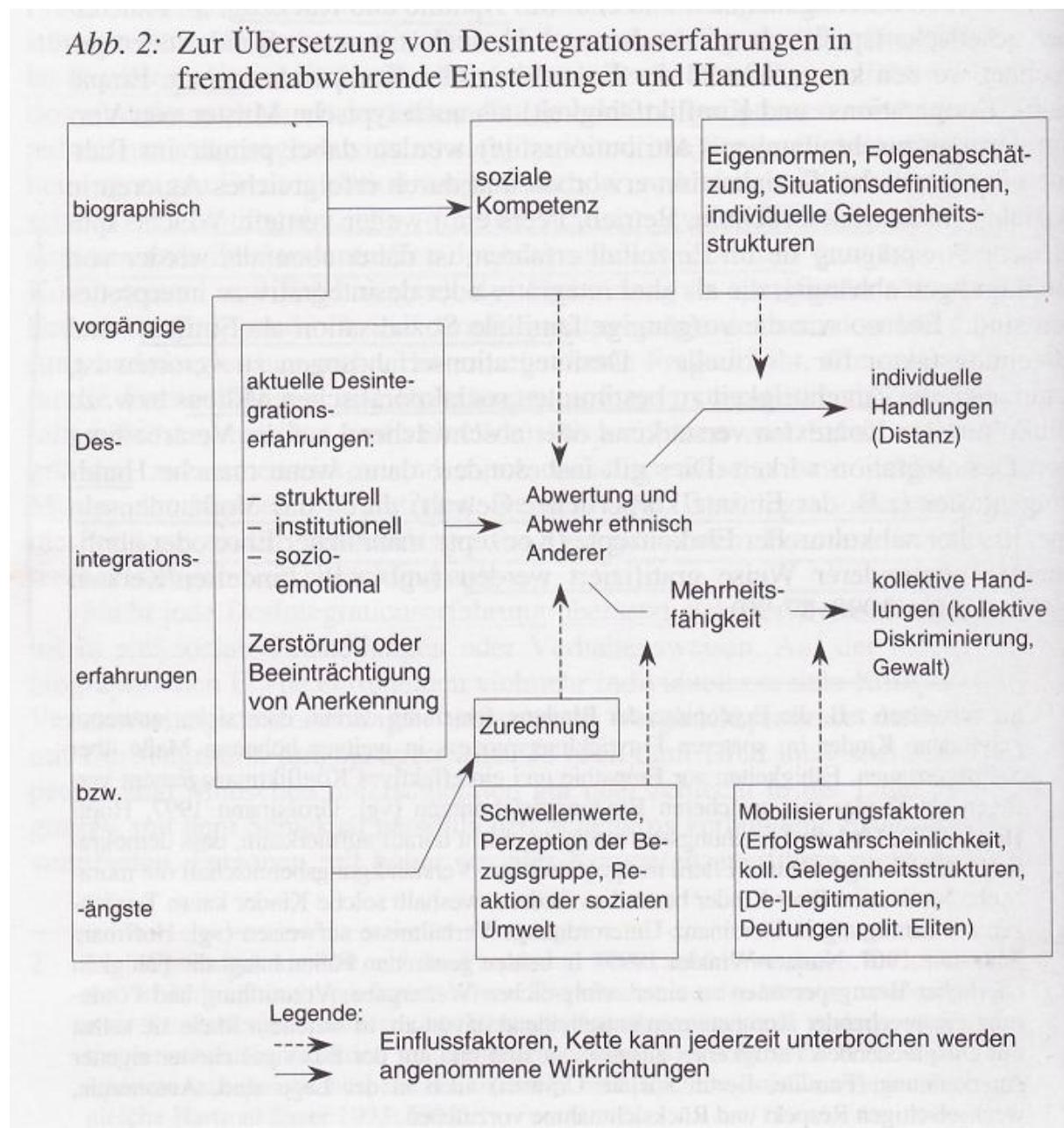
Von einem Menschen, der auf diesen drei Ebenen sozial integriert ist, kann laut dieser Theorie auch eine freiwillige Normakzeptanz erwartet werden. Tritt eine Desintegration ein, „*müssen die Auswirkungen der eigenen Handelns auf Andere nicht mehr sonderlich berücksichtigt werden, was die Entwicklung anti-sozialer Einstellungen begünstigt und die Gefahr einer Absenkung von Gewaltschwellen erhöht.*“ (Anhut 2005, 383 in: Bonacker 2005) Der Druck, welcher durch starke Individualisierungstendenzen auf einzelnen Menschen lastet, obwohl die Chancen einer verbesserten sozialen Positionierung weiterhin je nach Millieuzugehörigkeit ungleich verteilt sind, wird von DesintegrationstheoretikerInnen beispielsweise als entscheidend negativer Faktor gesehen. Familiäre Desintegration wird ebenfalls behandelt. Der Vollständigkeit halber muss gesagt werden, dass natürlich nicht jede Desintegrationserfahrung zu Gewalt führt. Welche Verarbeitungsformen gewählt werden kommt auf diverse Faktoren (Sozialisation, soziale Positionierung, biologische Disposition, etc.) an. Die Reaktion auf erlittene Frustrationen kann grob in drei Gruppen geteilt werden:

- 1) Eine Person sucht die Schuld bei sich selbst
- 2) Eine Person sucht die Schuld in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
- 3) Eine Person sucht die Schuld bei einer bestimmten Gruppe, die sie als kollektive Schuldige zu identifizieren meint.

Während der erste Punkt eher zu Apathie und Rückzug führt, können aus dem letzten Punkt „*[...] Vorurteile und Feindbilder resultieren, die den Individuen u.U. helfen, [...] ein positiven Selbstbild aufrechtzuerhalten.*“ (Anhut 2005, 385 in: Bonacker 2005) Eine reale Konkurrenzsituationen mit einer anderen Gruppe (siehe auch „Realexternalisierungen“ im Kapitel „Die psychosozialen Aspekte von Krieg“), Benachteiligungsgefühle und soziales Ungerechtigkeitsempfinden sind für Fremdenhass zentrale Faktoren. Auf dem Weg zur Gewaltbereitschaft spielen einige weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Die Erziehung, die soziale Umwelt, die Angst vor Repressalien, etc. beeinflussen den schlussendlichen Umgang mit Desintegrationserfahrungen.

Obwohl aus den Naturwissenschaften und der Technik kommende, grafische Darstellungen in den Sozialwissenschaften oftmals mit großer Vorsicht genossen werden sollten, da die Inhalte zumeist nicht in ein Bild vereinfacht werden können, ist in diesem Fall eine Grafik von Anhut eine gute gedankliche Hilfe für die Veranschaulichung des Desintegrationskonzeptes:

Abb. 3



Quelle: Anhut 2005, 386 in: Bonacker 2005

Interessant ist auch die Typologisierung von Konflikten nach Giesen (1993), da ihre Anwendung auf die Motive hinter den Konflikten und damit auf eine mögliche Herangehensweise in der Prävention Aufschluss geben:

- 1) Verteilungskonflikte (Knappe Güter, Arbeit, Wohnungen, etc.)
- 2) Regelkonflikte (Gültigkeit von Normen und Werten)
- 3) Rangordnungskonflikte (Ansprüche auf soziale Positionen)

Diese Konfliktarten können sich überschneiden, was meistens zu einer Intensivierung führt. Das Beispiel Ausländerfeindlichkeit verdeutlicht, wie die unterschiedlichen Konfliktarten zu einem Komplex zusammenwachsen: Der Vorwurf, AusländerInnen würden InländerInnen Arbeitsplätze wegnehmen, ist klassisch für den Verteilungskonflikt. Der Verlust der kulturellen Dominanz in einem Stadtteil oder des ganzen Landes ist dem Rangordnungskonflikt zuzuordnen. Die Frage nach dem Verlust von „westlichen“ Normen und Gesetzen (Stichwort Zwangsehen) ist ein Regelkonflikt.

Regelungsmöglichkeiten werden nach dem Desintegrationsansatz wie folgt zusammengefasst:

- 1) (Wieder-)Herstellung eines Hintergrundkonsenses, solange gemeinsame Interessen bestehen.
- 2) Rationalisierung der Konflikttaustragung durch Perspektivenübernahme, die versucht Konsensbereiche aufzuzeigen.
- 3) Bei festgefahrenen Konflikten, der Gruppen beinhaltet, deren Sinn durch die Existenz eines bestimmten Konflikts gegeben ist, verbleiben wenige Mittel für einen positiven Konflikttaustrag. Konfrontative Pädagogik, die bei der Herausbildung eines Bewusstseins für das Leid von potentiellen Opfern der Gegenseite ansetzt, wird hier als Beispiel genannt.

(Anhut 2005 in: Bonacker 2005)

Die Konflikttheorie der „Social Identity Theory“ (S.I.T.)

Diese sozialpsychologische Theorie intergruppaler Prozesse wurde von Henri Tajfel und John Turner entwickelt. Ihre empirische Forschung ergab, „dass bereits die Kategorisierung von Individuen in willkürliche Gruppen, ausreichen kann, um Individuen dazu zu motivieren, die Ingroup zu favorisieren.“ (Zick 2005, 409 in: Bonacker 2005) Wenn zwischen maximalem Gewinn für die eigene Gruppe und maximaler Differenz zur anderen Gruppe gewählt werden kann, besteht eine Tendenz, den maximalen Unterschied vorzuziehen. Die soziale Identität der VersuchsteilnehmerInnen wurde also bereits durch die willkürliche Kategorisierung festgelegt, obwohl keine objektiven Gemeinsamkeiten auszumachen waren. Handlungen von Personen können, laut der Theorie, zwischen den beiden Polen personale Identität und soziale Identität angesiedelt werden. In Situationen, welche für die soziale Identität als bedeutend wahrgenommen werden, wie z.B. einem bewaffneten Konflikt, werden die Handlungen von Menschen (v.a. der Kämpfenden) hauptsächlich von der sozialen Identität bestimmt. Zusammenfassend können drei Grundaussagen getätigt werden:

- 1) „*Individuen streben danach, eine positive soziale Identität zu erhalten, die vollständig durch die Mitgliedschaft zu einer Gruppe definiert ist.*
- 2) *Eine positive soziale Identität basiert größtenteils auf vorteilhaften Vergleichen, die zwischen der Ingroup und einer relevanten Outgroup gezogen werden können: Die Ingroup muss positiv von einer Outgroup unterschieden werden [...].*
- 3) *Wenn soziale Identität unbefriedigend ist, dann versuchen Individuen, ihre Gruppe zu verlassen und in einer positivere Gruppe zu gelangen, oder sie versuchen, ihre Gruppe stärker positiv abzusetzen.*“ (Zick 2005, 410 in: Bonacker 2005)

Die Bestrebung, einen positiven Vergleich zu anderen Gruppen zu machen, führt logischerweise zu einer Abgrenzung von anderen Gruppen. Es ist zu vermerken, dass es sich hierbei um ein stark idealtypisches Modell handelt und z.B. auch durchlässige Gruppengrenzen möglich sind.

Der Teil der S.I.T. welcher sich explizit mit Konflikten befasst wird als „Theorie der Realistischen Gruppenkonflikte“ genannt. Ihr zufolge geht es in Gruppenkonflikten nicht nur darum, die eigenen Interessen zu bewahren oder durchzusetzen, sondern

es gilt auch die andere Gruppe herabzusetzen und zu verletzen. Eine begrenzte Ressource ist die Quelle von Konflikten. (vgl. LeVine/Campbell 1972) Studien zeigen gar, dass Personen, die sich mit einer gesellschaftlichen Gruppe besonders stark identifizieren, in Konflikten aggressiver sind als andere. Die Forschung zeigt weiter, dass ein Vergleich mit einer anderen Gruppe viel eher zu Missgunst und Vorurteilen führt (wenn die eigene Benachteiligung bzw. ein Mangel festgestellt wird), als wenn sich ein Individuum mit anderen Mitglieder seiner Ingroup vergleicht. (Zick 1997 in: Zick 2005, 414)

Dies scheint alles nicht förderlich für die Konfliktprävention zu sein, scheint doch Identifikation mit einer Gruppe eine Konstante des menschlichen Daseins zu sein. Wenn dies alleine zwingend zu Konflikten und schlussendlich zu Krieg führt, wäre die Forschung hinfällig. Doch die britischen SozialpsychologInnen Miles Hewstone (Oxford) und Katy Greenland (Cardiff) beschrieben etwas, das sie die „Kontakt-Hypothese“ nennen. Sie lautet: Kontakte zwischen Gruppen verringern das Konfliktpotential bzw. negative Vorurteile. Wenn folgende Parameter („Kontextfaktoren“) stimmen, bestätigt auch die empirische Forschung die Hypothese:

- Die Gruppenmitglieder der unterschiedlichen Gruppen haben den gleichen oder vergleichbaren Status.
- Der Kontakt wird durch soziale Normen unterstützt.
- Der Kontakt hat ein kooperatives Element, wie z.B. ein gemeinsames Ziel.

(Hewstone/Greenland 2000 in: Zick 2005, 416)

Ein positiver Kontakt kann, wenn er generalisiert wird, auch auf die anderen Mitglieder der Outgroup übertragen werden. Das Konfliktpotential wäre in diesem Fall reduziert. Doch ist dies in der Realität der Fall oder ist es für eine Gruppe zu wichtig, einen äußeren Feind zu haben? Warum kommt es beispielsweise zu der immer wiederkehrenden Aussage, von Mitgliedern der Gruppe „Inländer“ gegenüber der Gruppe „Ausländer“: „Individuum XY ist ja nett, aber alle anderen...“ Dies ist ein häufig beobachtbares Phänomen, das zwar an dieser Stelle nicht empirisch fundiert ist, wohl aber durch seine Allgegenwärtigkeit für eine Relativierung der Kontakthypothese spricht. (Zick 2005, In Bonacker 2005)

Anders verhält es sich, wenn es gemäß dem „Common-Ingroup-Identity-Modell“ zur Bildung einer gemeinsamen übergeordneten Identität kommt. Die Individuen nehmen sich nicht mehr als Mitglieder verschiedener Gruppen wahr, sondern schöpfen ihren Selbstwert aus einer großen, gemeinsamen Gruppe. (Gaertner et al. 1993, 2000)

Dies ist ein ebenfalls landläufiges Beispiel für das Erreichen des umgangsformlich so oft strapazierten „Weltfriedens“: Wenn die Menschheit einen äußeren Feind entdecken würde, wäre die Möglichkeit des Zusammenschlusses zu einer großen Gruppe namens „Menschen“ ein wirksamer, friedensstiftender Mechanismus.

Die Konflikttheorie der Rational Choice Theorie

Die Rational Choice Theorie geht davon aus, dass Menschen immer für sich selbst sinnvoll und so handeln, dass ihr Nutzen maximiert wird. Dieses zielorientierte Handeln wird von einem der prominentesten Vertreter der Theorie, Siegwart Lindenberg, mit den R.R.E.E.M.M. Modell beschrieben. Der Mensch ist demnach ein

- Resourcefull (nach Handlungsmöglichkeiten suchend)
- Restricted (der Knappheit der gewünschten Ressource bewusst)
- Expecting (erwartet eines Ergebnisses durch ihre Handlungen)
- Evaluating (bewertet frühere und jetzige Zustände und Ereignisse)
- Maximizing (versucht immer, das Maximum seiner Wünsche zu erreichen)

(Lindenberg 1985 in: Kunz 2005, 461)

Darüber, wie die Festlegung der Ziele erfolgt und welche Wünsche Menschen dominieren, wird keine Aussage getroffen. Der Mensch handelt zwar rational um seine Ziele zu erreichen, doch ob die gesteckten Ziele ebenfalls rational, logisch oder sinnvoll sind, ist nicht Gegenstand der Debatte. Es wird keineswegs festgestellt, dass der Mensch „*nur egoistische materielle Handlungsziele [hat]*“. (Kunz 2005 in: Bonacker 2005, 462)

Die Konfliktanalyse der Rational Choice Theorie kann aufgrund ihrer vereinfachten, themenunabhängigen Analyse verschiedenste Arten von Konflikten erklären, sofern zwei Grundannahmen beachtet werden:

- Soziale Konflikte sind zur Gänze auf individuelle Handlungen zurückzuführen
- Diese individuellen Handlungen basieren auf rational getroffenen Entscheidungen

Ob das Ziel, zu dem eine Handlung führt, von einer außen stehenden Person als rational erachtet wird, spielt keine Rolle. Für die Theorie spielt nur eine Rolle, dass die Handlung für die Erreichung des Ziels rational ist.

Das allzu bekannte 2-Personen-Nicht-Nullsummen-Spiel der Spieltheorie, das in den 50er Jahren erdacht und durch den Mathematiker Albert Tucker den Namen „Gefangenendilemma“ bekam, ist das beste Modell um zu zeigen, dass individuell rationale Entscheidungen in Interaktion mit Anderen zu unerwünschten Ergebnissen führen können. Jedes Individuum handelt zwar an sich völlig rational und wählt die beste Option, doch hätten sich alle Gruppenmitglieder abgesprochen und eine andere Handlungsvariante gewählt, wären die einzelnen Erträge für jedes einzelne Individuum höher, also „rationaler“ gewesen. In der realen Welt kommt es oft zu genau diesem Dilemma zwischen individueller und kollektiver Rationalität, oftmals, da Unsicherheit über die Handlung der anderen Akteure herrscht. Die Rational Choice Theorie schlussfolgert daraus, dass die Schaffung von Institutionen für eine friedliche Koexistenz von Akteuren wichtiger ist als der Versuch, moralische Imperative zu predigen.

Eine genauere Beschreibung des Zustandekommens der Entscheidung und der Auswirkung auf die Makroebene findet sich bei Coleman. (Coleman 1990 in: Kunz 2005, 466)

- Logik der Situation: Die subjektive Vorstellung der Akteure über ihre Handlungssituation.
- Logik der Selektion: Aufgrund der wahrgenommenen Situation wird nun eine Auswahl an Handlungsmöglichkeiten erwogen.
- Logik der Aggregation: Hier zeigt sich die Auswirkung auf die Makroebene und die Entstehung von sozialen Konflikten.

Ein Beispiel: Sowohl die Arbeiterin, der Landbesitzer und die Unternehmerin streben nach ihren individuellen Zielen (hoher Lohn, hohe Miete, hoher Gewinn). Da diese

Ziele sich wechselseitig stören, wenn alle Individuen der jeweiligen Berufsgruppe/Klasse sie verfolgen, ist der Kern des Klassenkonflikts geboren. (Kunz 2005, 461-484 in: Bonacker 2005)

Zu konfliktiven Handlungen kommt es allerdings nur, wenn „*der Nutzen aus der Vermeidung negativer Externalitäten größer ist als die Kosten des Handelns gegen ihren Verursacher und wenn dieses Handeln auch Erfolgsaussichten hat.*“ (Kuntz 2005, 470 in: Bonacker 2005) Diese Aussage zwar innerhalb der Rational-Choice Logik richtig, ihr Wahrheitsgehalt tendiert in Bezug auf reale Konflikte (v. a. Krieg) jedoch gegen Null. Wenn es zu konfliktivem Verhalten, gewalttätigen Handlungen und schlussendlich bewaffneten Konflikte und Krieg nur käme, wenn der finanzielle Nutzen die Kosten übersteigen würde, dann wäre die Welt ein viel friedlicherer Ort. (historische Daten zeigen, dass ein Krieg so gut wie nie einen finanziellen Vorteil bringt!) Wenn nun nicht nur finanzielle Aspekte, wie es ja auch in der Theorie nicht gemeint ist, herangezogen werden, löst sich das theoretische Konstrukt auf: In einer Welt in der Menschen bereit sind für ihre politischen Ziele zu sterben, die Kosten also 100% betragen; in einer Welt in der Rachsucht, Ehre und Liebe Menschen dazu bringt Selbstmord zu begehen, kann ein Modell der handlungsorientiert- rationalen Kosten-Nutzen-Rechnung nur eine begrenzte Aussagekraft haben. (ebd.)

Ganz falsch ist die Überlegung deshalb jedoch nicht: Sanktionen oder Anreize haben selbstverständlich ihre Wirkung auf Akteure. Es wird zwischen internen Anreizen (z.B. Abreaktion von angestauten Aggressionen, Aufrechterhaltung der eigenen Gruppe und der eigenen sozialen Identität, Anerkennung, etc.) und externen Anreizen (sozialer Druck der Gesellschaft, Sanktionen durch Polizei/Militär, finanzielle Zuwendungen). „*Wer zum Beispiel die Sanktionswahrscheinlichkeit für aggressives Handeln durch Dritte für sehr gering einschätzt, zugleich eine einmalige soziale Anerkennung in einer Gruppe mit fremdenfeindlichen Einstellungen erfährt und ansonsten keine weiteren Anreize wahrnimmt, wird sich sehr wahrscheinlich fremdenfeindlich verhalten.*“ (Kunz 2005, 477 in: Bonacker 2005)

Anreize sind also prinzipiell sinnvoll. In extremen Situationen, die Gewalt, extreme Kränkungen, etc. beinhalten, können Sanktionen und Anreize aber wohl viel weniger bewirken als in einer relativ stabilen Konstellation.

Trotz den aussagekräftigen Teilen der Theorie sieht sich diese immer wieder mit den oben dargestellten Vorwürfen der „Kunstlehre“ konfrontiert, da wenig empirisch gearbeitet wird und vielmehr mit den inneren Modellproblemen gerungen wird. „*Theorien sind grundsätzlich keine Abbilder der Realität. [...] [können aber] über die strukturelle Beschaffenheit der Realität informieren.*“ (Kunz 2005, 480 in: Bonacker 2005)

Die Konflikttheorie der Soziobiologie

Die Grundthese des Theoretikers Edward O. Wilson war, dass die Soziobiologie nicht nur tierisches, sondern auch menschliches Sozialverhalten erklären kann (einschließlich geistige und kulturelle Errungenschaften), was im krassen Gegensatz zu allen Annahmen steht, die den Menschen als einzigartiges, außerhalb der Natur stehendes Wesen interpretieren. (Meyer/van der Dennen 2005, 485 in: Bonacker 2005)

Eine immerwährende Knappheit an Ressourcen, die zu Wettbewerb führt, bildet die Basis des Darwinistischen Selektionskonzepts. Sowohl Jäger als auch in der Landwirtschaft arbeitende Menschen müssen kooperieren, um eine höhere gemeinsame Ausbeute zu erwirtschaften. Die Betrachtung der Lebensweisen von Urgesellschaften zeigt also, dass in der Bewältigung dieser Knappheit, Kooperation von der sozialen Selektion begünstigt wird. „*Wenn also die Selektion die Kooperation begünstigt, wovon ausgegangen wird, so muss sie zugleich Mechanismen schaffen, welche Verstöße gegen das Reziprozitätsgebot und andere Elemente von Moral so weit wie möglich einschränken.*“ (Meyer/van der Dennen 2005, 492 in: Bonacker 2005) Wenn demnach von einem Gruppenmitglied die Gefahr der Nicht-Kooperation ausgeht, was den Rest der Gruppe gefährdet, ist diese bereit, Sanktionen (z.B. Ausstoßung aus der Gruppe, auch „Ostrakismus“ genannt) auszuüben. Das Verhältnis zwischen den sich untereinander verpflichteten Personen und anderen, ihnen nicht verpflichteten, Menschen führt zu den bereits oben strapazierten Ingroup vs. Outgroup- Denken und in weiterer Folge, wenn nicht nur einzelne ausgestoßene Individuen sondern ganze Gruppen mit negativen Attributen behaftet werden, zu Ethnozentrismus und in der radikalen Ausprägung zu Rassismus. (Meyer/van der Dennen 2005, 493 in: Bonacker 2005)

Wie kommt nun Gewalt ins Spiel? Ostrakismus und Ethnozentrismus erklären noch nicht die Ausübung von direkter, physischer Gewalt. Die Wissenschaftler Martin Daly

und Margo Wilson beschäftigten sich mit den Ursachen von Gewalt und Mord. Die Resultate der Forschung zeigen, dass alltägliche Gewalt in den allermeisten Situationen von jungen Männern ausgeht. Die Ursache ist meist unrechtmäßiges Erlangen von Gütern (Diebstahl) oder Konkurrenz bezüglich des Zugangs zum anderen Geschlecht (Rivalität, Eifersucht). Aber auch die Kategorie „Ehre“ ist für die Entstehung von Gewaltkonflikten ein sehr wichtiger, wenn auch oft vernachlässigter Faktor, speziell wenn es um die Beziehung der Geschlechter geht. Status und Ansehen (allg.: Ehre) sind eine Ressource, welche den Zugang zum anderen Geschlecht direkt beeinflussen. Diese Aussage mag isoliert sehr merkwürdig erscheinen, jedoch liegen „zahlreiche Belege dafür vor, dass auch in modernen Gesellschaften ranghohe Männer mehr Nachkommen haben als rangniedrigere.“ (Meyer/van der Dennen 2005, 497 in: Bonacker 2005)

Die Untersuchung von Daly und Wilson besagt auch, dass die Akteure zwar meist des Gewaltmonopol des Staates respektieren, dieses „so doch in Situationen hoher emotionaler Erregung de facto unbeachtet bleibt.“ (Meyer/van der Dennen 2005, 496 in: Bonacker 2005)

Eine Zusammenfassung der Gewaltfaktoren der Konflikttheorie der Soziobiologie sieht demnach folgendermaßen aus:

- Gefährdung der Gruppe durch Nicht-Kooperation - (Ressourcen allgemein)
- Nicht-legitime Aneignung von Gütern - (Ressourcen konkret)
- Konkurrenz um Zugang zum anderen Geschlecht - (Fortpflanzung)
- Verletzung der Ehre - (Fortpflanzung)
- Generelle Voraussetzung: Emotionen

Die zitierten Untersuchungen beziehen sich zwar auf Gewalt, gehen aber nicht auf das noch komplexere Phänomen Krieg ein. Hierzu fehlt beispielsweise noch die Argumentation bezüglich des wichtigen Aspekts des Gehorsams. An dieser Stelle muss der US-amerikanische Psychologe Stanley Milgram erwähnt werden, dessen Experiment zu Gehorsam nach wie vor allgegenwärtig ist („Milgram Experiment“). Was die Soziobiologie aus den Ergebnissen seines Experiments herausliest ist folgendes: „Auf diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Bereitwilligkeit zur Einordnung in Machtgefüge keineswegs einer Art rationalem Kalkül seitens der

Beteiligten entspringt, sondern dass hier von der Evolution gewollte psychologische Dispositionen zusammenwirken, die sich, wie ausgeführt, letztlich den synergetischen Vorteilen von Kooperation verdanken.“ (Meyer/van der Dennen 2005, 499 in: Bonacker 2005)

Es wird also davon ausgegangen, dass die Faktoren, die zu ethnischen Konflikten und Kriegen führen, über dieselben Mechanismen erklärbar sind, wie die wehrhafte Logik von Clans in uralten Stammesgesellschaften, wo es noch darum ging sein Leben gegen die Zwänge der Natur, wilde Tiere und feindselige Menschengruppen zu verteidigen. Ein Beispiel ist die Ethnisierung und gewaltsame Konfliktaustragung am Balkan zu Beginn der 1990er Jahre, als der ökonomische Verfall und die verschärfte Konkurrenz um Ressourcen von neuen politischen Eliten genutzt wurde, um sich selbst als vermeintliche Verteidiger der eigenen, konstruierten Volksgruppe zu präsentieren, die von Menschen gerne als Rückzugsgebiet in schwierigen Zeiten angesehen wird. Ein ebenfalls gängiges Rückzugsgebiet in Krisenzeiten ist übrigens der noch kleinere Rahmen: Die Familie. (Meyer/van der Dennen 2005, 485-506 in: Bonacker 2005)

So plausibel der soziobiologische Ansatz auch anmuten mag, er ist in Bezug auf seinen Erkenntnisgewinn, so wie alle Theorien, kritisch zu hinterfragen. Ein großer Teil von Fremdenhass, Nationalismus, Gewalt und Krieg kann mit der Theorie nicht schlüssig erklärt werden.

V. Psychosoziale Aspekte von Krieg

„*Dulce bellum inexpertis*“

(„Süß scheint der Krieg den Unerfahrenen“, Erasmus von Rotterdam, 1465-1536)

Da sich die Krisenprävention auf die Ursachen von bewaffneten Konflikten konzentrieren muss, soll in diesem Kapitel ein weiteres Mosaikstück von wissenschaftlichen Erklärungen betrachtet werden. Es sollte selbstverständlich sein, dass psychologische Prozesse in einem Erklärungsversuch für Krieg nicht fehlen können. In den meisten theoretischen Ansätzen werden die beiden Disziplinen voneinander getrennt und die individuelle, psychische Komponenten von Menschen außer Acht gelassen, da es sich bei Kriegen um Gruppenphänomene handelt, mit welchen sich nur Politikwissenschaft und Soziologie beschäftigen „dürfen“. Es darf nicht vergessen werden, dass psychologische Faktoren jeden Krieg enorm beeinflussen. Eine neue Form der Vergesellschaftung, und die damit einhergehende psychische Verfasstheit der Soldaten, war für das napoleonische Heer nach 1789 so förderlich, dass sogar von einem asymmetrischen Krieg gesprochen wird, was bereits Clausewitz in seinen Schriften beschäftigte. „*Schieden die Polen infolge ihres Verzichts auf der militärischen Revolution als symmetrischer Akteur aus, so gewann Frankreich infolge der Ergebnisse einer Revolution, die Motivation an die Stelle von geld- und zwangskassierten Rekrutenregimes für die Armeen setzte, gegenüber seinen Konkurrenten einen Vorsprung, der als asymmetrisch bezeichnet werden kann*“ (Münkler in: Becker/Hödl/Steyrer 2005, 62)

Die von Münkler und auch von Clausewitz angesprochene „*Motivation*“ ist eindeutig kein rationaler oder ökonomischer Faktor, sondern zweifelsohne rein psychischer Natur. Kämpfte und starb der französische „*Volkssoldat*“ für Geld und Macht oder für die Revolution, die Befreiung Europas von absolutistischer Herrschaft und für die Verteidigung seiner großartigen Nation, ein Teil derer er sich fühlte? Letzteres ist, auch wenn es nicht der einzige Grund ist, in dem genannten Beispiel ein starker Faktor. Der Psychiater und Psychoanalytiker Stavros Mentzos, beschäftigt sich mit genau jener Frage. In seinem Buch mit dem provokanten Titel „*Die psychosozialen Funktionen von Krieg*“ schreibt er über das Verhältnis der menschlichen Psyche zu Krieg, abseits von ökonomisch-rationalen Motiven. Diese Motive bestehen zwar,

aber „trotzdem lässt sich der Krieg nicht allein oder nicht ganz als ein internationales, bewusstes Handeln zur »Lösung« dieser realen Konflikte und Aufgaben begreifen. Eine solche Definition würde einer idealtypischen Betrachtung von Krieg entsprechen und damit beschreiben, was Krieg »logischerweise« hätte sein sollen. Aber sie würde nicht das erfassen, was der Krieg praktisch und faktisch ist.“ (Mentzos 2002, 24)

Wäre Krieg etwas rationales, wäre dies für Anstrengungen in der Krisenprävention eine gute Nachricht. Wenn dem Krieg rein rationale Motive zugrunde liegen würden, könnte mit ebenso rationalen Mitteln linear dagegen gearbeitet werden. Mentzos schließt Rationalität nicht aus und, im Gegenteil, stimmt sogar teilweise mit Freud überein. Freud erachtete (in späteren Jahren) das, was er Todestrieb nannte, als psychischen Ursprung von Gewalt und Krieg. Eine nach außen gewandte Energie, die in jedem Menschen vorhanden ist, jedoch nie in einer reinen Form zutage tritt. (Einstein/Freud 1972) Mentzos widerspricht dem und postuliert, dass Aggression „sofern sie im Spiel ist – nicht auf einem endogenen, energetisch konzipierten Trieb (geschweige Todestrieb) beruht, sondern aus äußeren und intrapsychologischen Konflikten hervorgeht.“ (Mentzos 2002, 25). Auch die bei Freud angesprochene Eigennützigkeit, wird auf psychologische Faktoren und Motivationen zurückgeführt. Es besteht also bei Mentzos kein Determinismus bezüglich der Beständigkeit von Krieg in der Menschheitsgeschichte, wie in der Schule der Realisten, sondern vielmehr der Wille zu einer psychologischen Analyse von Kriegsbereitschaft. Zu den psychischen Faktoren zählen auch herrschende Prinzipien, Wertsysteme, etc. kurz: die Vergesellschaftung von Herrschenden und Bevölkerung. (Mentzos 2002)

Im Gegensatz zu einer realistischen Perspektive, ist Krieg bei Mentzos nicht „normal“, sondern pathologisch. Trotzdem, und vielleicht ist gerade diese Erkenntnis wichtig, basiert er auf ganz alltäglichen sozialen Mustern wie Gruppenzugehörigkeit, Stärkung der Kohäsion der Gruppe, Identitätsfindung, Verantwortlichkeit, Selbstaufopferung oder dem zur Schau stellen von Mut. Diese Dinge alleine machen noch lange keine Kriegsbereitschaft aus, doch spielen sie dabei eine wesentliche Rolle. Ein weiterer Faktor der menschlichen Psyche ist der menschliche „Spaltungs- und Projektionsmechanismus“. Intrapsychische Ambivalenzkonflikte werden so verarbeitet, dass das „Schlechte“ oder „Böse“ nach außen auf einen Feind projiziert wird. Dabei unterscheidet Mentzos zwischen Realexternalisierungen, also das

wieder finden von tatsächlichen vorhandenen negativen Aspekten in einem anderen Charakter, und gänzlich ungerechtfertigten, „künstlichen“ Projektionen, die mit der Realität nicht mehr viel zu tun haben. Wir kennen dieses Gefühl vielleicht von uns selbst: Am meisten stören uns unangenehme Angewohnheiten oder Eigenheiten anderer, wenn wir diese Angewohnheiten von uns selbst kennen und nicht mögen. Es kommt daher gar nicht selten vor, dass sich Menschen, die sich charakterlich ähnlich sind, überhaupt nicht gut vertragen. Das „Böse“ in sich selbst zu bekämpfen ist schwierig, erfordert ein Maß an schmerzhafter Selbstreflexion und Arbeit. Das „Böse“ nach außen zu projizieren und in der Form eines Objekts zu bekämpfen, ist um einiges praktikabler für unsere Psyche. (Mentzos 2002)

Eine grundlegend festzustellende Erkenntnis für folgende Zeilen ist jene, dass natürlich in einem Krieg sehr viel Beeinflussung und Manipulation stattfindet. Dies resultiert in der Schaffung von künstlichen Bedürfnissen. Hier ist es wichtig zu verstehen, dass diese nicht nachhaltig sind, wenn sie nicht an bereits bestehende, vielleicht viel tiefer sitzende Bedürfnisse anknüpfen. Rein künstlich geschaffene Bedürfnisse können nicht bestehen.

Die Ursprünge von Krieg

„Um Brot wird gebettelt. Getötet wird für Status und Macht.“

(Gunnar Heinsohn, geb. 1943)

Krieg hat also, was die menschliche Psyche betrifft, sehr alltägliche Ursprünge. Und doch spielen nach der Meinung von Mentzos (2002) auch krankhafte Faktoren mit: Krieg kann hervorragend pathologisch-narzisstische Funktionen erfüllen. Doch bevor der krankhafte Aspekt im Detail besprochen wird, soll erst noch die Frage nach der „Natürlichkeit“ von Krieg behandelt werden. Die Wissenschaft ist sich uneins, ob Krieg immer schon existierte oder durch unsere Vergesellschaftung irgendwann entstanden ist. Es gibt beispielsweise sowohl Stimmen für und wider die Friedfertigkeit der Jäger und Sammler Kultur. Der bekannte österreichische

Verhaltensforscher und Ethnologe Eibl-Eibesfeldt¹¹ beispielsweise hält die Friedfertigkeit dieser Epoche für einen hartnäckigen Mythos. (Eibl-Eibesfeldt 1984) Es ist an diesem Punkt nahe liegend, noch viel weiter in der menschlichen Evolution zurückzugehen und unsere Vorfahren, die Hominidae, also Menschenaffen, zu betrachten. Hier haben ForscherInnen interessante Erkenntnisse für die Psychologie und die Politikwissenschaft parat: Die wohl bekannteste Affenforscherin Jane Goodall spricht von organisiertem Krieg der Affenhorde. Emotionen schaukeln sich so lange hoch, bis eine andere Horde angegriffen und getötet wird. Doch bevor die Schule der Realisten ob dieser vermeintlichen biologischen Beweislage zu jubeln beginnen, muss schnell hinzugefügt werden, dass dieser „Krieg der Affen“ eine biologische Funktion erfüllt! Dies ist beim Menschen nicht der Fall. Krieg wird nicht (nur) um Lebensraum und Nahrung geführt. „*Der Nachweis einer Funktion rechtfertigt nicht die Existenz einer Einrichtung oder Struktur.*“ (Eibl-Eibesfeldt 1984 in: Mentzos 2002, 39) Weiters ist der Unterschied, der hier gar nicht genug betont werden kann, jener der Wahrnehmung der Umwelt. Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das eine symbolische Umwelt wahrnimmt. Ehre, Kränkungen, Demonstrationen, Denkmäler etc. haben nur für uns Bedeutung und finden in der Tierwelt kein Äquivalent. Der Kampf der Affen hat also eine biologische Funktion, doch der Krieg der Menschen ist durch kulturelle Evolution bedingt. Auch die Schule der Idealisten könnte in der Natur gute Beweislagen für ihre Theorie finden. Ein Experiment zeigt, dass ein Affe lieber hungert, und das über eine erstaunlich lange Zeit, als mit anzusehen wie ein Artgenosse Schmerzen erleiden muss. Das Fazit: Mitgefühl ist natürlich in uns verankert und nicht, wie viele meinen, eine reine Frage der Sozialisation, wenngleich die unterschiedlichen Ausprägungen desselben selbstverständlich sehr stark von individuellen und gesellschaftlichen Einflüssen abhängig sind. (Mentzos 2002)

Francis Beer, ein amerikanischer Politikwissenschaftler der Universität Colorado, vertritt die These, dass sich Kriege wie Epidemien verhalten. Sie brechen periodisch aus und eine Gesellschaft ist nach einem größeren Krieg für eine gewisse Zeit „immun“. Er greift das Beispiel von Deutschland und Japan auf, da diese beiden Nationen seit dem für sie verheerenden 2. Weltkrieg eine sehr friedliebende

¹¹ Zu den Vorwürfen gegen Eibl-Eibesfeldt, er würde rassistische Ideologien wissenschaftlich unterstützen, vgl.: Josef Berghold: *Feindbilder und Verständigung: Grundfragen der politischen Psychologie*. Wiesbaden 2005, S. 151. In dieser Arbeit werden ausschließlich nützliche und nach Ansicht des Autors unbedenkliche Fragmente seiner Arbeit zitiert und verwendet.

Außenpolitik verfolgen. Die Ursachen von Krieg erachtet Beer jedoch als unerforschbar (Beer 1981).

Kritik der politischen Ökonomie

Die Erkenntnis, dass der Mensch seine Umwelt symbolisch wahrzunehmen vermag, führt den russisch-amerikanischen Wissenschaftler Anatol Rapoport zu einer Kritik am marxistischen Verständnis von Konflikt und Krieg (s. o.). Da Menschen nicht nur ihre objektive Umwelt begreifen, im Fall von Marx wären dies die Verteilung der Produktionsmittel und des Kapitals und die sich daraus ergebenden Klassen, sondern auch eine semantische. Die semantische Umwelt ist beispielsweise die Einteilung in religiöse oder ethnische Gruppen, also eigentlich eine vom Menschen erfundene Umwelt. Rapoport will sagen, dass es viel mehr Quellen für Konflikt gibt, als im marxistischen Reduktionismus. (Rapoport 1974) An dieser Stelle könnte natürlich argumentiert werden, dass zwar eine Vielzahl an Konfliktpotentialen besteht, doch in der Praxis nur ökonomische Faktoren den Ausschlag geben. Anstatt nun zahlreiche Beispiele aufzulisten, bei denen das eine oder das andere der Fall war, soll an dieser Stelle wieder Professor Mentzos ans Wort kommen. „Schon die Tatsache, dass Menschen bereit waren (im Krieg) zu sterben, um einer Religion oder einer Weltanschauung zum Sieg zu verhelfen, spricht eindeutig gegen den marxistischen Reduktionismus“. (Mentzos 2002, 65) Das Argument ist einleuchtend: Wenn wir von einem homo oeconomicus ausgehen, dessen Handlungen im Grunde alle rational verankert sind, dann passen Selbstmordattentäter und andere Märtyrer nicht ins Konzept. Hier offenbart sich der Stellenwert, den die Psychologie in diesen Fragen haben muss. Nur um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Selbstverständlich sind ökonomische Faktoren oftmals die Ursache für einen (gewaltsamen) Konflikt. Doch sind sie auch die Auslöser? Peter Imbusch (1996) argumentiert beispielsweise am Beispiel Jugoslawiens, dass die ansteigenden sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen den Teilrepubliken schlussendlich den Ausschlag für den Krieg gaben. Imbusch argumentiert sehr gut und beschreibt das Aufschaukeln der Situation treffend, doch für das konkrete Ausbrechen des Krieges fehlen seiner Argumentation laut Mentzos die psychologischen Faktoren. Wichtig zu erklären wären demnach auch die Ethnisierung der Gesellschaft, die absichtliche Zerstörung von multiethnischen Zentren, die Entmenschlichung des Gegners, etc. Der

Völkermord in Ruanda und Burundi 1994 zeigt mit trauriger Plakativität, dass psychische und nicht (nur) materielle Beweggründe sehr stark in einen Konflikt hineinspielen. Eine weitverbreitete Interpretation dieses Konflikts ist, dass Hutus arm und Tutsis reich waren und daher die Gewalt aus dem ökonomischen Druck, welcher an uralte Stammesstrukturen geknüpft war, resultierte. Der Autor Scott Straus hat sich intensiv mit dem Genozid auseinandergesetzt: „*Straus's research does not deny the importance of ethnicity, but he finds that it operated more as a background condition. Instead, Strauss emphasizes fear and intra-ethnic intimidation as the primary drivers of the violence. A defensive civil war and the assassination of a president created a feeling of acute insecurity*“¹². (Straus 2008) Ein Artikel des Internet-Lexikons Wikipedia, der sich auf Scott Straus und Alison des Forges beruft, bezieht sich auf die Motive der „Génocidaires“:

„*Der nach Aussagen der Täter wichtigste Beweggrund für die Beteiligung einzelner Hutu am Völkermord war Furcht. Viele Täter geben an, dass sie soziale, materielle oder physische Repressalien fürchteten, falls sie sich nicht an Mordtaten beteiligen würden. Des Weiteren spielte die Angst vor Gewalttaten der Tutsi eine Rolle. Die Tutsi wurden als Komplizen der RPF-Rebellen¹³ betrachtet. [...] Zugleich seien die eigenen Gewalttaten als Rache für die Ermordung Habyarimanas zu verstehen gewesen – die RPF, beziehungsweise die Tutsi insgesamt, galten als die Attentäter des Präsidenten. Wichtig war ferner, dass diese Gewalt von den Behörden eingefordert und gutgeheißen wurde. Töten galt als Pflichterfüllung. Andere Motive sind ebenfalls erkennbar, sie hatten jedoch eine geringere Bedeutung für die konkrete Bereitschaft des Einzelnen, am Völkermord teilzunehmen. Zu diesen nachrangigen Motiven gehören beispielsweise tief verwurzelte Abneigungen gegenüber den Tutsi bis hin zu offen rassistischen Antrieben. Eine Reihe von Tätern erhoffte sich ferner materielle Vorteile durch Plünderungen*“.¹⁴

Es sticht geradezu ins Auge, dass die materiellen Motive ganz zuletzt angeführt werden und offensichtlich für beide Wissenschaftler keine bedeutende Rolle einnehmen. Vielmehr ist viel von Angst und Pflichterfüllung die Rede, was der

¹² Cornell University Press http://www.cornellpress.cornell.edu/cup_detail.taf?ti_id=4587

¹³ 1990-1994 war die Ruandische Patriotische Front (RPF) eine von Uganda aus operierende Rebellenarmee, welche ethnisch aus Tutsis bestand und den Sturz der Hutu- Administration verfolgte. Die RPF ist heute eine politische Partei Ruandas.

¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Völkermord_in_Ruanda#cite_ref-66

Argumentation von Mentzos absolut entspricht. Diese Erkenntnis ist absolut fundamental für eine sinnvolle Krisenprävention. Nur wenn Ursache und Auslöser bekannt sind, können sowohl kurz- als auch langfristige Strategien entworfen werden.

Die Ursprünge von intrapsychischen Konflikten

Wenden wir uns also einigen psychologischen Grundmustern zu, wie sie von Mentzos (2002) geschildert und von der Politikwissenschaft vernachlässigt werden: Die menschliche Psyche ist von Gegensätzen geprägt, wie beispielsweise dem Wunsch nach Nähe und Bindung zu anderen Menschen und andererseits dem Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung. Ein psychisch stabiler Mensch schafft es im Normalfall, einen Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen zu finden und beide Bedürfnisse zu befriedigen. Nun kann es passieren, dass ein Mensch durch starkes Erleben nur eines der beiden Extreme in jungen Jahren traumatisiert wird. Beispielsweise werden alle Autonomiebestrebungen mit radikalem Entzug der menschlichen Nähe bestraft, sodass eine weitere dynamische Entwicklung verhindert wird. Für das Kind kann das Gefühl entstehen, dass diese beiden Extreme miteinander unvereinbar sind, was dazu führt dass es sich (unbewusst) für einen der beiden Pole entscheidet und sich darauf fixiert. „*Man kann diese einseitigen, starren Fixierungen auch als erzwungene oder notdürftige Adaptierung angesichts einer extrem ungünstigen Situation verstehen.*“ (Mentzos 2002, 77) Der natürliche Grundkonflikt erstarrt also auf einer der beiden Pole und das Individuum strebt nun entweder übertriebene Anpassung oder extreme Selbstbezogenheit an. Man spricht von Pseudolösungen. Ein Kind unterdrückt z.B. seine eigenen Autonomiebestrebungen aus übertriebener Rücksichtnahme auf seine Mutter und entwickelt auf diesem Wege Aggressionen gegen sie, die aber auf andere Objekte projiziert werden müssen, da es die Mutter nicht verletzen will. In seinem Buch „The need to have enemies and allies“ beschreibt Volkan einen psychischen Schutzmechanismus, der sich im Auffindens von geeigneten Zielen für Externalisierungen manifestiert. Um bei dem eben genannten Beispiel zu bleiben: Wenn das Kind in seinem weiteren Leben in eine Situation kommt, in der es die einschränkende Rolle der Mutter in einem anderen Menschen oder einer Institution zu erkennen glaubt, so entwickelt es, quasi stellvertretend zu dem nicht ausgelebten Konflikt mit der Mutter, Aggressionen auf das gefundene Ziel. Das beschriebene

Phänomen läuft vereinfacht gesagt in drei Phasen ab. In der ersten Phase werden gute von bösen Anteilen der Beziehung zu einer Person getrennt; in der zweiten Phase werden die bösen Anteile auf eine geeignete Person projiziert. In der dritten Phase kann nun das Böse offen und direkt bekämpft werden. (Volkan 1988)

Eine andere Variante von Externalisierung ist, die negativen Anteile der eigenen Persönlichkeit in die Umwelt zu projizieren wo diese dann bekämpft werden können. Vielen Menschen kennen dieses Phänomen von sich selbst: Das, was uns an uns selbst stört, finden wir auch an anderen Menschen überproportional lästig oder unsympathisch. Wenn die andere Person diese als negativ empfundenen Charaktereigenschaften tatsächlich besitzt, wird von einer „Realexternalisierung“ gesprochen. (Mentzos 2002)

Die Verbindung zum Phänomen Krieg ist in Bezug auf die Ambivalenz zwischen Autonomie und Anpassung nur zu offensichtlich. Einerseits ist Selbstbezogenheit und in weiterer Form ein asozialer Egoismus eine „gute“ Voraussetzung für mangelndes Mitgefühl und somit für Gewalt. Auf der anderen Seite ist übertriebene Anpassung und Gehorsam eine idealtypische soldatische Voraussetzung. Diese psychischen Konstellationen erklären zwar nicht den Ausbruch oder die Existenz von Krieg, doch tragen sie zur Erklärung von Kriegsbereitschaft der Bevölkerung bei.

Aggression

Viele Menschen gehen davon aus, dass dem Menschen Aggression immanent ist, also dass in jeder und in jedem von uns Aggression entsteht und lediglich der Umgang damit unterschiedlich ist. Diese Sichtweise beeinflusst natürlich auch die Rezeption von Krieg als unvermeidbares kollektives Ausleben aufgestauter, natürlicher Aggressionen. Der bekannte deutsche Soziologe und Philosoph Norbert Elias bringt seine diesbezügliche Sichtweise auf den Punkt: „*Es ist nicht die Aggressivität, die Konflikte, es sind die Konflikte, die Aggressivität auslösen*“ (Elias 1981 in: Mentzos 2002, 88). Er stellt sich damit gegen das Konzept eines eigenständigen Aggressionstrieb. In seinen frühen Jahren war es auch die Ansicht von Sigmund Freud, dass Aggression nicht eigenständig entsteht und besteht, sondern ein Hilfsmechanismus für die Durchsetzung des fundamentalen

Sexualtriebs sei. Er änderte später seine Meinung und stellte dem „Eros“ „Thanatos“, den Todestrieb, zur Seite. (Freud 1920)

Es können also zwei verschiedene Konzepte von Aggression angewandt werden: Die spontan- endogene oder die sekundär- reaktive Aggression. Ein Argument für das zweite Konzept ist das Gefühl der Rache. Wenn eine narzisstische Kränkung erfahren wird, kann es zu einem sehr starken Gefühl der Rache kommen, das äußerst aggressiv ist. Nach Vollendung des Racheakts verschwindet dieses Gefühl und kehrt auch nicht wieder. Dies ist ein recht einfaches Indiz zugunsten des reaktiven Konzeptes von Aggression. Ein weiteres Gegensatzpaar stellen funktionale und dysfunktionale Aggression dar, welche auch mit konstruktiv und destruktiv umschrieben werden. Die dysfunktionale Aggression kann als Ersatz für unbefriedigte Bedürfnisse fungieren und als Platzhalter für eine echte (Auf-)Lösung einer chronischen Frustration dienen. Diese psychische Konstellation wird in der Psychologie als „hysterischer Groll“ bezeichnet. Die Ersatzfunktion kann dabei für die Psyche so wichtig für die Selbststabilisierung werden, dass man in der deutschen Sprache manche Menschen nicht umsonst als „streitsüchtig“ bezeichnet. (Mentzos 2002) Somit scheint es, als hätten zumindest manche Menschen einen Aggressionstrieb. Doch in Wirklichkeit handelt es sich um eine Art Sucht, die nicht naturgegeben ist.

Die Psyche im Krieg

Ist ein Konflikt zu einem bewaffneten Konflikt oder einem Krieg geworden, befindet sich die menschliche Psyche in einer Abwärtsspirale aus Schmerz, Rachegefühlen und Hass. „*Die im Laufe eines Krieges häufig zunehmende Grausamkeit beruht ausnahmslos auf solchen Überkompensierungen und „Wiedergutmachungen“ von narzisstischen Schwächen und narzisstischen Verletzungen*“. (Mentzos 2002, 111). Zusätzlich zu dieser negativen Spirale kommt es zu einer „Verschüttung des Guten“. Gemeint sind so genannte prosoziale Tendenzen. Positive, „gute“ Gefühle werden in der Extremsituation Krieg aus Angst vor Schwäche und Verletzlichkeit verdrängt. Die oft unermesslich grausame Haltung von Kriegsteilnehmern ist also ein Zusammenspiel aus destruktiver Aggression und dem gleichzeitigen Ausfall prosozialer Tendenzen.

Bisher haben wir uns lediglich den individuellen psychischen Strukturen gewidmet. Da aber der Krieg ein Gruppenphänomen ist, müssen natürlich nicht nur die

individuellen, sondern auch die massenpsychologischen Aspekte einfließen. Gruppen sind ein Phänomen, über das eine eigene Arbeit geschrieben werden müsste: Eine Gruppe, der sich eine Mensch zugehörig fühlt, fungiert als „Erweiterung des eigenen Ich“. Wie groß die Zugehörigkeits-Gruppe ist, variiert von Mensch zu Mensch. Für manche ist es (sukzessive) die Familie, für manche die Ethnie, für manche die Nation. Im Laufe eines jeden Lebens kommt es zu unterschiedlichen und sich immer wieder erweiternden „Wir-Bildungen“. In diesem Prozess wird ein Objekt, ein Gegenüber gewissermaßen vereinnahmt und zum eigenen Pol gemacht. Das kann anfangs eines der beiden Elternteile sein, später beide, die gesamte Familie, das Dorf, etc. Es gibt immer einen Gegenpol. Mentzos spricht in diesem Zusammenhang aber auch von „falschen Wir-Bindungen“: „*Falsche Wir-Bindungen (äußerlich mit Gewalt erzwungene, propagandistisch suggerierte oder innerlich als Abwehr entstandene) sind brüchig und werden von ständiger Aggression begleitet.*“ (Mentzos 2002, 130) Er geht also davon aus, dass z.B. die Geschlossenheit eines Volkes im Krieg gegen einen äußeren Feind konstruiert ist, nicht den eigentlichen Bedürfnissen der menschlichen Psyche entspricht und demnach Aggressionen erzeugt, die nunmehr auf den Feind projizierbar sind. (Mentzos 2002)

Die Psyche der Eliten

Mentzos geht in seinem Buch nicht nur auf die Kriegsbereitschaft von Menschen ein, sondern auch auf die psychischen Konstellationen der Machteliten und EntscheidungsträgerInnen in einem Krieg. Zu Recht stellt er fest, dass genau jene Menschen, welche schlussendlich die bewusste Entscheidung für Krieg treffen, scheinbar überhaupt nicht von Emotionen geleitet werden sondern ruhig, rational und ohne Aggression die grausamsten Entscheidungen treffen.

So wie es funktionale und dysfunktionale Aggression gibt, postuliert Mentzos auch funktionale und dysfunktionale Macht. Macht, im Sinn von „Ich bin Ursache von Wirkung“ dient der Selbsterhaltung. Macht im dysfunktionalen Sinn ist wenn sie nicht mehr als Mittel, sondern vielmehr als Zweck besteht. Wenn das Ausüben von Macht an sich als narzisstischer Gewinn wahrgenommen wird, ist sie nicht mehr funktional. Dazu kann es kommen, wenn in der Entwicklung eines Menschen andere Faktoren, die zur Aufrechterhaltung des narzisstischen Gleichgewichts dienen, ausblieben. Akzeptanz, Geborgenheit, Lob, etc. (Es ist hervorzuheben, dass die

Selbststabilisierung über Machtausübung zwar eine Pervertierung darstellt, man jedoch nicht vorschnell von „Größenwahn“ sprechen kann, wenn das angenommene Machtpotential der Realität entspricht.) Wie auch einige der oben gezeigten Ursachen für Kriegsbereitschaft, hat Machtausübung eine ganz harmlose Grundstruktur aufzuweisen. Mentzos bezeichnet dieses Grundgefühl als „Funktionslust“. Dieses „sich freuen über die eigene Kompetenz“ ist unabhängig vom Betätigungsfeld und kann durch fast jede Beschäftigung herbeigeführt werden. Sehr interessant ist der genannte historische Ursprung dieser Selbstbestätigung durch Funktion: Nicht nur körperliche Eigenschaften, sondern auch Verhaltensweisen können als arterhaltend ausselektiert werden. Das Selbst stärkende Gefühl, das durch das Erreichen eines Ziels entsteht ist die natürliche Belohnung für die (ursprünglich arterhaltende) Funktion die erfüllt wurde. (Mentzos 2002)

Da Gier auch zu den Kriegsursachen auf Seiten der Machteliten zählen kann, soll diese ebenfalls kurz besprochen werden. Gier ist aus psychoanalytischer Sicht der Zusammenfall von oralen und narzisstischen Bedürfnissen. Habgier kann demnach, wie Macht oder Aggression, narzisstische Befriedigung sein und zu einem habituellen Regulationsmechanismus werden. Möglich ist die völlige Kompensierung mittels Gier aber vor allem im Krieg. „*Was sonst als egoistisch und inhuman angeprangert wird, ist im Krieg nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht. Raub fremden Eigentums, [...] kann innerhalb eines kollektiv legitimierten Kontextes geboten sein [...]*“ (Mentzos 2002, 194)

Nicht nur die Psyche der Eliten, sondern auch die Bindung ihrer Gefolgsleute an sie ist von Bedeutung. Max Weber prägte in diesem Zusammenhang den Begriff des „charismatischen Führers“, der die Menschen anzuziehen scheint. Doch nicht nur das „Größenselbst“ des Führers, sondern auch die „*Suche nach idealisierten Selbstobjekten bei den Gefolgsleuten andererseits*“ (Mentzos 2002, 197). Gemeint ist nicht nur die Bewunderung und Imitation eines heroischen Vorbildes sondern auch die Partizipation von Individuen an dessen Größe und Stärke. Bereits Kinder kompensieren ihre eigene Schwäche oft über die Idealisierung der Größe und Stärke der Eltern (vgl. Kohut 1979). Vamik Volkan, ein amerikanischer Psychiater und Psychoanalytiker mit türkisch-zypriotischen Wurzeln, unterscheidet zwei Typen von charismatisch-narzisstischen Führern: Es gibt jene, die Bewunderung von ihren Anhängern erwarten. Volkan bezeichnet dies als „reparative narzisstische

Führerschaft“, und solche, die ihre eigene Größe durch Abwertung ihrer Gefolgschaft zelebrieren als „destruktiv narzisstische Führerschaft“. (Volkan 1988)

Zusätzlich zu diesen automatisch ablaufenden Tendenzen der Identifikation mit einer Führergestalt und der Aufblähung des eigenen Egos durch die vermeintliche Teilnahme an der Macht und Stärke, spielen im Kriegsfall natürlich Propaganda und Gleichschaltung eine wichtige Rolle bei der Verdichtung der Phänomene. Die Rolle von Information und Medien soll hier nicht unerwähnt bleiben. Das in der Öffentlichkeit viel zu oft strapazierte Phänomen des Herdentriebs (der Automatismus des Sich-um-einen-Führer-Scharens) ist unter Wissenschaftlern umstritten. Doch es scheint zumindest „natürlich“, sich in einer Gefahrensituation an anderen Menschen anzuhalten, um gemeinsam stärker zu sein. (Mentzos 2002)

Systematisiert wurden einige dieser Ansätze durch Eugen Drewermann, der vier gruppendifamische Gesetze des Krieges niedergeschrieben hat: Das Gesetz der Konvergenz der Meinungen, der Rang- und Hackordnung, des gemeinsamen Gegners und jenes der äußeren Gefahr. Das erste Gesetz besagt, dass jede Gruppe versucht, abweichende Meinungen auf ein Mittelmaß zu reduzieren (was, wie wir wissen, in einer Extremsituation zu völliger Gleichschaltung führen kann). Das zweite Gesetz versteht sich von selbst; in jeder Gruppe gibt es die so genannten „Alpha- Tiere“. Das dritte und für diese Arbeit relevante Gesetz besagt, dass es immer eine äußere Herausforderung geben muss, sei es die Natur, (Raub-)tiere oder andere Gruppen von Menschen. Das letzte Phänomen bezieht sich auf die Dynamik innerhalb der Gruppe bei Ansteigen einer äußeren Gefahr und beeinflusst alle vorangegangenen Gesetze. Wird ein äußerer Feind wahrgenommen, so wirkt dies als Katalysator für alle anderen gruppendifamischen Eigenschaften einer Gruppe. (Drewermann 1982)

Die Erkenntnisse in Bezug auf Aggression sind von großer Bedeutung für Krisenprävention. Es macht einen fundamentalen Unterschied ob Aggressionen, die beispielsweise gegen eine andere Volksgruppe projiziert werden, als Konstante betrachtet, oder ob sie als bereits im frühen Stadium vermeidbar eingeschätzt werden.

Kriegsprävention aus psychologischer Sicht

„Deswegen kann auch eine radikale, kausale Kriegsprävention nur darin bestehen, eine lebendige, schöpferisch-dialektische Lösung der in dieser Dynamik enthaltenen Konflikte zu fördern, statt nur erzieherisch-pädagogische Appelle zu friedlichem, demokratischem, versöhnlichem Verhalten abzugeben.“ (Mentzos 2002, 220)

Wie bereits erwähnt, mögen zwar politische und ökonomische Faktoren als wahre Hintergründe von Krieg sein, doch steigert sich die Kriegsbereitschaft erst, wenn diese Faktoren mit den entsprechenden psychosozialen Arrangements zusammenfallen.

Prävention ist in diesem Zusammenhang kein einfaches Unterfangen. Mentzos sieht eine Prävention daher in drei Dimensionen. Die langfristige Prävention ist ein wirklich grundlegender Ansatz, da er eine Veränderung in der frühkindlichen Sozialisation meint. Dies ist ein wichtiger Gedanke, doch kann er für eine angewandte Krisenprävention der EZA in ihrer derzeitigen Struktur nur im Hintergrund mitschwingen. Für die Verwirklichung der langfristigen, nachhaltigen und v. a. flächendeckenden Prävention bedarf es womöglich außerhalb der Möglichkeiten der EZA liegenden Veränderungen im gesellschaftlichen System zu denen die EZA aber in ihren Policies Anstöße geben kann.

Die mittelfristige Prävention ist die alleinige Bewusstmachung der in den obigen Kapiteln beschriebenen psychosozialen Arrangements. Bildungsarbeit von Schulen bis hin zu Workshops für politische Akteure, Exekutivkräfte, etc. sind hier denkbar.

Die kurzfristige, akute Prävention ist die institutionelle Verlagerung der Funktionen von Krieg, die Aufdeckung von Fehlinformation, der Abbau von Feindbildern. Dieser Ansatz ist der für die konkrete Krisenprävention im derzeitigen System am interessanteste, wenn auch nicht der innovativste.

Schlusswort zur Psychologie

Dieses Kapitel stellte einen notwendigen Exkurs in die sonst von der Politikwissenschaft oft vernachlässigten Pathologien- aber auch ganz „normalen“ Strukturen und der menschlichen Psyche dar, da vorbeugende Maßnahmen gegen Krieg psychische Komponenten nicht außer Acht lassen können. Die übergeordnete Handlungsanweisung zu diesem Exkurs gibt Eibl-Eibesfeldt: „Friede setzt voraus, dass man die Aufgaben erkennt, die der Krieg erfüllt, und ihn nicht einfach als

pathologische Entartung abtut.“ (Eibl-Eibesfeldt 1984, 536) Eine ähnlich interpretierbare Empfehlung wurde im Jahre 1832 abgegeben: „[...] in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten“ (Clausewitz 2007, 13) Krieg ist gemäß Mentzos (2002) durch soziokulturelle Evolution zu dem geworden, was er heute ist, da er ein immer ein simpler Weg zur Lösung von unlösbaren Problemen war und sich daher in der Menschheitsgeschichte bewährt hat. Dieses Faktum muss akzeptiert werden, wenn ein reifer Umgang mit Konflikten und Krieg erarbeitet werden soll.

Die „rationale“, ökonomische, berechnende Seite, die Krieg zweifelsohne auch hat, kann durch Strukturveränderungen entmachtet werden: „*Will man Frieden, muss man die Funktionen der territorialen Abgrenzung und der Sicherheit der Ressourcen, die bislang Krieg erfüllte, auf andere, unblutige Weise wahrnehmen*“ (Eibl-Eibelfeldt 1984, 536) Mit diesem Aspekt von Krieg muss adäquat umgegangen werden, ein Gedanke, der in der theoretischen Strömung des Institutionalismus erarbeitet wird.

Eine weitere zentrale Aussage ist jedoch, dass es nicht nur um die praktischen Funktionen wie territoriale Abgrenzung und Ressourcensicherung geht, sondern eben auch um die Befriedigung von psychischen Bedürfnissen geht. Großteils wird also nicht nur die institutionalistische Umleitung von Konflikten in friedliche Bahnen betont, sondern vielmehr die Empfänglichkeit bei den Akteuren, die den Krieg konkret führen: Die Bevölkerung. Krieg kann ein Weg sein um, nicht nur krankhafte sondern auch „gesunde“ und „normale“ psychische Bedürfnisse wie z.B. narzisstische Stabilisierung zu befriedigen. Dieses Bedürfnis kann sich manifestieren indem jemand ein Held- oder, häufiger, einer siegreichen Nation zugehörig sein will („Partizipation am kollektiven Größenselbst“) oder externalisierte Negativprojektionen bekämpfen will. Die Bedürfnisse, welche durch den Krieg als Institution ausgelebt werden können, müssen auf andere Weise befriedigt werden. Heldenum, Gruppenzugehörigkeit durch „Kameradschaft“, etc. bedürfen keines Krieges um gelebt werden zu können. Hier kommt also doch wieder eine Art Institutionalismus, im Sinne einer Substitution ins Spiel: Ein Beruf, Sport oder auch ein Spiel können diese Bedürfnisse als Institution ebenfalls befriedigen und gleichzeitig auch anderen Ebenen der gesellschaftlichen und ökonomischen

Weiterentwicklung dienen. Das ist zwar leicht gesagt, doch braucht es für die Implementierung solcher theoretischer Überlegungen radikale gesellschaftliche Strukturveränderungen, welche die Funktionen des Krieges überflüssig machen können.

Die wichtigste Erkenntnis ist jedoch jene, dass eine grundlegende Prophylaxe von Krieg, auf einer psychischen Ebene der Kriegsbereitschaft, in der Sozialisation von der nächsten Generation liegt.

VI. Zusammenfassung

Sozialwissenschaften

Die Betrachtung einer Vielzahl an sozialwissenschaftlichen Theorien, seien es akteursbezogene-, soziologische-, ökonomische- oder Staatstheorien, zeigt eine ebenso große Bandbreite an Ansichten, Annahmen und Überlegungen. Zu einem Teil unterscheiden sich Theorien lediglich in der Schwerpunktsetzung, also was als zentrale Ursache angesehen wird. Auf der anderen Seite gibt es auch Theorien, die sich gegenseitig widersprechen.

Die genaue Synthese, also wie die jeweiligen Annahmen der Institutionen der EZA in das Theoriegeflecht passen und welche theoretischen Annahmen aufgrund ihrer Häufigkeit einem wissenschaftlichen Konsens nahe kommen, und ob dieser in der Praxis berücksichtigt wird, ist weiter unten im entsprechenden Kapitel dargelegt.

Psychologie

Bei Beschäftigung mit den psychosozialen Ursachen und Hintergründen von Krieg und Kriegsbereitschaft, kristallisieren sich hier zusammenfassende 10 Punkte heraus:

- In der menschlichen Psyche ist sowohl die Voraussetzung für Krieg als auch für Frieden vorhanden. Die Spezies Mensch ist weder zu ewigen Krieg verdammt, noch in ihrer Urform gewaltfrei.

- Krieg hat keinen endemischen Charakter. Aus Mangel an Erklärungen Parallelen zu Medizin oder anderen Disziplinen zu ziehen scheint nur sehr geringen Erkenntniswert zu haben. Es erscheint psychologisch plausibel, dass eine Gesellschaft gegen Krieg „immunisiert“ ist wenn sie einen solchen erlebt hat. Andererseits gibt es zahlreiche Beispiele, die das Gegenteil zeigen.
- Krieg ist durch soziokulturelle Evolution zu dem geworden, was er heute ist. Die These von Mentzos, dass Krieg, wie auch andere gesellschaftliche Phänomene, eine soziokulturelle Evolution durchgemacht haben und historisch gewachsen ist, leitet zu einer Möglichkeit der Veränderung und Prävention über: Auch ein historischer Sozialisationsprozess kann verändert werden.
- Die Voraussetzung für Kriegsbereitschaft ist eine Kollision zwischen rationalen Ursachen und psychischen (bzw. psychopathologischen) Konstellationen.
- Im Gegensatz zu vielen anderen Annahmen von Kriegstheoretikern spielt die Ökonomie für Individuen nicht immer eine Rolle. Beispielhaft hierfür sind die schwach ausgeprägten materiellen Interessen im Genozid an den Tutsies in Ruanda.
- Von politischen Eliten künstlich geschaffene Bedürfnisse bestehen nur, wenn sie an vorhandene, materielle oder psychische Bedürfnisse anknüpfen. Eine Aufgabe von Kriegsprävention ist daher, den „Synchronisateuren“ von Aggression, Anerkennung, Gruppenzugehörigkeit und Gehorsam den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen.
- Zivilisation und Kultur entstehen nicht unbedingt durch Triebverzicht, wie dies Freud und einige seiner geistigen Nachkommen annehmen. Auch prosoziale Tendenzen sind bereits in der Biologie, also durchaus im triebhaften Spektrum, verankert. Diese Tendenzen können „verschüttet“ werden, was auf der anderen Seite eine Auswirkung von Sozialisierungsprozessen und Zivilisation ist.

- Was die psychischen Hintergründe für Krieg führende Machteliten betrifft kann festgestellt werden: Machtgefühle sind an sich nichts unnatürliches, doch es gibt eine pathologische Entartung davon. Diese Macht ist dann nicht mehr Mittel sondern Zweck. Die auf diesem Wege erreichte narzisstische Stabilisierung („Homöostase“), kann jedoch auch auf andere Art und Weise erreicht werden. Lob, Anerkennung, Geborgenheit, trotz Fehlern geliebt werden; dies sind nur einige der sozialen Alternativen, welche eine destruktive Machtausübung individualpsychologisch vermeiden können.
 - Die Abschaffung von Krieg: Kurzfristig wird die Substituierung der psychosozialen Funktionen von Krieg empfohlen. Mittelfristig könnte eine Bewusstmachung der besprochenen psychischen Arrangements zu einem reflektierten Umgang mit Gehorsam, Gruppenzugehörigkeit, Heldenhumor, etc. führen. Langfristig ist eine ausgewogene, die prosozialen Tendenzen fördernde Sozialisierung vom Kleinkind an das effektivste Mittel in diesem Segment der Krisenprävention.
 - Allgemein, und theoretisch gesprochen ist es möglich Krieg abzuschaffen. Krieg beruht auf historischen Entwicklungen und einer gesellschaftlichen Evolution, die beeinflussbar und veränderbar ist. Krieg beruht auf realen Konflikten, welche Menschen mit allen ihren Fähigkeiten auf andere Weise lösen können müssten. Krieg beruht auf psychosozialen Arrangements, welche in der zum Teil in der (frühkindlichen) Sozialisation vermeidbar sind.
 - Das wichtigste Postulat aus dem Abstecher in die Psychologie lautet:
- Krieg ist als Institution abschaffbar.

D. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)

„Entwicklungszusammenarbeit [...] umfasst alle Maßnahmen des Bundes, die Bestandteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen sind und die an den Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemeldet werden“
(Entwicklungszusammenarbeitsgesetz §2, Abs. 1)

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, die auch in Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit unterteilt wird (OZA) ist ein Teil der österreichischen Außenpolitik. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) ist demnach für die allgemeine Ausrichtung und Planung der OEZA verantwortlich, welche in Dreijahresprogrammen festgelegt wird. Als das operative Unternehmen der OEZA entwirft die Austrian Development Agency (ADA) thematische Programme, bereitet Projekte vor und führt diese durch. Die ADA betreibt in den Schwerpunktländern¹⁵ der OEZA so genannte Koordinationsbüros, welche die unterschiedlichen Projekte vor Ort betreuen, koordinieren und lokale Expertise an die Zentrale weiterleiten.

I. Die Grundlagen der Konfliktprävention

Im folgenden Kapitel werden die grundlegenden Annahmen und Politiken der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) in Bezug auf Friedenssicherung und Konfliktprävention skizziert und analysiert.

Die rechtlichen Grundlagen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bestehen aus dem EZA-Gesetz vom 28. 02. 2002, dessen Novellierung vom 14. 08. 2003 und den Bundesministeriengesetzen. Die Sicherung von Frieden und der menschlichen Sicherheit, ist in §1 Abs. 3 festgeschrieben. Die OEZA bezieht

¹⁵ Nicaragua, Kap Verde, Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Senegal, Bhutan, Palästinensische Gebiete, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Serbien und Kosovo

sich in ihrer Positionierung auf diese Gesetzesgrundlage und auf den internationalen Diskurs im Rahmen der UNO, der EU und der OECD. Auf der offiziellen Homepage der OEZA wird Friedenssicherung (und somit Konflikt- bzw. Krisenprävention) als eines von drei Kerngebieten, in welchem die OEZA ihren Auftrag sieht, ausgewiesen:

„Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) verfolgt ihre Ziele - Armut zu vermindern, Frieden zu sichern und die Umwelt zu erhalten [...].“¹⁶

Unter der Rubrik „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ findet sich bereits in der Einführung in das Thema eine erste Aussage bezüglich der Natur von Konflikten:

„[...] Armutsminderung und die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von gewaltsaufgeladenen Konflikten leisten.“ (Leitlinien Friedenssicherung und Konfliktprävention 2006, 4)

Die Leitlinien

Die so genannten Leitlinien der OEZA geben einen Überblick über die Themen, mit denen sich die ADA beschäftigt. In den Leitlinien der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ werden vier Interventionsfelder definiert.

- 1) Konflikt sensitivs Vorgehen – Mainstreaming. Dies sind Handlungen, die „[...] nicht direkt auf Konfliktprävention abzielen“, sondern dem Entstehen eines Konflikts durch andere Intervention der ADA vorbeugen soll. Dieser Punkt ist zwar von Wichtigkeit, doch ist er für das wissenschaftliche Anliegen dieser Arbeit nicht von Bedeutung.
- 2) Stärkung lokaler Organisationen, die im Bereich der Konfliktprävention tätig sind. Die ADA unterstützt hier Organisationen, welche als fähig betrachtet werden, einen Beitrag zur Konfliktprävention zu leisten. Angedacht wird die Stärkung von Organisationen auf Distrikt-Ebene, lokaler Ebene und auf regionaler Ebene, wie etwa die Afrikanische Union (AU) oder die Economic Community of West African

¹⁶ Offizielle Homepage der ADA: www.entwicklung.at/entwicklungspolitik.html

States (ECOWAS). Der Aufbau von effizienten Strukturen wird hierbei besonders betont. Auf multilateraler Ebene wird beispielsweise der „African Peace and Security Council“ der AU unterstützt. Bilaterale Unterstützung wird in Form von Stärkung anderer regionaler Organisationen und Kooperationen mit afrikanischen Akteuren wie z.B. der South African Development Community (SADC) angedacht. Betont wird auch die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten wie die so genannten „Friedensallianzen“, die sich für friedliche Konfliktbearbeitung einsetzen.

3) Förderung der Reintegration. Hier geht es um die Reintegration von SoldatInnen und „*entwurzelte Bevölkerungsgruppen*“ (Leitlinien 2006, 4) in die Gesellschaft. Bis zu fünf Jahre nach Ende eines Krieges ist das Konfliktpotential extrem hoch. Daher ist Reintegration für die OEZA ein elementarer Teil von Konfliktprävention und wird gleichzeitig als Prozess der Versöhnung verstanden. Es werden zwei Dimensionen genannt:

Erstens psychologische und soziale Reintegration (Traumaarbeit, Versöhnung, Förderung von Bildung, etc.) und zweitens ökonomische Reintegration (beruflicher Wiedereinstieg).

4) Stärkung von Justiz- und Sicherheitssystemen. „*Effektive und demokratisch legitimierte und kontrollierte Sicherheitssysteme sind eine wichtige Voraussetzung für eine Prävention und die Aufarbeitung von Konflikten*“. (Leitlinien 2006, 3)

Auf diesen letzten Punkt wird unter Berufung auf das EZA-Gesetz noch genauer eingegangen. „*[...] die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und guter Regierungsführung [...]*“ (Leitlinien 2006, 5)

Die Leitlinien heben die Wichtigkeit von Projekten im Justizbereich in jeder Phase eines Konflikts hervor. Die OEZA orientiert sich hier an den Richtlinien der OECD, welche zu diesem Thema ein Handbuch zu „Security Sector Reform“ (SSR) herausgegeben hat. Drei Herausforderungen werden besonders hervorgehoben:

- a) Die Entwicklung eines klaren institutionellen Rahmens, welcher den Menschen Sicherheit bietet, alle relevanten Akteure einbezieht und der sich auf verletzliche Gruppen konzentriert.
 - b) Stärkung der Regierungsführung und ziviler Aufsichtsfunktion über die Sicherheitsinstitution.
 - c) Schaffung von fähigen, professionellen Sicherheitskräften, die zivilen Autoritäten verantwortlich sind und dem Dialog mit der Zivilgesellschaft offen gegenüber stehen.
- (Leitlinien 2006, 12)

OEZA will sich in folgenden zwei Bereichen besonders engagieren:

- a) Im Justizbereich sollen Reformen unterstützt werden und der Zugang zu Rechtsinformationen und Rechtsberatung auf lokaler Ebene verbessert werden („Legal Aid“).
 - b) Förderung von Sicherheitssektorreformen im Bereich „Good Governance“, also verantwortungsvoller Regierungsführung. Demokratische zivile Kontrolle soll durch Ausbildungs- und Trainingsprogramme für Polizei- Gefängnis und Sicherheitsbeamte, sowie für VertreterInnen der Zivilgesellschaft verbessert werden.
- (Leitlinien 2006, 13)

Die Grundsätze

Die OEZA begreift Friedenssicherung und Konfliktprävention nicht nur als eigenes Feld der Intervention, sondern auch als Voraussetzung für alle anderen Bereiche in denen sie aktiv ist. Der bereits zitierte Bericht „In Larger Freedom“, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen von 2005, wird erneut herangezogen um die Vernetzung von Ursache und Wirkung bei Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechten hervorzuheben. Daher wird im österreichischen EZA Gesetz „[...] die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrecht und guter Regierungsführung“ betont. (EZA Gesetz 2002 Zitiert in: Leitlinien 2006, 6)

Gerechtigkeit wird als Ziel der Friedenssicherung genannt, ebenso die Ermöglichung von Friedensprozessen und Wiederaufbau nach einem bewaffneten Konflikt und das Erkennen und die Bearbeiten von „Root Causes“, also grundlegenden Ursachen,

wie diskriminierende Machtausübung, ungerechter Zugang zu Land, Unterdrückung der Menschenrechte und Straflosigkeit.

Im Detail werden drei konfliktrelevante Bereiche genannt, die komplementär zueinander stehen und einander bedingen:

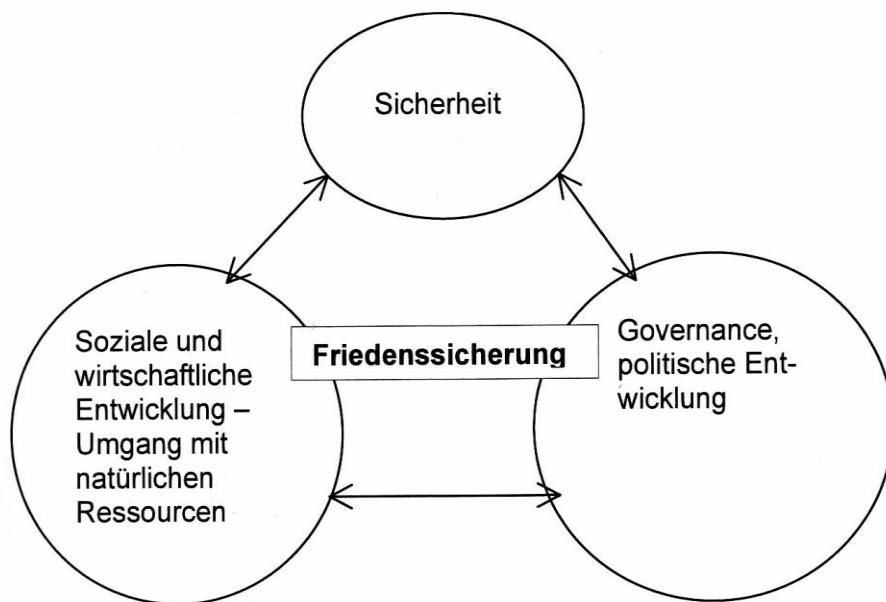


Abb. 4) Quelle: Leitlinien der OEZA „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ S. 6

1) Sicherheit des Landes vor äußeren Bedrohungen und Sicherheit der Menschen innerhalb des Landes.

Maßnahmen welche diese Sicherheit unterstützen sollen sind Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration, Sicherheitssektorreformen (SSR), Kleinwaffenkontrolle und Entminung.

2) Good Governance, d.h. gute Regierungsführung, welche nicht von Korruption, Machtmisbrauch und mangelnder demokratischer Partizipationsmöglichkeiten gekennzeichnet ist.

Maßnahmen sind institutionelle Unterstützung des Rechtsstaats, Traumaarbeit, Versöhnung, Stärkung der Zivilgesellschaft und der Medien bei friedenssichernden Vorhaben und Friedenserziehung.

3) Soziale und wirtschaftliche Entwicklung und der Umgang mit natürlichen Ressourcen. Als Problemfelder werden ungleicher Zugang zu Ressourcen, Marginalisierung, steigende soziale Unterschiede und der Umgang mit so genannten „conflict resources“ (z.B. umkämpfte Bodenschätze) genannt.

Maßnahmen sind Verbesserung der Infrastruktur, Reintegration von ehemaligen Flüchtlingen und IDPs (Internally displaced persons), Förderung von Beschäftigung und Zugang zu Bildung und Gesundheit.

Diplomatie, Militär, EZA und Frauen

Die ADA schreibt in ihren Leitlinien weiter, dass diplomatische, militärische und entwicklungspolitische Friedenssicherung einander ergänzen und bezieht sich in Anlehnung auf die UN Resolution 1325 insbesondere auf die Rolle von Frauen in friedenserhaltenden Prozessen.

Südosteuropa

In speziellem Bezug auf Südosteuropa wird das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAP) genannt, welches auch Bemühungen für Konfliktprävention und Friedenssicherung enthält. Das SAP stellt einen Rahmen für Geber dar und fördert die Koordination von bilateralen Kooperationen. In dieser Region ist das OEZA Engagement von Projekten für Flüchtlingsrückkehr, Menschenrechts-Erziehung und Versöhnung gekennzeichnet.

Grenzüberschreitende Kooperationen werden besonders gefördert, da sie zum Abbau von Konflikten und Vorurteilen beitragen und langfristige Friedenssicherung bedeuten. Beispiele sind die „Balkan Case Challenge“ und ein Medienkatalog, regionale Koordinations- und Kooperationsmechanismen wie „Investment Compact“ und regionale Ansätze bei auf nationaler Ebene unlösbaren Problemen wie Menschen- und Drogenschmuggel.

Die 8 Grundsätze der OEZA in Ländern mit akuten oder rezenten Konfliktsituationen

- Armutsbekämpfung
- Proaktive Konfliktprävention
- Konflikt sensitivs Vorgehen
- Strukturelle Stabilität (langfristig Konfliktprävention)

- Positiver Friede (Beseitigung von struktureller Gewalt und tieferen Ursachen)
- Genderspezifische Maßnahmen
- Förderung der Zivilgesellschaft bei friedenserhaltenden Maßnahmen
- Förderung des Dialogs zwischen Konfliktparteien

Analysse

Die OEZA verfolgt nach eigenen Aussagen einen holistischen Ansatz, der die unterschiedlichsten Ebenen von Politik und Gesellschaft in die Prävention von Konflikten einbezieht. Holismus ist eine „*Lehre, die alle Erscheinungen des Lebens aus einem ganzheitlichen Prinzip ableitet*“ (Duden 2000, 394) Der Holismus kann also als Gesamtheitslehre bezeichnet werden und besagt, dass die Betrachtung einzelner Ausprägungen eines System oder einer Gesellschaft nicht reicht, da nur die Gesamtheit das Einzelne erklärt.

Im Folgenden werden die getroffenen Aussagen auf ihre Grundaussage reduziert um das Wesen der Konfliktprävention erfassen zu können. Angesichts der Vielzahl an angesprochenen Themen und Politikfeldern ist diese Dekonstruktion nötig um die Positionen der OEZA mit jenen aus der sozialwissenschaftlichen Literatur auf eine Ebene zu bringen, einzelne Ansichten auf die Ursache von Konflikten und Krieg herauszudestillieren und in weiterer Folge Anknüpfungspunkte oder Widersprüche ausmachen zu können.

Gemäß den Leitlinien für Friedenssicherung und Konfliktprävention kann festgestellt werden, dass die OEZA von folgenden gesellschaftlichen und staatlichen Mechanismen ausgeht:

- 1) Einerseits erhöht Armut, als Phänomen an sich, das Risiko von gewaltsgemalten Konflikten.
- 2) Andererseits erhöht das Empfinden von Ungerechtigkeit, anders gesagt Neid gegenüber Bevölkerungsteilen, welche mehr Zugang zu Ressourcen besitzen, das Potential von Gewalt.
- 3) Weitere Ursachen sind Menschenrechtsverletzungen, da sie die menschliche Sicherheit beeinträchtigen. Unsicherheit führt demnach zu Konflikten.
- 4) Fehlende politische Partizipation und demokratische Defizite
- 5) Fehlende Rechtsstaatlichkeit (Straflosigkeit)

- 6) Ungerechtigkeit im politischen System (diskriminierende Machtausübung, ungerechter Zugang zu Land und Ressourcen)
- 7) Bevölkerungssteile, welche an Kriegen partizipiert haben, tragen zu Konflikten bei, da diese Gewalt als ökonomische (Über-)Lebensform oder Gewohnheit verinnerlicht haben. (fehlende Reintegration).

Es ist an dieser Stelle wichtig zu wiederholen, dass gemäß dem holistischen Ansatz der OEZA keines dieser Phänomene alleine als Ursache für bewaffnete Konflikte oder Krieg gesehen wird. Die genannten Faktoren sind alle Teile einer allumfassenden Gesellschaftsstruktur, welche das Ausbrechen eines Konflikts begünstigen.

II. Quellen der ADA Position

Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit

Gemäß dem Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit, auch EZA-Gesetz genannt, Paragraph 1, Abs. 3, hat die österreichische Entwicklungspolitik „*die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung*“ zum Ziel.

Es ist bemerkenswert, dass in diesem einen Satz, der auch in den Leitlinien der OEZA zitiert wird, bereits auf Theorie basierende programmatische Vorgaben gemacht werden, insbesondere, da im restlichen Gesetzestext kein Bezug auf inhaltliche Ausrichtung der OEZA gemacht wird.

Das Development Assistance Committee DAC

„*A society endowed with a good balance and distribution of solid social and economic resources is able to manage tensions with less risk of breakdown.*“ (DAC Guidelines 2001, 87)

Österreich ist eines von 30 Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Organisation ist in mehrere spezialisierte Sub-Komitees unterteilt; eines davon ist das „Development Assistance Committee“ (DAC):

“The Development Assistance Committee (DAC) is a key forum of major bilateral donors. They work together to increase the effectiveness of their common efforts to support sustainable development.”¹⁷

Da das DAC einen wichtigen Koordinationsrahmen für internationale Entwicklungszusammenarbeit darstellt, orientiert sich die OEZA an den Prinzipien, welche von dem DAC für die unterschiedlichen Politikbereiche aufgestellt werden. Das Dokument trägt den Namen „*The DAC Guidelines. Helping prevent violent Conflict*“ und ist in diesem Bereich eines der maßgeblichsten Dokumente für die Ausrichtung der OEZA. Im Folgenden sollen nun die für die wissenschaftliche Zuordnung wichtigsten Punkte aus dem Dokument hervorgehoben werden. Die folgende Betrachtung des Dokuments stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll die Annahmen in Bezug auf Krieg und Konflikte herauskristallisieren. Im zweiten, und älteren Teil der Leitlinien finden sich konkrete Zusammenfassungen von den Annahmen des DAC zur Natur von Konflikten. Diese sind eingeteilt in strukturelle Bedingungen, auslösende Faktoren, Phasen von Konflikten und Ursachen die mit Entwicklung zu tun haben.

Strukturelle Bedingungen (In der Klammer nach jedem Aspekt ist die logische Interpretation vorhanden, die das DAC in seinem Dokument den LeserInnen vorenthalten hat):

- Bevölkerungsdichte (hoch)
- Level und Verteilung von Wohlstand und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. (Niedriger Level und ungleiche Verteilung)
- die Situation bezüglich Ressourcen (ob das Vorhandensein von vielen oder wenigen Ressourcen die Voraussetzung für Konflikte ist wird nicht gesagt und ist fraglich)

¹⁷ http://www.oecd.org/home/0,2987,en_2649_201185_1_1_1_1_1,00.html

- ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft (heterogen)
- Geschichte des Verhältnisses zwischen gesellschaftlichen Gruppen (gewaltksam, ungerecht, etc.)
- Statische, undurchlässige soziale Schichtung der Gesellschaft in der eine dominante Gruppe den Zugang zu Macht und Verteilung von Wohlstand

Auslösende Faktoren sind laut dem DAC in jedem Konflikt anders, daher werden lediglich Beispiele genannt.

- Wirtschaftlicher Abstieg
- Änderungen im Grad des staatlichen Zwangs auf die Bevölkerung
- Veränderungen bei der staatlichen Kontrolle
- Änderungen bei der Verteilung von Macht und Privilegien
- Lieferungen von Waffen
- Interventionen von außen
- Große Bewegungen von Menschen und Kapital

Phasen und Dynamik eines Konflikts

Konflikte können in 4 Phasen eingeteilt werden:

- Latente Spannungen
- Steigende Spannungen
- Offene Konfrontation und gewaltssamer Konflikt
- Fragile Transitions- und Post-Konflikt Situation

Ursachen von Konflikten im Kontext internationaler Entwicklung

Zusammengefasst werden folgende Aussagen getroffen:

- Fundamentale Veränderungen in einem politischen System haben ein gewisses Konfliktpotential. Fehlende Möglichkeit zur Partizipation am neuen System, Machtkämpfe, Verlust von kultureller Identität und sozialem Zusammenhalt sind einige der Gefahren eines Systemwandels.
- Ein Ansteigen sozioökonomischer Ungleichheiten hat Konfliktpotential, v. a. wenn Institutionen keinen Ausgleich schaffen können, wie bei schnell wachsenden urbanen Bevölkerungen.
- Das DAC ist der Ansicht, dass ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede per se nur selten Konfliktursachen sind. Andere Faktoren wie

politische oder wirtschaftliche Verschiebungen, schwache oder illegitime Staatsinstitutionen, erzwungene Assimilierung und autonome Bestrebungen müssen erst zu einer Polarisierung führen.

- Ressourcenbasierte Konflikte, die unter anderem durch ein rasches Bevölkerungswachstum (s. o.) losgetreten werden können.
- Gewaltsame Altlasten von früheren Konflikten können sich in Gesellschaften festsetzen und Polarisierungen aufrechterhalten. Unsicherheit, Hass, Repressalien und Rache werden geschürt, was wiederum die „conflict history“ einer Gruppe stärkt. Der Missbrauch von ethnischen, religiösen oder kulturellen Identitäten kann einen Konflikt auch in eine Situation hinüberretten, in der die allgemeinen Bedingungen für Frieden (z.B. wirtschaftliche Verbesserungen) gegeben wären.

In den weiteren Ausführungen des DAC bezüglich Empfehlungen an die Geber im Bereich Konfliktprävention steht an übergeordneter Stelle die Überzeugung, dass Konfliktprävention in jedem Bereich der EZA stattfinden kann: „*Donors recognise that all aid can influence conflict situations and create incentives or disincentives for peace.*“ (DAC Guidelines 2001, 18)

Diese Aussage ist im Hinblick auf konflikt sensibles Handeln sehr ernst zu nehmen und verdeutlicht die ungeheure Komplexität des Phänomens Krieg. Dennoch bedarf es für die Bearbeitung der Aufgabenstellung dieser Arbeit eine detailliertere Betrachtung der konkreten Vorstellungen in Bezug auf die Natur von bewaffneten Konflikten.

Beschäftigung und Wirtschaft

“*It is important to understand and take account of the political economy of violent conflict. Powerful groups, businesses and individuals, using violent or non-violent means, can acquire a vested interest in sparking and perpetuating violent conflict.*“ (DAC Guidelines 2001, 13)

Die wirtschaftliche Seite von Konflikten wird als einer der ersten Faktoren genannt, da wirtschaftliche Kräfte in vielen Konflikten eine große Rolle spielen. Gemeint sind Akteure, die einen ökonomischen Vorteil aus der Weiterführung eines Konflikts

ziehen. Die gewaltsame Ausbeutung von Rohstoffen oder illegaler Handel innerhalb mafiöser Netzwerke, welche ursprünglich der Finanzierung eines bewaffneten Konflikts galten und daher lediglich ein Mittel zum Zweck waren (oder beides gleichermaßen), können sich verselbständigen und die Hauptursache für das Weiterführen des Konflikts werden.

Einfach gesagt: Wenn an einem bewaffneten Konflikt etwas verdient werden kann, so werden sich Menschen finden, welche so einen Ausweg aus einer wirtschaftlich schlechten Situation sehen. Daher ist ein hoher Beschäftigungsgrad der Bevölkerung ein wichtiger Faktor. Der einzige Anhaltspunkt, welcher nicht nur die rationalistisch-ökonomischen, sondern auch das psychologische Argumente für die Wichtigkeit von Beschäftigung zeigt, ist in dem Kapitel „Reintegration von entwurzelter Bevölkerung“ (gemeint sind Ex- KombattantInnen und Flüchtlinge) zu lesen und kommt auch im weiteren Verlauf ausschließlich in diesem Zusammenhang vor:

„Improved welfare, new employment and training opportunities help to create an environment in which individuals feel they have a stake in sustaining the peace process“ (DAC Guidelines 2001, 134)

Unternehmen

Wachstum, das durch einen gesetzes- und regelkonformen Privatsektor entsteht und Arbeit und Einkommen generiert, wird als eine wichtige Langzeit-Komponente der Konfliktprävention angesehen. Doch nicht nur Beschäftigung für ArbeitnehmerInnen ist förderlich für eine friedliche Entwicklung, sondern auch die Existenz von Firmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung kann einen positiven Einfluss auf einen Konflikt haben.

„Enlightened economic self-interest of firms can lead [business actors] to engage as corporate citizens working to help solve local problems, including the threats of violent conflict“ (DAC Guidelines 2001, 21)

Nur in der Executive Summary und in der Conclusio des Dokuments wird auf faire Marktwirtschaft hingewiesen:

“Enduring peace rests on fundamental principles of governance, human security, democracy, respect for the rule of law and human rights, gender equality and open and fair market economies.“ (DAC Guidelines 2001, 15)

Dieser Punkt sticht, zumal er nicht weiter erläutert wird, ins Auge: Faire Marktwirtschaft als ein Faktor für eine friedliche Gesellschaft zu nennen, ist für ein Dokument dieser Art zumindest untypisch. Obwohl eine genaue Betrachtung von dem wirtschaftlichen System der Marktwirtschaft den Rahmen dieser Arbeit um ein vielfaches sprengen würde, stellt sich die Frage was als „fair“ gewertet wird und wo auf der Welt ein solches wirtschaftliches System beispielsweise gegeben wäre. Auch gibt es viele Länder der Welt, wo ein nicht- marktwirtschaftliches System die Wirtschaft dominiert und eine sehr stabile und friedliche Gesellschaft vorhanden ist.

Als relativ untypisch ist der Punkt zu werten, in dem Gebern empfohlen wird, auf die Konfliktfaktoren „*grievance and greed*“ (DAC Guidelines 2001, 18) (Unzufriedenheit und Habgier) in sich anbahnenden Konflikten einzugehen, diese zu analysieren und zu „entwirren“.

Sicherheit

Die Sicherheit von Personen, des Landes, Vermögen und Besitz wird als wesentlicher Bestandteil von Konfliktprävention genannt. Die Schaffung oder Reform von allumfassenden und rechenschaftspflichtigen Sicherheitssystemen (Militär, Polizei, Gerichtsbarkeit, Gefängnisse, etc.) ist daher in der EZA ein sehr aktuelles Thema. Da mit Aktivitäten in diesem Bereich oftmals eine Stärkung des Staates einhergeht, sind demokratische Kontrollmechanismen und ein starkes Fokus auf Einhaltung der Menschenrechte unerlässlich um keine negative Entwicklung hervorzurufen.

“Insecurity limits the likelihood of reconciliation, undermines the legitimacy of the institutions of the state, and hampers possibilities for recovery and economic development.” (DAC Guidelines 2001, 37)

Um in einer kurzfristigen Perspektive das Aufflammen eines vorhergegangenen Konflikts zu verhindern, sind Demobilisierung von ehemaligen KombattantInnen und die Reintegration von im Krieg entwurzelten Menschen von großer Bedeutung. Dabei spielt nicht nur die Entwaffnung der vormaligen KombattantInnen eine wichtige Rolle, sondern auch die Gewährleistung deren Sicherheit gegen ungesetzmäßige Vergeltungsmaßnahmen. Eine Voraussetzung dafür, dass

KombattantInnen ihre Waffen abgeben, ist ein gewisses Grundvertrauen in das politische System und die gewährleistete Sicherheit. Aber auch weitere Faktoren einer gelungenen Reintegration werden angeführt: „*An overly technical approach to demobilisation and reintegration underplays the critical economic, social, political and psychological barriers to effective reinsertion.*“ (DAC Guidelines 2001, 41)

Nicht erfolgreich in die Gesellschaft reintegrierte KombattantInnen erliegen oftmals der Versuchung, sich ihren Lebensunterhalt durch illegale Aktivitäten zu verdienen, was den Friedensprozess gefährden kann.

Entminung und die Reduktion von in der Bevölkerung vorhandenen Kleinwaffen ist ein weiterer Sicherheitsaspekt, der friedensfördernd wirkt. Das Vorhandensein von Waffen an sich ist zwar keine Konfliktursache, doch eine Eskalationsspirale kann sich mit ihnen schneller zu drehen beginnen. Landminen verursachen Misstrauen und können als „*silent coercive tactics*“ (DAC Guidelines 2001, 42) (gemeint ist passive Unterdrückung oder Bestrafung) verwendet werden.

Regionale Kooperation

Ein weiterer Hauptpunkt der DAC Leitlinien sind grenzübergreifende und regionale Bindungen, die in jeden Konflikt vorhanden sind, auch wenn es sich um einen innerstaatlichen Konflikt handelt. Da viele Konflikte nur mit Einbeziehung ihres regionalen Kontextes zu lösen sind, müssen Ansätze der Konfliktprävention Kooperationen in diese Richtung fördern oder ins Leben rufen. Dies kann durch wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche oder ökologische Maßnahmen geschehen. Gleichzeitig können mit einer solchen Zusammenarbeit überregionale Probleme wie organisiertes Verbrechen und internationaler Drogen- und Waffenschmuggel bekämpft werden.¹⁸

Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung

Gerechtigkeit und Versöhnung stehen in einem problematischen Verhältnis zueinander, da Amnestien für Bevölkerungsgruppen aus dem Täter-Spektrum eine

¹⁸ Anm.: Organisiertes Verbrechen an sich ist für viele ExpertInnen der Region der Beweis für die Möglichkeit von interethnischen Kooperationen, selbst in Kriegszeiten. Es ist allgemein bekannt, dass am Balkan für die Abwicklung von Drogen-, Waffen- und Menschenhandel Angehörige aller vorhandenen ethnischen und nationalen Gruppen ausgezeichnet miteinander kooperieren.

Voraussetzung für Stabilität sein können. Auf der anderen Seite müssen Protagonisten des Krieges zur Rechenschaft gezogen werden, um Ressentiments im Opfer-Spektrum und ein mögliches Wiederaufflammen des Konflikts zu verhindern. Wahrheitskommissionen und zivile Projekte zur Versöhnung werden als Instrumente genannt. Da für den Anspruch der Gerechtigkeit die Geschehnisse der Vergangenheit dokumentiert werden müssen, sind Wahrheitskommissionen ein wichtiger Teil der Versöhnung. In Nachkriegsgesellschaften übliche Tendenzen zu Gewalt müssen unterbunden werden. Zu erwähnen ist auch die Kritik, welche an vergangenen Bemühungen der EZА in Nachkriegsgesellschaften geübt wird:

„Once the peace is deemed won, donors tend to focus their support more on the state, away from civil society“ (DAC Guidelines 2001, 20)

Bemühungen sollten marginalisierte Teile der Bevölkerung in den Friedensprozess einbinden und Frieden auf lokaler und informeller Ebene implementieren. Gemeint ist die Verbreiterung des Prozesses, welcher in der Bevölkerung und nicht innerhalb der Eliten stattfinden muss, um erfolgreich zu sein. *“There is a need to transform formal space in peace processes to allow informal groups to sit at the negotiating table.”*¹⁹ (DAC Guidelines 2001, 56)

Konfliktprävention im Gender- Zusammenhang

Extreme Gewalt gegen Frauen ist in jedem Krieg allgegenwärtig, Vergewaltigungen werden als taktisches Mittel der Kriegsführung angewendet, was bereits in der Resolution des UN Sicherheitsrats (UNSC) 1820 festgehalten und aufs schärfste verurteilt wurde.²⁰ Frauen in Konflikten ausschließlich als Opfergruppe wahrzunehmen, beraubt sie jedoch der Möglichkeit als aktive Gruppe in Konfliktprävention und Wiederaufbau aufzutreten.

“Their coping experiences during war provide them with specific perspectives and insights that should not be lost. Indeed, their voices and viewpoints regarding peace and security issues are essential to the peace and policymaking processes at all levels” (DAC Guidelines 2001, 54)

¹⁹ DAC Asia-Pacific Regional Consultation on Conflict, Peace and Development Co-operation, 2000. Aus: DAC Guidelines, Helping prevent violent Conflict

²⁰ <http://www.un.org/Docs/sc/> - Einige Kommentatoren interpretierten den Text der Resolution als Klassifizierung von Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen durch die UNO. Dies geschah de facto bereits 1996 durch Urteile des ICTFY.

Die gezielte Förderung von Frauen ist daher in allen Prozessen von äußerster Wichtigkeit, da sie oftmals im Zuge der Militarisierung und Maskulinisierung in der Konfliktsituation marginalisiert wurden und nicht am politischen Prozess beteiligt waren.

Frieden durch Demokratie

Für die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten maßgebend sind „*[...] Institutions capable of managing socio-political tensions and avoiding their escalation into violence.*“ (DAC Guidelines 2001, 85)

Ein demokratisches politisches System ist über geeignete Institutionen der Mitbestimmung imstande, einen wesentlichen Beitrag zu gewaltfreier Konfliktaustragung zu leisten. Eine große Anzahl an Konflikten dreht sich, besonders in der heutigen Zeit, um Selbstbestimmung und Anerkennung der eigenen Identität innerhalb eines Staates. Da die Positionen in Identitätskonflikte sehr unflexibel sind und wenig Verhandlungsspielraum bieten, muss ein Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Institutionen gelegt werden, welche vorhandene Konflikte in friedliche Bahnen lenken können. Doch auch wenn ein demokratisches System vorhanden ist, sind die konkreten Ausprägungen von großer Wichtigkeit:

“Where perceived imbalances in economic distribution coincide with identity differences, there tends to be heightened potential for conflict. Poorly designed democratic institutions often do not, or cannot, promote peaceful co-existence. Instead, they can inflame communal conflicts. In deeply divided societies, a combination of simple majoritarian political institutions and “winner take all” elections can often make things worse, especially if there is a rush to hold elections without leaving adequate time for political and procedural preparation.” (DAC Guidelines 2001, 56)

Ein demokratisches System muss daher 3 wesentliche Faktoren aufweisen können, um die friedensfördernde Funktion ausüben zu können:

- 1) ernstzunehmende politische Konkurrenz um die Macht
- 2) Freie Wahlen ohne Einschränkungen
- 3) Zivile und politische Freiheiten der Gesellschaft

Strukturelle Stabilität

Allgemeine strukturelle Stabilität wird als wichtiger Beitrag zu einer Entwicklung in Richtung eines nachhaltigen Friedens angesprochen. Es wird davon ausgegangen, dass sie nicht nur durch die Existenz einer Demokratie, sondern auch durch die sich gegenseitig verstärkenden Faktoren des sozialen Friedens, der Herrschaft des Rechts, Respektierung von Menschenrechten und sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hergestellt werden kann und durch dynamische politische Strukturen, welche verantwortungsvolle Sicherheitssysteme und Mechanismen zur friedlichen Streitbeilegung beinhalten, unterstützt wird. Die Inklusion von Minderheiten und marginalisierten Gruppen ist zu beachten. Zu dieser Thematik gehört auch die Wichtigkeit von politischen Parteien als Teil des politischen Prozesses auf dem Weg von Krieg zu Frieden.

Partnerschaft für den Frieden

Für das Entstehen von Frieden ist der Zusammenhalt zwischen einer legitimen Staatsautorität und einer aktiven Zivilgesellschaft von großer Wichtigkeit. Externe Partner können hier gemäß den DAC- Leitlinien eine positive Rolle spielen. Viele Staaten sind mit einer Legitimitätskrise konfrontiert. Diese äußert sich oft in einer repressiven Haltung gegenüber Teilen der Bevölkerung und in der Tendenz zum Anfachen von Konflikten. Der Staat nimmt somit seine ursprünglich wichtigste Funktion nicht mehr wahr, nämlich den Schutz der StaatsbürgerInnen.

Durch einen bewaffneten Konflikt verursachter „brain-drain“ (Auswanderung von gebildeten Personen) kann sich auch nach Beendigung des Konflikts auf die Qualität der Regierung auswirken.

Kommunikation wird als einer der wichtigsten Faktoren in der Arbeit zur Vorbeugung bewaffneter Konflikte genannt. Sie ist ein Schlüsselfaktor im Abbauen von Missgunst und gegenseitigen Anschuldigungen. „*Local tensions and localised communal violence are often as much the result of misinformation and misunderstanding as of real conflicting interests. Local channels of communication and access to information on events in the wider society can help prevent these from escalating towards violence.*“ (DAC Guidelines 2001, 123)

Die Unterstützung von unparteiischen Medien wird hier betont, da sie Kommunikationskanäle zwischen Konfliktparteien offen halten können und

Standpunkte der jeweils anderen Seite vermitteln können. „*The media and information providers have a unique capacity to reach and influence populations in conflict-prone conditions [...]*“ (DAC Guidelines 2001, 123)

Multikulturalismus und Pluralismus sollen mit der Förderung von interethnischen Aktivitäten gestärkt werden. Das dahinter stehende Argument ist, dass Interdependenzen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen Polarisierungen vorbeugen und ein konfliktives Gewinner-Verlierer Schema verhindern können.

III. Zusammenfassung

Im Folgenden wurde, für die Operationalisierung der Gegenüberstellung der praktischen Annahmen mit den sozialwissenschaftlichen Theorien, eine geraffte, vereinfachte Auflistung von Faktoren geschaffen, welche, gemäß den DAC-Leitlinien, friedenssichernd wirken sollten:

Ökonomisch

- 1) Arbeit und Einkommen, da
 - a) so kein wirtschaftliches Interesse an Konflikten entsteht und soziale Stabilität gewährleistet ist,
 - b) dies ein wesentlicher Faktor bei der Reintegration von Ex- KombattantInnen ist (ökonomisch und psychologisch), und
 - c) die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber arbeitenden Flüchtlingen oder Ex- KombattantInnen höher ist, was wiederum hilft Konflikte zu vermeiden
- 2) Relativ gleiche Verteilung von Wohlstand und Ressourcen
- 3) Verantwortungsvolle Unternehmen und faire Marktwirtschaft

Staatlich

- 4) Demokratie mit funktionierenden Institutionen zur Konfliktbearbeitung
- 5) Allumfassende Sicherheit und strukturelle Stabilität
- 6) Zusammenhalt zwischen einer legitimen Staatsautorität und einer aktiven Zivilgesellschaft
- 7) Berücksichtigung von grenzübergreifenden und regionalen Bindungen von Bevölkerungsgruppen

Gesellschaftlich

- 8) Keine, oder flexible Einteilung einer Gesellschaft mit entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten. Keine abgegrenzten Eliten, an deren Kreis sich zu beteiligen unmöglich ist
- 9) Geringe Bevölkerungsdichte
- 10) Gerechtigkeit und Versöhnung im Zusammenhang mit konfliktträchtiger Geschichte auch auf lokaler und informeller Ebene
- 11) Kommunikation als Instrument der Informationsvermittlung
- 12) Demobilisierung und Reintegration nach einem bewaffneten Konflikt
 - a) Ökonomische und
 - b) Psychische Komponente
- 13) Reduktion von (Klein-) Waffen in der Bevölkerung und Entminung
- 14) Arbeit mit Unzufriedenheit und Habgier
- 15) Förderung von Multikulturalismus und Pluralismus mit Rücksichtnahme auf gruppendifferenzielle Prozesse
- 16) Partizipation von Frauen als gesellschaftliche Gruppe

Um die Anknüpfungspunkte an die wissenschaftliche Theorie noch besser herstellen zu können, müssen diese positiven Aspekte ins Gegenteil verdreht werden, um eine Auflistung jener Faktoren zu bekommen, die für das mögliche Ausbrechen von Konflikten ausschlaggebend sind. Gleichzeitig hilft diese Umkehr, ähnlich des mathematischen „die Probe machen“, zu verdeutlichen, welchen Gehalt die jeweiligen Aussagen des DAC in Bezug auf das Identifizieren von verschiedenen Konfliktfaktoren haben.

„In Larger Freedom“

In den Leitlinien zu „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ der OEZA wird an zwei verschiedenen Stellen der Bericht des ehemaligen UN Generalsekretärs Kofi Annan „In Larger Freedom“ von 2005 zitiert. Da dieses Dokument offensichtlich einen programmatischen Einfluss auf die Annahmen und Aktionen der OEZA hat, wird es als eine der theoretischen Quellen der Entwicklungszusammenarbeit angesehen.

„In Larger Freedom“²¹, der Bericht des UN- Generalsekretärs aus dem Jahr 2005, in welchem jener Bezug auf den Fortschritt der angestrebten Millennium Development Goals (MDGs) nimmt, unterstreicht die Notwendigkeit von allumfassenden, sich gegenseitig ergänzenden Politiken für eine bessere Welt, was dem holistischen Ansatz der OEZA entspricht. Konfliktprävention wird in Kapitel II. „Freedom of Fear“ direkt angesprochen.

In der Auflistung der Bereiche, deren Förderung einer Vorbeugung von gewaltsaufwendigen Konflikten („deadly conflict“) dient, werden folgende genannt:

„[...] combating poverty and promoting sustainable development; through strengthening national capacities to manage conflict, promoting democracy and the rule of law, and curbing the flow of small arms and light weapons; to directing preventive operational activities, such as the use of good offices, Security Council missions and preventive deployments.“ (Annan 2005, Abs. 6)

Die Liste der Konfliktursachen, wenn die empfohlenen Maßnahmen ins Gegenteil umgekehrt werden lautet demnach:

- 1) Armut
- 2) Fehlende nationale Kapazitäten um Konflikte zu „verwalten“
- 3) Demokratische Defizite
- 4) Fehlende Rechtsstaatlichkeit
- 5) Hoher Umlauf von leichten Waffen und Handfeuerwaffen
- 6) Ausbleiben von präventiven operationalen Aktivitäten

²¹ <http://www.un.org/largerfreedom/chap3.htm>

- 7) Ausbleiben von Friedensmissionen durch den Sicherheitsrat, Arbeit der „good offices“, (womit der Einfluss des UN-Generalsekretärs als potentieller Mediator gemeint ist) und präventive Truppenstationierung

Weitere Hauptpunkte des Berichts sind in punkto Friedenssicherung und Konfliktprävention hauptsächlich auf die Vereinten Nationen und militärische Einsätze bezogen und daher für das Feld der internationalen Entwicklung nicht erheblich.

E. Synthese

„*Synthese, die; 1. (Philos.) a) Vereinigung verschiedener (gegensätzlicher) geistiger Elemente, von These und Antithese zu einem neuen (höheren) Ganzen; b) Verfahren, von elementaren zu komplexen Begriffen zu gelangen.*“

(Duden 2000, 971)

Nach der Darlegung einer Vielzahl an wissenschaftlichen Theorien, politikwissenschaftlich, soziologisch und psychologisch, und Analyse der wichtigsten Grundlagenpapiere der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit kann in diesem Kapitel die Synthese aus dem Theorieteil und den Annahmen der OEZA erfolgen. Die jeweiligen Grundaussagen aus beiden Teilen werden im Folgenden thematisch zusammengefasst gegenübergestellt, Übereinstimmungen, Widersprüche und fehlende Theoriestränge werden hier ausgemacht und diskutiert.

I. Allgemeine Feststellungen

Zum Ansatz der OEZA

Der holistische Ansatz der OEZA ist wohl das einzige, was der enormen Komplexität der Frage nach Krieg und Frieden, der Vermeidung des Einen und Herstellung des Anderen, Rechnung tragen kann. Alle Ansichten, Ideen und Theorien, welche nur ein oder zwei Faktoren für Konflikt und Gewalt als wichtig erachten, sollten mit großer Vorsicht genossen werden. Obwohl einzelne Theorien mit bestechlicher Präzision und Logik ihren Bereich des Phänomens beschreiben, bedarf es oftmals einer Erweiterung des Denkens um sich ansatzweise der Wahrheit anzunähern.

Das Problem, das mit der begrifflichen Erweiterung, von „Frieden“, „Konflikt“ u. s. w. einhergeht, wird von Dirk Auer, unter Verwendung eines Gedanken von dem Hegemonietheoretiker Ernesto Laclau, erläutert: „*Wenn ich z.B. die Bedeutung von „Demokratie“ bestimmen will, kann ich versuchen, diesen Begriff durch eine Aufzählung von Eigenschaften zu definieren: Grundrechte, Mitbestimmung, Pressefreiheit etc. Je länger jedoch diese Liste wird, desto unklarer wird, was „Demokratie“ eigentlich noch bezeichnen soll. Laclau spricht hier von einer*

„Zerstörung von Sinn gerade durch dessen Vermehrung.“ (Auer 2005, in: Bonacker 2005, 250-251)

Die Notwendigkeit von Konflikten

Was in einer Gegenüberstellung von OEZA Annahmen und der wissenschaftlichen Theorie zuallererst in Auge sticht, ist die Betonung der Notwendigkeit von Konflikten in der Theorie. Gesellschaftlicher Wandel, Weiterentwicklung und Schaffung von positiven Rahmenbedingungen haben Konflikte als Ausgangspunkt. Eine konfliktfreie Gesellschaft kann nur eine sein, in der Konflikte gewaltsam unterdrückt werden. Einzig die marxistische Lehre geht von einem möglichen zukünftigen Zustand der Konfliktfreiheit aus. Die Diskrepanz zwischen OEZA und Theorie ist zu einem großen Teil auf definitorische Unschärfe zurückzuführen, da die OEZA mit dem Wort „Konflikt“ mehr Gewalt und Krieg impliziert, als dies die Sozialwissenschaften tun. Die OEZA plädiert kaum für eine zwanghafte Unterdrückung von Konflikten, sondern für deren friedliche Lösung und Bearbeitung. Nichtsdestotrotz ist der Gedanke der Notwendigkeit interessant und wichtig im Hinterkopf zu behalten.

Fußabdruck der Gesellschaft

Unterschiedliche AutorInnen betonen, dass ein Konflikt ein „Fußabdruck“ der jeweiligen Gesellschaft ist, in der dieser stattfindet (s. Clausewitz S. 19, oder Simmel S. 24). Konflikte, auch gewaltsame, sind ein Spiegelbild von Entwicklung, psychischer Konstitution eines Großteils der Bevölkerung, Geschichte, Traditionen, Religion, etc. Es gilt daher zu beachten: Klassifizierungen und Verallgemeinerungen sind notwendig um Aussagen treffen zu können, Probleme erfassen zu können und programmatisch aktiv zu werden. Doch jeder Konflikt ist anders, da jede Gesellschaft eine andere ist. Auf der anderen Seite können mit profunder Kenntnis einer Gesellschaft, gewisse Ausprägungen eines Konflikts und seine Austragung erahnt und somit richtig verarbeitet werden.

II. Verortung spezifischer Annahmen zu Konflikten in der Theorie

Im folgenden Teil werden die konkreten Annahmen sowohl von OEZA als auch des DAC, mit der Theorie verknüpft. Da die Annahmen von OEZA und DAC sich zu einem Großteil überschneiden, wird nur darauf hingewiesen, wenn eine Annahme lediglich auf einer Seite getroffen wurde. Die grundsätzlichen Aussagen des Berichts des UN-Generalsekretärs „In Larger Freedom“ sind gänzlich in jenen des DAC enthalten und werden daher nicht gesondert bearbeitet.

Relative und absolute Armut und der Zugang zu Ressourcen

Armut und mangelnder Zugang zu Ressourcen wird sowohl von der OEZA als auch von dem DAC an oberster Stelle erwähnt. Es wird angenommen, dass Menschen denen es an den elementarsten Dingen des Lebens mangelt erstens Gewalt als eine Möglichkeit sehen können, ihre eigene Situation zu verbessern und zweitens, Unsicherheit und Verwundbarkeit mit sich tragen, welche sich reaktiv als Gewalt entladen kann (s. Kapitel „Aggression“ S. 63). Diese Annahmen sind am besten mit den ökonomischen Theorien des Marxismus, den Theorien nach Alexis de Tocqueville und Max Weber (s. S. 21- 23) zu verknüpfen, die Ungerechtigkeit und Ungleichheit als eine grundlegende Ursache sehen; mit Dieter Senghaas (s. S. 35-36), welcher soziale Gerechtigkeit hervorhebt und mit den Theoretikern des (Neo-) Realismus (s. S. 18- 20), welche rationale Motive hinter gewalttamen Handlungen erahnen. Etwas abstrakter steht die Desintegrationstheorie (s. S. 43- 47) mit Armut und Ressourcen in Zusammenhang, da diese von einem mangelnden Zugang zu diversen „Märkten“ spricht. Damit sind u.a. Arbeits-, und Wohnungsmärkte gemeint. Hier ist Armut und Ungleichheit insofern ein wichtiger Konfliktfaktor, als dass diese Phänomene eine Desintegrationserfahrung auf sozistruktureller Ebene darstellen, was wiederum antisoziale Handlungen und das Festlegen einer „schuldigen“ Gruppe hervorrufen kann. Letztgenannter, psychischer Mechanismus wird von Stavros Mentzos ausgeführt und bestätigt (s. S. 57). Zuletzt ist die Theorie der Soziobiologie zu nennen, in welcher darauf hingewiesen wird, dass Gewalt statistisch gesehen, zu einem großen Teil aufgrund von Ressourcen verübt wird (s. S. 54).

Offen bleibt, ob relative Armut, also in Relation zu anderen Bevölkerungsschichten, oder absolute Armut, gemessen an einer objektivierbaren Bedürfnispyramide, der

relevante Konfliktfaktor ist. OEZA und DAC nennen beides. In der wissenschaftlichen Debatte wird die relative Armut hervorgehoben, also Ungleichheit und sozial Ungerechtigkeit. Auch die marxistische Theorie bezieht sich auf den Antagonismus zwischen Proletariat und Kapitalist, also nicht auf objektive Armut. „*Es [das Kapital] hat nicht nur den fremden Reichtum und die eigene Armut produziert, sondern auch das Verhältnis dieses Reichtums als sich auf sich selbst beziehenden Reichtum zu ihm als der Armut, durch deren Konsum es neue Lebensgeister in sich zieht und sich von neuem verwertet.*“ (Marx 1974, 356) Es stellt sich daher die Frage, ob Armut pauschal als Konfliktfaktor zu werten ist oder ob lediglich ungleiche Verteilung, also wenn Armut neben Reichtum existiert, zu Konflikten führt. Obwohl die theoretischen Grundlagen zeigen, dass lediglich relative Armut problematisch ist, muss hinzugefügt werden, dass diese Frage in der Praxis rein akademischer Natur ist. Während das Ausmaß an Ungleichheit stark variieren kann und zu beachten ist, wird es schwierig sein eine Gesellschaft zu finden, in der diese nicht besteht. Vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt in der Informationen schnell und weltumspannend verfügbar sind, kann zudem postuliert werden, dass absolute Armut ein irrelevanter Begriff geworden ist.

Demokratie, politische Partizipationsmöglichkeiten und politische Ungerechtigkeit

Demokratie und politische Mitbestimmung als konfliktverhütender Faktor ist eine klassische Annahme, nicht nur von der Entwicklungszusammenarbeit. Studien zeigen, dass Staaten mit demokratischen Systemen signifikant weniger kriegerische Handlungen gegeneinander vollziehen. Innenpolitisch beruht die Annahme darauf, dass Menschen ihre Meinungsverschiedenheiten in einem von allen Seiten akzeptierten, friedlichen Wettstreit um die politische Macht austragen können. Dies schließt mit ein, dass jene Partei, welche den Staat (zu einem gegebenen Zeitpunkt) repräsentiert und die Macht seiner Apparate innehaltet, als legitim angesehen wird.

Die Idee der Legitimität des Staates als wichtiger Faktor für Frieden findet sich bereits bei dem Gesellschaftsvertrag Realisten Thomas Hobbes (s. S. 19) und ausführlich bei Max Weber. Ralf Dahrendorf bezieht sich explizit auf Ausschluss von politischer Partizipation als primäre Konfliktursache (s. S. 23). Tocqueville sieht in der geistigen Gleichheit, welche die Menschen in einer Demokratie erfahren, die Basis für eine friedliche Gesellschaft (s. S. 32), und auch in der Zivilisierungstheorie

nach Senghaas ist Demokratie und Mitbestimmung zentral (s. S. 36). Die Anerkennungstheorie, bei der es primär um Ungerechtigkeitserfahrungen geht, nennt „Anerkennung als Staatsbürger“ als Faktor, der zu Selbstschätzung und somit weg von offensivem Verhalten führt (s. S. 39- 40). Die Prinzipien einer demokratischen Kultur stehen bei der Desintegrationstheorie u.a. im Vordergrund (s. S. 43- 44), da diese die Grundlage für eine nicht persönliche Integrität verletzende Konfliktaustragung ist. Dass demokratische Kultur und eine formelle Demokratie nicht dasselbe sind, muss betont werden, doch geht das DAC in seiner Darlegung darauf in Punkt vier (s. S. 92) explizit ein.

Rechtsstaatlichkeit

Die OEZA erwähnt Rechtsstaatlichkeit explizit, in den Dokumenten de DAC kommt diese eher implizit vor, indem dieses von „Institutionen zur Konfliktbearbeitung“ und von „Ungerechtigkeiten nach einem Konflikt“ schreibt. Rechtsstaatlichkeit ist für Konfliktmanagement, so die weitverbreitete Meinung, ein sehr wichtiger Mechanismus. Obwohl Institutionalismus genaugenommen zu den internationalen politischen Theorien gehört, sind Gerichte dennoch eine geradezu idealtypische Einrichtung im Sinne des Institutionalismus, da einem anerkannten Gericht die Einigung auf gemeinsame Regeln zugrunde liegt (s. S. 34). Aufgrund dieser Regeln kann eine Entscheidung getroffen werden.

Vertreter des Institutionalismus sprechen naturgemäß von der Notwendigkeit von gemeinsamen Regeln und Normen, die zu einer sog. regulierten, also gewaltfreien, Konfliktaustragung führen können. Aber auch viele andere TheoretikerInnen gehen implizit auf Rechtsstaatlichkeit als wichtiges Instrument ein. Ralf Dahrendorf spricht von der institutionellen Kanalisierung als Konfliktregulierungsmechanismus (s. S. 24) während die Desintegrationstheorie uns lehrt, dass die institutionelle Austragung eines Konfliktes eine Verletzung von persönlicher Integrität vermeiden kann (s. S. 44).

Abgesehen von der institutionalistischen Perspektive beinhaltet Rechtsstaatlichkeit, im Sinne von der Vertragstheorie nach Thomas Hobbes, auch ein realistisches Element. Rechtsstaatlichkeit basiert unter anderem darauf, dass Menschen ihre Fähigkeit, einen Konflikt gewaltsam auszutragen, sozusagen bei der Justiz abgeben und dieser die Entscheidung über gewaltsame Handlungen überlassen. Dies

erinnert stark an den Gesellschaftsvertrag von Hobbes, bei dem der einzelne Bürger seine Gewalt dem Staate überschreibt, was schlussendlich zum Gewaltmonopol des Staates führt. Rechtsstaatlichkeit kann als eine Mischung aus realistischer und institutionalistischer Herangehensweise betrachtet werden. Rechtstaatlichkeit wird auch in der Zivilisierungstheorie nach Senghaas explizit und gemeinsam mit dem Gewaltmonopol des Staates genannt (s. S. 36); beide gemeinsam sind eine von 6 Eckpunkten des „zivilisatorischen Hexagon“.

Ganz explizit wird Rechtsstaatlichkeit weiter bei Simmel und durch den zivilgesellschaftlichen Republikanismus erörtert. Georg Simmel sieht den objektivierten Rechtsstreit und die dafür notwendige völlige Unterwerfung unter eine Rechtsordnung, was für den zivilgesellschaftlichen Republikanismus sehr zentral ist, als die erstrebenswerteste Form der Konfliktaustragung an (s. S. 28 und S. 38). Alexis Tocqueville beschrieb den Rechtsstaat und die Justiz als wirksamstes Instrument, um die Demokratie vor ihren eigenen Auswüchsen, gemeint die Diktatur der Mehrheit, zu schützen. Sein Ansatz zeichnet ein schönes Bild von einer erstrebenswerten Gesellschaft im holistischen Sinn der OEZA: Demokratie, Rechtsstaat, Dezentralisierung, demokratische Gesellschaftskultur und Frieden bedingen sich bei ihm gegenseitig.

Durch eine Theorie erfährt der Rechtstaat jedoch eine Einschränkung: Die Konflikttheorie der autopoietischen Systemtheorie betont, dass die infrage kommende Konfliktmaterie auch rechtstauglich sein muss. Werte- oder Religionskonflikte sind laut APS nicht für die Recht/Unrecht-Logik des Rechts tauglich. Diese Feststellung könnte dazu anregen, auch andere Formen der Kanalisierung von Konflikten in Betracht zu ziehen, die nicht unbedingt die (europäische?) Form des Rechtsstaats und der Gerichtsbarkeit repräsentieren.

Menschenrechtsverletzungen und Unsicherheit

Menschenrechtsverletzungen, welche zu Unsicherheit führen, werden von der OEZA als weitere Konfliktursache angeführt. Zuallererst muss hier eine Einschränkung der Interpretation von Menschenrechten gemacht werden: Würden die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN Generalversammlung vom Dezember 1948 als Grundlage dienen, so wäre es unmöglich einen einzigen Staat

ausfindig zu machen, in dem es zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt. Von „vernünftiger“ Begrenzung der Arbeitszeit über den freien Hochschulzugang und der Gleichberechtigung von Mann und Frau, bis hin zum Recht auf die volle Entfaltung der eignen Persönlichkeit ist in der Erklärung einiges enthalten, das wohl in der einen oder anderen Form in keinem Land der Welt vollends garantiert ist. Besonders markant ist diesbezüglich jedoch Artikel 23:

- „1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.*
- 2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.*
- 3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.*
- 4. Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.“²²*

Spätestens hier wird deutlich, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ein im höchsten Maße normatives Dokument ist, das, wenn man es wörtlich nimmt, eine geradezu utopische Gesellschaft, oder zumindest eine mit einem völlig anderen Wirtschaftssystem als dem derzeitigen, beschreibt. Es ist daher naheliegend, dass mit Menschenrechtsverletzungen v.a. die ersten Artikel der Erklärung gemeint sind: Willkürliche Verhaftungen und Freiheitsberaubung, Zensur der Medien, Einschränkung der Meinungsfreiheit und anderer Freiheitsrechten, Folter und Mord.

Das Thema Menschenrechtsverletzungen im Hinblick auf Unsicherheit ist in der analysierten theoretisch-wissenschaftliche Landschaft relativ spärlich vertreten. Grundlegende Überlegungen zu Minderheitenschutz und Gerechtigkeit in einer Gesellschaft finden sich bei Tocqueville (s. S. 31-33). Seine Ausführungen könnten als Argument für die OEZA und DAC Annahmen herhalten, obwohl dieser, mangels vorhandener Begrifflichkeiten, nicht von Menschenrechten spricht. Die Anerkennungstheorie hingegen liefert eine gute Verbindung zwischen EZA Annahmen und Theorie. Die subjektiv erfahrbaren, täglichen Missachtungs- und Unrechtserfahrungen von Menschen stehen im Vordergrund, was der

²² <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html>

Unsicherheitsdebatte bereits sehr nahe kommt. Alle drei Formen der Missachtung bei Honneth können auf Menschenrechtsverletzungen umgelegt werden (s. S. 39-40). Auch die Desintegrationstheorie liefert vergleichbar gute wissenschaftliche Grundlagen für die Annahme, dass Menschenrechtsverletzungen ein konfliktives Potential bis hin zu bewaffnetem Konflikt bieten können (s. S. 43- 45). Somit hat auch dieser Punkt der OEZA- und DAC- Annahmen seine theoretischen Grundlagen gefunden.

Integration nach Kriegen und Kleinwaffen

In vielen Dokumenten von verschiedensten Organisationen wird von der großen Notwendigkeit nach Reintegration von ehemaligen KombattantInnen nach einem bewaffneten Konflikt gesprochen. Die Reduktion von in der Bevölkerung vorhandenen Waffen, v.a. Hand- und Faustfeuerwaffen, ist vor allem nach einem bewaffneten Konflikt ein zentrales Thema.

Theoretisch gibt es hierfür wenige Grundlagen. Dass das Vorhandensein eines vergangenen Konfliktes zu einem nächsten führen könnte, ist aus den meisten Ausführungen nicht herauszulesen. Ein möglicher, indirekter, Verknüpfungspunkt ist jener des Gewaltmonopols. Die Psyche von KombattantInnen ist, so kann argumentiert werden, davon geprägt, dass der Staat sein Gewaltmonopol an einen großen Teil seiner BürgerInnen ausgeweitet hat, sprich einem großen Teil der Gesellschaft das persönliche Ausüben von Gewalt erlaubt hat. Im Fall von Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten in fragilen oder gescheiterten Staaten, ist das staatliche Gewaltmonopol gar nicht (mehr) vorhanden. Die Reintegration von ehemaligen KombattantInnen (in das Gewaltmonopol des Staates) als konfliktpräventive Maßnahme kann demnach bei Hobbes und anderen realistischen VerfechterInnen des starken Staates verortet werden.

Ein anderes Argument wiederum geht auf die Anerkennungstheorie zurück: Unter der Annahme, dass ehemalige KombattantInnen in der zivilen Gesellschaft mit Misstrauen beäugt werden, da sie möglicherweise verdächtigt werden, gesellschaftlich nicht akzeptierte Handlungen vollzogen zu haben oder ganz allgemein als „verroht“ gelten, greifen die Darstellungen der Anerkennungstheorie bezüglich sozialer und emotionaler Integrität (s. S. 39- 40).

Einen Hinweis zur Dynamik bezüglich ehemaligen KombattantInnen gibt auch die Konflikttheorie der autopoietischen Systemtheorie: In dem hochintegrierten

Sozialsystem „Konflikt“ können sich Individuen laut ihr, sich selbst so intensiv im Kontext des Konflikts wahrnehmen, dass ein Gefühl des Verlustes und der Leere eintritt, sobald dieser verschwunden ist (s. S. 42). An diesem Punkt wird die Materie zusehends psychologisch und kann durch klassische Politikwissenschaft nicht mehr ausreichend erklärt werden.

Das pure Vorhandensein von Kleinwaffen alleine ist wohl noch keine Ursache von bewaffneten Konflikten und Krieg. Doch ist es einleuchtend, dass sich eine Konfliktspirale schneller drehen kann, wenn im Falle von anderen, wahren Konfliktursachen Waffen vorhanden sind, mit denen viele Menschen in kurzer Zeit schwer verletzt und getötet werden können. Die Logik, dass es keinen Konflikt gibt, wenn keine Waffen dafür vorhanden sind, greift einigermaßen kurz und ist daher in der untersuchten wissenschaftlichen Literatur nicht vorhanden.

Mangelnde Kommunikation und Information

Kommunikation und Information verdienen die allergrößte Aufmerksamkeit bei der Beschäftigung mit Konflikten. Im Gegensatz zur OEZA erwähnt das DAC Kommunikation explizit als wichtigen konfliktpräventiven Faktor und greift damit auf eine Vielzahl an wissenschaftlichen Überlegungen zurück.

Wie schon im ersten Teil der Arbeit vermerkt, ist bereits eine der besten Definitionen von Konflikt ein eindeutiger Hinweis auf den kommunikativen Charakter von Konflikten (s. S. 7). In den Konzepten der Krisenprävention und der Mediation nimmt Kommunikation ebenfalls eine entscheidende Rolle ein (s. S. 14-16).

Carl von Clausewitz schrieb im Grunde genommen bereits im 19. Jahrhundert über mangelnde Kommunikation und Information, welche zu Unsicherheit und gegenseitigem Aufrüsten führt. Schlussendlich treibt die mangelnde Information beide Kriegsparteien dazu, zum „Äußersten“ zu gehen, also das Maximum an Vernichtung und Zerstörung über den Feind zu bringen, da die Unsicherheit besteht, ob dieser nicht dasselbe tun würde (s. S. 20).

Am zentralsten ist Kommunikation allerdings in der autopoietischen Systemtheorie. Soziale Systeme bestehen demnach aus Kommunikation und so basieren auch Konflikte auf Kommunikation. Es entstehen durch die Gegnerschaft (negative)

Erwartungen an das Gegenüber, was die Konflikte daran hindert, abzukühlen; die Streitparteien sehen einander und sich selbst immer stärker und immer ausschließlicher im Kontext des Konflikts (s. S. 41- 42), während rationale Motive zusehends in den Hintergrund geraten.

Die Theorie sozialer Identität, die „Social Identity Theory“ (S.I.T.), mit ihrer Kontakthypothese ist ebenfalls wichtig zu erwähnen, wenn es um Kommunikation als Konfliktprävention geht. Diese Theorie, welche sich sehr akkurat mit Prozessen innerhalb und zwischen Gruppen beschäftigt, beschreibt „Kontakt“, es könnte auch Kommunikation dazu gesagt werden, als einen Faktor der das Konfliktpotential zwischen Gruppen verringert. Dies ist jedoch nur der Fall, wenn gewisse Kontextfaktoren, d.h. gleicher Status der beiden Gruppen, Unterstützung durch soziale Normen und ein kooperatives Element, gegeben sind (s. S. 47- 49).

Einerseits unterstützt die S.I.T. das Postulat, dass Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Gruppen das Konfliktpotential verringert. Andererseits sind die genannten Kontextfaktoren eine sehr wichtige Einschränkung die zeigen, dass bei dem Kontakt, der gefördert werden kann, Vorsicht geboten ist. Wenn die genannten Kontextfaktoren nicht gegeben- oder gar ins Gegenteil verkehrt sind, könnte der Kontakt sogar negative Auswirkungen haben. Hier muss auf Projektebene mit Bedacht agiert werden. (s. u.)

Multikulturalismus und Pluralismus

Bei Punkt 15 des DAC, „Förderung von Multikulturalismus und Pluralismus“ (s. S. 89), ist abermals die Theorie sozialer Identität anzuführen. Förderung von Multikulturalismus und damit den Kontakt zwischen Kulturen zu fördern und gleichzeitig die Gleichberechtigung und den Respekt zwischen unterschiedlichen Kulturen hervorzuheben, entspricht jenem Ansatz, den die S.I.T. als konfliktvermeidend ansieht.

Mit der Förderung von Multikulturalismus meint das DAC wohl kaum die Förderung der Tatsache, dass unterschiedlichen Kulturen zusammenleben, sondern die Förderung des Respekts und des Verständnisses jener Kulturen, die bereits zusammen oder nebeneinander leben. Es lässt sich darüber hinaus jedoch argumentieren, so absurd dies auch scheinen mag, dass das (absichtliche) Mischen

von Kulturen ein konfliktpräventiver Akt sein könnte: Klaus Theweleit hat zu diesem Thema einen hochinteressanten Buchbeitrag verfasst, der leider nicht als wissenschaftliche Lektüre zu werten ist. An dieser Stelle sollen seine Ideen trotzdem angeführt werden, nichts als wissenschaftliche Untersuchungen, sondern im Sinne einer Gedankenanregung. Theweleit argumentiert in seinem Beitrag in dem Sammelband „Krieg an den Rändern“, dass gerade jene Orte, in denen viele verschiedene Ethnien, Kulturen und Religionen vorkommen, die friedlichsten sind. „Überall, ganz gleich wo auf der Welt, sieht man die öffentliche Gewalt und Kriegsbereitschaft zurückgehen, wo verschiedene Bevölkerungen und Lebensweisen sich mischen.“ (Theweleit 2005, 45) Diese Argumentation geht jener oft gehörten Warnung diametral entgegen, die von dem Konfliktpotential von Multikulturalismus spricht. Theweleit gibt einige Beispiele für friedliches Zusammenleben, wie Sarajewo oder Cordoba um 1200 n.Chr. In allen Beispielen geht die Gewalt von Minderheiten aus, die von außen in die multikulturelle Gesellschaft hineinkamen. Im Balkankrieg 1992-1995 waren es die Truppen aus den ethnisch einheitlichen Landesteilen, die Sarajewo, das Wahrzeichen des friedlichen Zusammenlebens in kultureller Vielfalt (das „Jerusalem Europas“), zerschossen haben und in Cordoba lebten Christen und Moslems friedlich zusammen bis radikale Minderheiten auf beiden Seiten den Konflikt suchten. Erst im laufenden bewaffneten Konflikt komme es zu einer Entmischung, so Theweleit. „Soweit ich sehe, sind so ziemlich alle bedeutenden Entmischungen während der Kriege [...] nach Zügen dieses Modells abgelaufen. Künstliche Ethnisierung, künstliche Re-Religionisierung, Bewaffnung der verschiedenen Seiten mit dem Ziel bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen (bzw. Bekämpfung eines äußeren Gegners).“ (Theweleit 2005, 43)

Gemäß Theweleit ist daher, im Hinblick auf interethnische Kriegsbereitschaft, religiöse und ethnische Vielfalt ein präventiver Faktor. Nicht nur der Umgang mit multikultureller Vielfalt.

Zu guter Letzt muss bezüglich „Multikulturalismus“ gesagt werden, dass der Begriff immer öfter mit Kritik konfrontiert ist, da er eine Reduktion von Menschen auf ihre Kultur fördern kann. Wenn landläufig von „Multikulti“ auch in durchaus positiver Weise gesprochen wird, so teilt dieser Begriff Menschen in ihre jeweiligen Kulturen ein und übersieht möglicherweise viel wichtigere Zugehörigkeiten und

gesellschaftliche Faktoren wie Bildungsniveau, Schicht oder Klasse, Sozialisierung, Subkultur, etc. Zum anderen impliziert Multikulturalismus einen sehr starren Kulturbegriff, der die Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen als grundlegend und unveränderbar darstellt. Daher könnte es nützlich sein, die Verwendung des Begriffs zu überdenken.

Bevölkerungsdichte

Zum Anstieg der Bevölkerungsdichte und einem damit verbundenen Konfliktrisiko, wie in den Ausführungen des DAC beschrieben, war in der untersuchten Literatur nicht die Rede. Sehr wohl aber gibt es die prominente Theorie des „Youth Bulge“ (vgl.: Heinsohn 2003 aber auch schon Bouthoul 1972) die besagt, dass ein überproportionaler Anteil an jungen Männern im Alter von 16-30, die Konflikt- und Kriegsbereitschaft einer Gesellschaft ansteigen lässt. Gemäß einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung von 2006, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen hohem Jugendanteil und Konfliktgefahr, wobei sich diese Tendenz bei einem extrem hohen Jugendanteil wieder umkehrt. Im deutschsprachigen Raum wurde diese Theorie, und Demographie allgemein, teilweise nicht gerne diskutiert, da sie an Teile der nationalsozialistischen Weltanschauung („Volk ohne Raum“) erinnerten. (Kröhnert 2006) Es muss einschränkend hinzugefügt werden, dass die „Youth Bulge“-Theorie jedoch nur in Zusammenhang mit anderen Frustrationsfaktoren wie mangelnder Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes schlagend wird.

Von Bevölkerungsdichte ist in diesem Theoriekomplex allerdings nicht die Rede. Es kann jedoch angenommen werden, dass ein sprunghafter Anstieg der Bevölkerungsdichte logischerweise zu einer Verknappung von Ressourcen und zu einem eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt führen kann, was von anderen Theorien als Konfliktfaktor angesehen wird.

Marginalisierung von Frauen im friedensbildenden Prozess

In der untersuchten konflikttheoretischen Literatur kommt dieser Punkt nicht vor. Selbstverständlich ist es essentiell, dass Frauen an allen gesellschaftlichen Prozessen, nicht nur den friedensbildenden, teilhaben. Die Tatsache an sich, dass dies überhaupt erwähnt werden muss, zeichnet ein düsteres Bild unserer vermeintlich fortschrittlichen Gesellschaft.

Krieg ist offensichtlich nach wie vor ein männlich dominiertes Phänomen. Ob dies biologische Ursachen hat oder ob Konflikte, wie in dem Kapitel „Allgemeine Feststellungen“ dargelegt, eben ein Zeugnis der Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaft sind, kann und soll hier nicht diskutiert werden. Tatsache ist, dass Frauen in Kriegssituationen zwar oftmals ihre Gender-Rollen verlassen und Tätigkeiten aufnehmen, von denen sie traditionell ausgeschlossen waren, doch in politischen Prozessen, Entscheidungsfindungen im Konflikt und in der Post-Konflikt Situation mit einer Zurückdrängung konfrontiert sind. Dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts positiv auf einen Friedensprozess einwirken, muss aufs schärfste angezweifelt werden. Doch dass sie aufgrund ihrer sozialen Position und noch immer vorherrschenden Gender-Rollen in Konflikten einen friedensfördernden Faktor darstellen können, wird in der Realität anhand verschiedener Beispiele gezeigt. Dass jedoch die Exklusion von Frauen aus friedensfördernden Prozessen ein Konfliktfaktor (im Sinne von bewaffneten Konflikten) ist, kann nicht bestätigt werden.

Ehre, Habgier, Heldenamt und Zugang zum anderen Geschlecht

Wenig bis gar nicht gehen die Dokumente von OEZA und DAC auf die nicht-rationalen psychische Grundlagen von Konflikt ein. Eine erstaunliche Ausnahme bildet Punkt 14 der Konfliktfaktoren des DAC, „Vernachlässigung von Unzufriedenheit und Habgier“ („Grievances and Greed“) in der Gesellschaft. Auf den Faktor von wirtschaftlicher Unzufriedenheit, denn diese ist gemeint, wurde bereits weiter oben eingegangen. Der Punkt Habgier ist allerdings näher zu betrachten: Habgier ist die einzige Stelle, an der eine psychologische Pathologie angesprochen wird. Sowohl in den Dokumenten der OEZA und des DAC, als auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur wird auf solche psychischen Dispositionen sonst nicht eingegangen. Habgier bewegt sich abseits von ausreichendem Zugang zu Ressourcen und einer Minimalisierung von ökonomischer Ungleichheit. Habgier ist pathologisch. Obwohl das DAC in keiner Weise näher auf den Begriff eingeht um ihn näher zu beleuchten, kann an dieser Stelle gesagt werden, dass hier eine Übereinstimmung mit psychologischen Konflikttheorien besteht (s. S. 65). Schlussfolgerungen werden jedoch nicht getätigt. Der psychologische Ansatz bleibt bei dem Begriff der „Gier“ hängen.

III. Fazit und Empfehlungen

Zusammenfassend, und in Beantwortung der zentralen Fragestellung dieser Arbeit, kann festgestellt werden, dass die Positionen, welche in den Leitlinien zu Konfliktprävention der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) und dem zentralen Positionspapier des Development Assistance Committee (DAC) der OECD, welches für die internationale EZA maßgeblich ist, dargelegt werden, eine Vielzahl an verschiedenen Ansätzen und Theorien widerspiegeln.

An vorderster Stelle muss die Strömung des Idealismus erwähnt werden. Ohne den idealistischen Ansatz wäre die Idee der Konfliktprävention eher ein militärischer, denn ein friedlicher und auf anderen Mitteln beruhender. Der Glaube an die Veränderbarkeit der Gesellschaft und der einzelnen Menschen in ihr ist idealistisches Gedankengut. Ökonomische Ansätze sind ebenso stark vertreten, wie die Betonung von Institutionen, welche vorhandene Konflikte in friedlichen Bahnen bearbeiten und im Idealfall beilegen können. Die realistische Komponente besteht meist in der Ansicht, dass ein starker Staat und ein Gewaltmonopol vorhanden sein muss, wobei hier starke Einschränkungen getroffen werden: Die demokratische Verfasstheit des Staates wird betont, die politische Partizipation der BürgerInnen und die Sicherheit vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen allgemein. All diese Ansätze lassen sich gut in den vorhandenen sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien verorten. Die in zahlreichen Konflikttheorien vorhandene Betonung auf die enorme Wichtigkeit von Kommunikation, ja den kommunikativen Charakter von Konflikten, wird vom DAC aufgegriffen und in entsprechender Weise wiedergegeben.

Der Ansatz der Reintegration von ehemaligen KombattantInnen hingegen, auf den sowohl OEZA als auch DAC einen Fokus legen, wird in der Theorie vernachlässigt, bzw. kommt nicht explizit vor. Es kann jedoch argumentiert werden, dass dies einen für eine sozialwissenschaftliche Konflikttheorie zu konkreten Sachverhalt darstellt, der auf einer Metaebene sehr wohl behandelt wird (s. zum Beispiel Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie).

Die am Ende des Kapitels „Allgemeine Theorie“ vorgestellten Konzepte zu einer direkten Krisenprävention durch Vermittlung, Mediation und dergleichen (s. S. 20-24) werden von ADA und DAC nicht herangezogen. Anscheinend sind diese konkreten Herangehensweisen der Diplomatie und der allgemeinen Außenpolitik vorbehalten und werden von den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit als nicht als selbständige Handlungsoption in Betracht gezogen. Vielmehr stellt die EZА selbst lediglich einen „positiven Anreiz“ dar (s. S. 20).

Psychische Konfigurationen und Pathologien kommen in dem Sinn in keiner der Positionen der Entwicklungszusammenarbeit vor. Von den intrapsychischen Konstellationen von Individuen (s. Kapitel „Psychosoziale Aspekt von Krieg“ S. 55) bis hin zu soziologischen Gruppenphänomenen (s. S. 47- 55) wird Psychologie vernachlässigt. Das Gruppenverhalten von Menschen, die Notwendigkeit von Identität und Zugehörigkeit und das damit verbundene konfliktive Potential; die enorme Wichtigkeit von Ehre und dem („ansozialisierten“?) Verlangen nach Heldenhum aber auch die, von PsychologInnen bestätigte, nicht zu vernachlässigende Komponente des Zugangs zum anderen Geschlecht (vgl.: Mazur/Michalek 1998) und die Auswirkungen von Triebverzicht: Alle diese wichtigen und interessanten Ansätze müssen zugunsten von hauptsächlich realistischen, ökonomischen und institutionellen Theorien weichen und werden, wenn überhaupt, eher gar nicht denn implizit und am Rande erwähnt. Es wäre angesichts der ohnehin schwierigen Arbeit im Zusammenhang mit Konflikten von großer Wichtigkeit, alle vorhandenen Ansätze, Theorien und Ideen genau auf ihre Operationalität zu analysieren und in den jeweiligen Empfehlungen und Positionen nachhaltig zu verankern. In der praktischen Umsetzung von Projekten sind die psychischen Aspekte von Aggression, Gewalt und Krieg von höchster Relevanz und sollten nicht als abgehoben und nicht umsetzbar abgelehnt werden.

Ein wiederkehrendes Beispiel aus der Praxis, dieses stammt aus dem Kosovo 2007, könnte Anlass zum Nachdenken sein: Das Errichten eines Fußballplatzes ist eine beliebte Hilfsmaßnahme überall auf der Welt. Dahinter stehen mehr Gedanken als jener, dass es für die Kinder und Jugendlichen einer Siedlung wünschenswert ist einen Fußballplatz mit richtigen Toren zu haben. Grob skizziert sind drei Annahmen vorherrschend: Die erste ist, dass die Jugendlichen eine Beschäftigung haben die ihnen Spaß macht, statt „auf dumme Gedanken zu kommen“. Die zweite und die

dritte Annahme sind bereits Theorien an sich, jedoch unter Umständen falsch ausgelegte: Abbau von vorhandenen Aggressionen soll durch die sportliche Anstrengung erreicht werden (vgl. Kapitel „Aggression“ S. 62- 63). Die dritte Annahme schließlich ist, dass durch Sport die vorhandenen Konfliktparteien zusammentreffen (vgl. „Kontakthypothese“ S. 49) und in einem reglementierten Wettkampf (Institutionalismus) ein gemeinsames Erlebnis haben. Dies ist, wenn die in der Theorie der Sozialen Identität dargelegten Kontextfaktoren (s. S. 49) nicht gegeben sind, ein möglicherweise riskantes Unterfangen: Ein Wettkampf ist nicht geprägt von einem gemeinsamen Ziel, sondern im besten Fall von Konkurrenz und im schlechtesten von Ruhmsucht und Gewalt. In vielen Post-Konflikt Situationen vermeiden Jugendliche aus diesen Gründen bewusst den Kontakt zur anderen Bevölkerungsgruppe, da aus einem belanglosen Streit z.B. ein interethnischer Konflikt konstruiert werden kann.²³

Mit den Erkenntnissen der Psychologie kann zudem definitiv festgestellt werden: Aggression entsteht nicht ohne einen Konflikt. Daher ist die Abfuhr von „natürlich“ vorhandener Aggression eine falsche Annahme. Doch körperliche Bestätigung kann aus anderen Gründen sehr wohl sinnvoll sein: Ein gutes Körpergefühl und Wohlbefinden, das Erleben von Solidarität und Zugehörigkeit abseits von ethnischen Kategorien, gegenseitiges Respektieren in einem fairen Kampf mit ausgearbeiteten Regeln, und nicht zuletzt das Ausleben von Heroismus, Mutproben und Solidarität machen Sport zu einem idealen Ersatz für das Ausleben bereits entstandener Aggression und den psychosozialen Funktionen von Krieg. Dieser Gedanke lässt sich auch abseits vom Beispiel Sport anwenden. Kurz gesagt: Die narzisstische Befriedigung ist für einen Löschflugzeugpiloten, der den Brandherd eines Waldbrandes mit fünftausend Liter Wasser exakt trifft, genau so groß, wie jene eines Kampfpiloten, der sein Ziel mit Bomben zerstört. (Mentzos 2002) Durch diese Erkenntnis treten auch die Notwendigkeit für Beschäftigung und Arbeit in den Vordergrund. Ähnlich verhält es sich mit der der Macht sucht zugrunde liegenden Funktionslust der Machteliten.

Bei zahlreichen AutorInnen wird eine Typologisierung von Konflikten vorgenommen. Eine solche findet in den herangezogenen Dokumenten der EZA nicht statt. Es

²³ Diese Aussage stammt aus persönlichen Gesprächen des Autors mit Jugendlichen in Srebrenica, 2005.

könnte hier möglicherweise strukturierter vorgegangen werden in dem Sinne, dass der Konfliktgegenstand exakt analysiert wird, theoretische Grundlagen werden hier u.a. von Dahrendorf (s. S. 23) oder Giesen (s. S. 46) geboten. Eine differenziertere Herangehensweise im Konfliktmanagement könnte daher mit genauer Analyse des Konflikts mit Hilfe der wissenschaftlichen Typologisierungen beginnen. Ist es ein Verteilungs-, Reglungs- oder Rangordnungskonflikt? Wie sehen die konfliktiven Altlasten genau aus? Welche Art von Herrschaft ist in der betreffenden Gegend vorhanden (s. S. 22) und was sind die Implikationen? Von welcher Art ist der gesellschaftliche Antagonismus? (s. S. 37) etc.

Gruppendynamik ist ein weiterer Punkt, der bei der Arbeit mit Konflikten und Krieg große Beachtung verdient hat. Der große Soziologe Georg Simmel (s. S. 26- 30), die empirischen Untersuchungen von Christiane Jüngling (s. S. 27) und die Konflikttheorie der „Social Identity Theory“ (s. S. 47- 49), aber auch die Soziobiologie und die Psychologie: Alle beschäftigt(en) sich, im Gegensatz zu den untersuchten Grundsätzen der EZA eingehend mit dem Phänomen der Gruppe. Es könnte nun postuliert werden, dass Gruppen ein in jeder Gesellschaft zwangsläufig vorhandenes Phänomen sind, auf das aufgrund seiner Selbstverständlichkeit und Unverrückbarkeit nicht eingegangen werden muss, so wie es ebenfalls nicht nötig erscheint zu erwähnen, dass Menschen eine Voraussetzung für Konflikte sind.

Doch Gruppen beinhalten, das wurde weiter oben ausreichend gezeigt, viel Analysepotential und helfen einen Konflikt auf seinen unterschiedlichen Ebenen zu verstehen, was eine Voraussetzung für seine Umlenkung in friedliche Bahnen ist. Sie können einen Konflikt hemmen oder ihre Mitglieder dazu antreiben, diesen eskalieren zu lassen. Eine eingehende Beschäftigung mit dem Phänomen Gruppen ist daher zu empfehlen, da sie als Phänomen an sich, das Entstehen und den Verlauf eines Konflikts maßgeblich beeinflussen können und dieser Konflikt über gruppenspezifische Mechanismen möglicherweise gesteuert werden kann.

Wie bereits im Kapitel „Synthese“ erwähnt, ist sich die sozialwissenschaftliche Community überwiegend darüber einig, dass Konflikte wichtig für die positive Entwicklung einer Gesellschaft sind. Es ist daher dringend zu überlegen, ob nicht gewisse Konflikte eine Förderung erfahren müssen, solange sie noch im unterschwelligen Bereich angesiedelt sind. Im Sinne der Klassifizierung der vier

Phasen eines Konflikts nach Brecher (s. S. 11) könnte es demnach in der „onset“-Phase wichtig sein, dass ein Konflikt erkannt und durch geregelte Bahnen gelenkt und in friedlicher Weise sogar gefördert wird um eine gewaltsame Eskalation zu einem späteren Zeitpunkt zu vermeiden. Das DAC spricht in Punkt 14 seiner Konfliktfaktoren vom Vernachlässigen von „Unzufriedenheit und Groll“ der Bevölkerung (s. S. 92). Die von den Sozialwissenschaften so betonten positiven Eigenschaften von gesellschaftlichen Konflikten, sprich: Veränderung und Weiterentwicklung der Gesellschaft, könnte für die OEZA also bedeuten, dass sie sich nicht nur mit bereits manifesten Konflikten befassen sollte, sondern auch noch nicht eskalierte Konflikte in einer geregelten Bahn aktiv fördern sollte. Dieser Gedanke mag absurd erscheinen und doch wird er, wenn von einem sozialwissenschaftlichen Verständnis von Konflikt ausgegangen wird, verständlich.

F. Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Einzelwerke und Sammelbände

Adolff, Frank: Die Konflikttheorie der Theorie kollektiver Akteure in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Anhut, Reimund: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Ardelt-Gattinger Elisabeth; Lechner, Hans; Schlögl, Walter: Gruppendynamik. Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit in Gruppen. Göttingen 1998

Auer, Dirk: Die Konflikttheorie der Hegemonietheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Baumgartner, Christine: Möglichkeiten und Grenzen der OSZE im Kosovo-Konflikt. Wien 2004

Becker/Hödl/Steyrer (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien 2005.

Beer, Francis: Peace against War. San Francisco 1981

Bercovitch, Jacob: Mediation in der Staatenwelt. Bedingungen für Erfolg oder Scheitern internationaler Vermittlungsbemühungen in: Norbert Ropers / Tobias Deibel (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt. Bonn 1995

Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Bonacker, Thorsten: Die Konflikttheorie der autopoietischen Systemtheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Bouthoul, G.: Kindermord aus Staatsräson. Der Krieg als bevölkerungspolitischer Ausgleich. Stuttgart 1972

Brecher, Michael: Crises in World Politics: Theory and Reality. New York 1993

Brodocz, André: Die Konflikttheorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Demirovic, Alex: Die Konflikttheorie von Karl Marx in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Drewermann, Eugene: Der Krieg und das Christentum. Regensburg 1982

Dubiel, Helmut: Unversöhnlichkeit und Demokratie in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? Frankfurt/Main 1997

Coleman, James S.: Foundations of Social Theory. Cambridge 1990 in: Kunz, Volker: Die Konflikttheorie der Rational Choice Theorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Hamburg 2007 (Erste Ausgabe: 1832)

Des Forges, Alison: Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda. Hamburg 2002

Drewermann, Eugen: Der Krieg und das Christentum. Regensburg 1982

Eibl-Eibesfeldt, Irenäus: Die Biologie des menschlichen Verhaltens. München 1984

Freud, Sigmund: Warum Krieg? Gesammelte Werke. Frankfurt/Main 1999
(Briefwechsel mit Albert Einstein von 1932)

Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Band I und II. Frankfurt a. M. 1981

Etzersdorfer, Irene: Krieg. Wien/Köln/Weimar, 2007

Freud, Sigmund: Jenseits des Lustprinzips. (1920) in: Studienausgabe, Band III: Psychologie des Unbewußten. Frankfurt am Main 1975

Gaertner, Samuel L.; Dovidio, John F.; Murrell, Audrey J.; Anastasio, Phyllis A.: The common ingroup identity model: Recategorization and the reduction of ingroup bias in: Stroebe, Wolfgang; Hewstone, Miles (Hrsg.): European Review of Social Psychology, Vol. 4. Chichester 1993

Gaertner, Samuel L.; Dovidio, John F.; Nier, Jason A.; Banker, Brenda S.; Ward, Christine M.; Houlette, Melissa; Loux, Stephenie: The common ingroup identity model for reducing intergroup bias: Progress and challenges in: Capozza, Dora; Brown, Rupert (Hrsg.): Social Identity Processes: Progress in Theory and Research. London 2000

Giesen, Bernhard: Die Konflikttheorie in: Endruweit, Günther (Hrgs.): Moderne Theorien der Soziologie. Stuttgart 1993

Heinsohn, Gunnar: Söhne und Weltmacht. Zürich 2003

Hewstone, Miles; Greenland, Katy: Intergroup Conflict in: International Journal of Psychology, 35, S.136-144 in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Hobbes, Thomas: Leviathan or the Matter, Forme and Power of a Commonwealth Ecclesiastical and Civil. 1651

Imbusch, Peter: Der Konflikt in Jugoslawien in: Peter Imbusch / Ralf Zoll (Hrsg.), Friedens- und Konfliktforschung, Opladen 1996

Imbusch, Peter: Die Konflikttheorie der Zivilisierungstheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Jüngling, Christiane: Heiße Köpfe und Hälse in der Schlinge. Problemlösungen und Gruppenentscheidungen in: Ardelt-Gattinger Elisabeth; Lechner, Hans; Schlägl, Walter: Gruppendynamik. Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit in Gruppen. Göttingen 1998

Jüngling, Christiane: Politik, Macht und Entscheidungen in Projektgruppen. Münster 1995

Koenig, Wiebke: Die Konflikttheorie von Max Weber in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Köhler, Thomas: Die Konflikttheorie der Anerkennungstheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Kunz, Volker: Die Konflikttheorie der Rational Choice Theorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Lamla, Jörn: Die Konflikttheorie als Gesellschaftstheorie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

LeVine, Robert; Campbell, Donald: Ethnocentrism: Theories of Conflict, Ethnic Attitudes and Group Behaviour. New York 1972

Lewin, Kurt; Cartwright, D. (Hrsg.): Field theory in social science; Selected theoretical papers. New York 1951

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1974 (1857)

Mehler, Andreas; Ribaux, Claude: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit – Ein Überblick der nationalen und internationalen Diskussion. Eschborn 2000

Mentzos, Stavros: Krieg und seine psychosozialen Funktionen. Göttingen 2002

Meyer, Peter; van der Dennen, Johan: Die Konflikttheorie der Soziobiologie in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. München 1995

Pfetsch, Frank; Billing, Peter: Datenhandbuch nationaler und internationaler Konflikte. Baden-Baden 1994

Rapoport, Anatol: Conflict in man-made Society. Darmstadt 1974

Reiter, Erich: Perspektiven einer globalen strategischen Entwicklung. Das Ende der Ordnung von Jalta. Hamburg 2003

Roloff, Ralf: Die Konflikttheorie des Neorealismus in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Schneider, Gerald; Weitsman, Patricia (Hrsg.): Enforcing Cooperation. London 1997

Simmel, Georg: Conflict & The Web of Group Affiliations. London 1955

Simmel, Georg: Der Krieg und die geistigen Entscheidungen. Grundfragen der Soziologie. München und Leipzig 1917.

Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin 1992/1958. (Unveränderter Nachdruck der 1923 erschienenen 3. Auflage)

Spillmann, Kurt R.: Konfliktforschung und Friedenssicherung in: NZZ 15./16. 03. 1987

Spindler, Manuela: Die Konflikttheorie des Neoinstitutionalismus in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Stark, Carsten: Die Konflikttheorie von Georg Simmel in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Straus, Scott: The Order of Genocide. Race, Power, and War in Rwanda. Cornell University Press 2008

Theweleit, Klaus: PlayStation Cordoba. Yugoslavia. Afghanistan etc. Ein Kriegsmodell in: Becker, Joachim; Hödl, Gerhard; Steyrer, Peter (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien 2005

Tickner, J. Ann: Revisioning Security in: Booth, Ken; Smith, Steve (Hrsg.): International Relations Theory Today. Cambridge 1995

Tocqueville, Alexis Clerel de: Die Demokratie in Amerika. Eine Auswahl. Regensburg 1955 (Erste Auflage in zwei Teilen erschienen: 1835 und 1840)

Volkan, Vamik: The need to have enemies and allies. Northvale 1988

Zick, Andreas: Vorurteile und Rassismus – eine sozialpsychologische Analyse. Münster 1997

Zick, Andreas: Die Konflikttheorie der Theorie sozialer Identität in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Wissenschaftliche Journals und Zeitungsartikel

Kröhnert, S.: Demographische Faktoren bei der Entstehung gewaltssamer Konflikte. Eine empirische Untersuchung für den Zeitraum 1950 bis 2000 in: Zeitschrift für Soziologie (35) 2. Berlin 2006.

Mazur, A.; Michalek J.: Marriage, Divorce and Male Testosterone in: *Social Forces*, Vol. 77. Chapel Hill 1998

Spillman, Kurt: Konfliktforschung und Friedenssicherung in: NZZ v. 15./16.03.1987

Dokumente und Informationsmaterial

Report des Generalsekretärs der UN Kofi Annan: In Larger Freedom. 2005

Friedenssicherung und Konfliktprävention. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Wien, 2006

The DAC Guidelines. Helping prevent violent Conflict. OECD 2001

Internetseiten

Austrian Development Agency (ADA)
<http://www.entwicklung.at> – 03.05.2009

Cornell University Press
http://www.cornellpress.cornell.edu/cup_detail.taf?ti_id=4587 – 10.05.2009

OECD und DAC (Organization for Cooperation and Development / Development Assistance Comitee)

http://www.oecd.org/home/0,2987,en_2649_201185_1_1_1_1_1,00.html –
04.05.2010

Entwicklungshilfegesetz der Republik Österreich
www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz.pdf - 20.06.2009

Institute for Multi Track Diplomacy
<http://www.imtd.org/> - 01.03.2009

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
<http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html> - 10.08.2010

Resolutionen des UN Sicherheitsrats
<http://www.un.org/Docs/sc/> - 21.05.2010

In Larger Freedom. Report des UN Generalsekretärs, 2005
<http://www.un.org/largerfreedom/chap3.htm> - 10.05.2010

Wikipedia - Motive der Génocidaires
http://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord_in_Ruanda#cite_ref-66 –
23.04.2010

Andere

Duden: 7. Auflage, herausgegeben von der Dudenredaktion, 2000

Abbildungen

Abb. 1) Multi-Track-Diplomacy:
www.imtd.org – 01. 03. 2009

Abb. 2) Das Zivilisatorische Hexagon:

[www.univie.ac.at/ie/wiki/ws07/index.php/Gruppe3:Dieter Senghaas:Eingang zum Wissen zu Senghaas%27 Leben & Werk](http://www.univie.ac.at/ie/wiki/ws07/index.php/Gruppe3:Dieter_Senghaas:Eingang_zum_Wissen_zu_Senghaas%27_Leben_&_Werk) – 20. 03. 2010

Abb. 3) Zur Übersetzung von Desintegrationserfahrungen in fremdenabwehrende Einstellungen und Handlungen:

Anhut, Reimund: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie, S. 386 in: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden 2005

Abb. 4) Beziehung zwischen Sicherheit, Governance und sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Quelle: Leitlinien der OEZA „Friedenssicherung und Konfliktprävention“, Wien 2006

Anhang

Abstract Deutsch

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Annahmen und Prämissen in Bezug auf Krieg, Konflikt und deren Prävention bzw. dem Umgang mit dem Phänomen.

Im theoretischen Teil der Arbeit werden grundlegende Theorien und Thesen der Sozialwissenschaften eruiert, analysiert und miteinander verglichen. Aufgrund der weitreichenden wissenschaftlichen Landschaft, die zu dieser Problematik existiert wurde versucht, eine möglichst breite Palette von unterschiedlichen Theorien aufzuarbeiten. In einem Exkurs werden auch Theorien und Untersuchungen aus dem Bereich der Psychologie untersucht und fließen in die Überlegungen mit ein.

Der praktische Teil der Arbeit bezieht sich auf jene Annahmen, die in offiziellen Dokumenten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) und in entsprechenden Dokumenten des Development Assistance Committee (DAC), welches u.a. entwicklungspolitische Empfehlungen und Richtlinien für Geberstaaten wie Österreich, herausgibt, getroffen werden.

Im letzten Teil der Arbeit werden diese beiden Teile zu einem Ganzen zusammengefügt und es wird analysiert, inwiefern sich die untersuchten Theorien in den Annahmen der OEZA und des DAC wiederspiegeln.

Abstract English

The following master thesis deals with the assumptions and premises concerning war, conflict and how to prevent, respectively manage these phenomena.

The theoretical part identifies, analyzes and compares theories and assumptions of social sciences. Due the wide range of publications and authors dealing with the problem, this work attempts to present and work with a broad spectrum of different theories. Theories and ideas from the field of psychology are also being examined and will be used in the analysis.

The praxis part of this thesis focuses on the assumptions which are presented in the official documents of the Austrian Development Cooperation (OEZA) and in the relevant documents of the Development Assistance Committee (DAC), which gives advice and guidelines concerning development policy to donor states like Austria.

The final part of the master thesis constitutes a synthesis between theory and praxis and thus analyzes if, how and which theory can be found in the assumptions of the OEZA and the DAC.

Lebenslauf des Autors

Harald Reiweger

Geburtsdatum: 24. September 1982
Staatsbürgerschaft: Österreich
Anschrift: Pilgerimgasse 8/31 | 1150 Wien
E-Mail: harald_reiweger@gmx.at

Ausbildung/Berufliches

2002 – 2010 Studium Politikwissenschaften Universität Wien
Freie Wahlfächer aus des Studienrichtungen Internationale
Entwicklung, Geschichte und Volkswirtschaftslehre

2009 – 2010 Projektassistent am Vienna Institute for international Dialogue and
Cooperation (VIDC) Wien

2008 Volontariat am Koordinationsbüro der Österreichischen Ost- und
Entwicklungszusammenarbeit Belgrad, Serbien

2007 Volontariat am Koordinationsbüro der Österreichischen Ost- und
Entwicklungszusammenarbeit Prishtina, Kosovo

2006 Volontariat in der Zentrale der Austrian Development Agency, Bereich
Öffentlichkeitsarbeit Wien

1998 – 2007 Studium Jazzklavier am Vienna Konservatorium Wien